

Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar 1975
bis Februar 1982**

NWO-Sonderheft Nr. 92



**2.000 Jahre Gewaltherrschaft
der
Antichristen
von Januar 1975 bis Februar 1982**

NWO-Sonderheft Nr. 92

Terror der Antichristen vom 01.01.1975-28.02.1982

<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 1975 bis Februar 1982	2-97
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	98-99

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die Gewaltherrschaft der Antichristen von Januar 1975 bis Februar 1982

Lieber mit allen Wassern gewaschen als nicht ganz sauber.

Jonathan Swift (1667-1745, irischer Schriftsteller)

1975

Die "Stuttgarter Zeitung" berichtete am 4. Januar 1975 (x243/264): >>... Unter gewissen Umständen könne man die Anwendung von Gewalt nicht ... ausschließen, ... jedoch nur "in der ernstesten Notlage" (wenn eine) "tatsächliche Erdrosselung der industrialisierten Welt durch die Ölkrise" (bevorstünde).

Kissinger (US-Außenminister) deutete an, daß ein unmittelbar bevorstehender politischer und finanzieller Zusammenbruch Westeuropas Anlaß für ein derartiges Vorgehen der USA sein könnte ... (nicht aber um eine Herabsetzung des Ölpreises zu erzwingen.)<<

Die Zeitung "Le Monde" berichtete am 12. Februar 1975 über den "Musterschüler Bundesrepublik Deutschland" (x243/221): >>... Ist die Bundesrepublik Deutschland gegen ihren Willen nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische und militärische Großmacht geworden? fragte kürzlich DER SPIEGEL ...

Die Fachleute der NATO (werden) nicht fertig mit Lobsprüchen über die Bundeswehr. ... Die Armee der Bundesrepublik erscheint als die einzige klassische, solide Säule des Atlantischen Bündnisses in Europa.

Die Deutschen sind unter jedem Gesichtspunkt die Musterschüler der "Atlantischen Klasse". 1974 war die Bundeswehr die einzige Armee der NATO, die, nach den offiziellen Statistiken, ihren Truppenbestand vermehrt und ihre Ausrüstung verbessert hat.<<

Der sowjetische Sender "Radio Frieden und Fortschritt" leugnete am 23. Februar 1975 Massenverbrechen der Roten Armee während der sowjetischen Befreiungsmission 1944/45 (x025/70): >>Es ist gut bekannt, das der sowjetische Soldat gegen Kinder und Frauen nicht gekämpft hat, und bekannt ist auch, daß einzelne Fälle von disziplinierten Ausschreitungen in unserer Armee aufs strengste bestraft wurden, obwohl es sich um Soldaten handelte, deren überwiegende Mehrheit nach Deutschland gekommen war, nachdem sie im Ergebnis der faschistischen Aggression Heim, Familie, die nächsten und teuersten Menschen verloren hatten. Keine andere als die Sowjetarmee nahm die Versorgung und die Belieferung der Zivilbevöl-

kerung in den von ihr eingenommenen Gegenden auf sich, was unter den Verhältnissen jener Zeit die Rettung des Lebens von Millionen und Abermillionen Deutschen bedeutete. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 30. März 1975 über die Kritik des stellvertretenden chinesischen Ministerpräsidenten Teng Hsiao-ping (1904-1997) an der Kulturrevolution im Erziehungswesen (x243/231): >>... An vielen Schulen ist es so, daß sich die Studenten nicht mehr über die Bücher setzen mögen. Von der Akademie der Wissenschaften hörte ich, daß man sich dort an der Verwirklichung der vier Modernisierungen und den drei großen Auseinandersetzungen beteiligt. ... Wie soll da das fortgeschrittene Weltniveau erreicht werden?

Von ... Wissenschaftlern und Kadern wagt niemand, den Raum für Forschungsmaterialien zu betreten. Alle haben Angst, als "weiße Spezialisten" beschimpft zu werden. ... Deswegen kommt unsere Technik nicht voran.<<

Der ehemalige Widerstandskämpfer Eugen Gerstenmaier (1906-1986, deutscher Theologe und CDU-Politiker) schrieb am 31. März 1975 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (x268/68): >>... Was wir im deutschen Widerstand während des Krieges nicht wirklich begreifen wollten, haben wir nachträglich vollends gelernt: daß dieser Krieg eben nicht nur gegen Hitler, sondern gegen Deutschland geführt wurde.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die antideutsche Einstellung der westlichen Alliierten (x268/68-69): >>Geheime amerikanische Dokumente, die erst 1987 freigegeben wurden, bestätigen diese Analyse. In einer Studie des "Office of Strategic Services" mit der Überschrift "Das beste Ergebnis des Hitlerwunders" vom 30. Juli 1944 heißt es wörtlich, das "glückliche Entkommen Hitlers" sei ein Glücksfall auch für die Alliierten gewesen; Deutschland ließe sich jetzt wesentlich leichter bekämpfen.

In der Tat wäre es nach dem Sturz der Diktatur der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln gewesen, mit einem demokratischen und friedensuchenden Land so rücksichtslos umzuspringen wie später geschehen. ...<<

Die radikalen kommunistischen Roten Khmer vertrieben am 4. April 1975 das kambodschanische Staatsoberhaupt Prinz Sihanuk. Nach der Machtergreifung Pol Pots (1925-1998) fielen von 1975-79 der kommunistischen Umgestaltung von Staat und Gesellschaft rd. 2 Millionen Menschen zum Opfer (x252/96).

Die deutsche Journalistin Ariane Barth und der italienische Journalist Tiziano Terzani (1938-2004) berichteten später über die Terrorherrschaft des kommunistischen Führers Pol Pot (x073/315-316): >>... Pol Pot war in erster Linie Revolutionär. Wie andere Revolutionäre auch wollte er eine neue Gesellschaft aufbauen und glaubte, dieses Ziel nur erreichen zu können, wenn es der Roten Khmer gelang, einen "neuen Menschen" zu schaffen.

Der kürzeste Weg dieses in der kommunistischen Welt schon mehrfach beschworenen Zieles war in den Augen der Roten Khmer die sofortige Ausrottung alles Alten. ...

Daher wurden sämtliche Schulen geschlossen, Kirchen und Pagoden wie auch alle Bibliotheken zerstört, Bücher verbrannt, Lehrer, Mönche und Intellektuelle hingerichtet; theoretisch, jeder, der lesen und schreiben konnte und dadurch Träger der ansteckenden Krankheit war, die Vergangenheit hieß. ...

Wieviel dieses perverse Experiment an Menschenleben gekostet hat, wird nie bekannt werden ... (doch) scheint die Zahl von 3 Millionen zwischen 1975 und 1978 getöteten und verhungerten Kambodschanern (von 7 bis 8 Millionen Einwohnern 1975) kaum übertrieben zu sein.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 17. Januar 2009) über die Schreckensherrschaft Pol Pots in Kambodscha (x887/...): >>**Die Roten Khmer töteten ein Drittel ihres Volkes**

Vor 30 Jahren beendeten die Vietnamesen die Schreckensherrschaft von Pol Pots Kommunisten in Kambodscha

Wohl kein anderes Regime hat einen derart großen Teil seines eigenen Volkes getötet wie das der Roten Khmer Pol Pots. Ein verlorener Krieg gegen die Sozialistische Republik Vietnam beendete 1979 die vier Jahre zuvor begonnene Herrschaft von Kambodschas sogenannten Steinzeitkommunisten.

Als die Vorhut der vietnamesischen Armee im Januar 1979 Phnom Penh erreichte, traute sie ihren Augen nicht: Auf den großzügigen Boulevards der Stadt tummelten sich nur Hunde und Schweine, ihre Häuser waren geschlossen, verriegelt und verbarrikadiert - aber vor allem war es beängstigend still:

Phnom Penh, die einstige Zwei-Millionen-Metropole des kambodschanischen Staatsvolkes der Khmer, war menschenleer. Viele ihrer früheren Bewohner waren "Angka", der mörderischen Institution jenes Tugendstaates, den die kambodschanischen Kommunisten um Pol Pot, die Roten Khmer, zwischen 1975 und 1979 errichtet hatten, zum Opfer gefallen: in den landwirtschaftlichen Kooperativen, wo sie nach zwölf Stunden Arbeit, drei Stunden Umerziehung und sieben Stunden Schlaf an Hunger und Entkräftung starben, in den Gefängnissen, wo Folterknechte sie mit Elektroschocks zu Tode quälten, und schließlich auf den berüchtigten Killing Fields, auf denen man sie wegen Munitionsmangels zu Tausenden mit Schaufeln erschlug.

Die Geisterstadt Phnom Penh stand im Januar 1979 für die Tragödie des ganzen Landes. Vorsichtige Schätzungen besagen, daß etwa zwei Millionen Menschen in nur vier Jahren dem Terror der Roten Khmer zum Opfer fielen.

Das war fast ein Drittel der gesamten Bevölkerung.

Erst die Invasion des vietnamesischen Erzfeindes setzte dem barbarischen Treiben ein Ende. Aber auch nach 30 Jahren schockiert dieser blutige Revolutionsversuch, in dem man die Stadtbewohner zum Arbeitsdienst aufs Land "evakuierte", in dem das Geld abgeschafft war und in dem vor allem Menschen erbarmungslos getötet wurden: bei unerfüllten Arbeitsleistungen, bei der leisesten Kritik an der Partei - ja selbst bei unerlaubtem Lachen, Weinen oder Jubeln. All das sahen die Roten Khmer als Reste kapitalistisch-individualistischer Mentalität an, die mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden mußten. Die Roten Khmer versuchten so, mit einem Mal das kommunistische Paradies auf Erden zu errichten.

Die Gründe für diese beispiellose Radikalität wurzeln nicht zuletzt in ihrer Ideologie. Sie umfaßte neben dem Marxismus-Leninismus auch eine besondere anthropologische Vision: In einem jeden Mensch, so glaubten die Roten Khmer, schlummere eine egalitäre Haltung, die den Gedanken des Eigentums nicht kenne und mit der sich private Interessen sofort den öffentlichen beugten. Es waren die Ideen des französischen Philosophen Jean Jacques Rousseau (1712-1787), die sie dazu inspirierten.

Einige der Führer der "Roten Khmer" hatten sich mit ihnen vertraut gemacht, als sie in den 1950er Jahren in Frankreich, der einstigen Kolonialmacht studiert hatten - allen voran Pol Pot selbst, der, wenn auch erfolglos, einige Semester Radioelektronik belegt hatte. Um einen neuen Menschen zu "erziehen", versuchten die Roten Khmer, das abzuschaffen, was nach ihnen für dessen alleinige Korruption verantwortlich war: die moderne Großstadt mit ihrem Bürgertum. Auch darin folgten sie Rousseau, denn dieser pries das ländliche Leben und sah die Stadt als Hort von Laster und Entfremdung an, in der man nicht mehr wagt, "als der zu erscheinen, der man ist".

Dieser Gedanke war für die Roten Khmer um so bedeutender, als sie aus der französischen Geschichte wußten, daß die Pariser Kommune durch die einheimische Bourgeoisie zu Fall gebracht worden war. Vor allem Pol Pot bewunderte diese revolutionäre Bewegung von 1871. Für ihn stellte sie in der bisherigen Geschichte den einzigen historischen Versuch einer Machtergreifung durch die Armen dar.

Kurz nach seiner Machtergreifung am 17. April 1975 ließ Pol Pot daher die Einwohner von

Phnom Penh und aller übrigen Provinzhauptstädte deportieren, um "die Netze der feindlichen Kräfte zu schwächen" und sie "mit den Schwierigkeiten des ländlichen Lebens vertraut zu machen" - für die Roten Khmer war das fast "eine Art Rache" am städtischen Bürgertum. Aber auch später richtete sich ihr Terror vor allem gegen Ärzte, Lehrer oder Angehörige der technischen Intelligenz - selbst ein Brillenträger galt ihnen als potentieller Feind.

Gewiß, den Mördern um Pol Pot dürften auch nationale Besonderheiten entgegengekommen sein. Kambodscha ist stark buddhistisch geprägt. Der Glaube an die Wiedergeburt, die typisch asiatische Geringschätzung des Individuums und das gleichfalls eigentümliche Verhältnis zur Gewalt - all das mag für die Brutalität der Roten Khmer ein fruchtbarer Boden gewesen sein. Doch bleibt es eine Tatsache, daß das Blutvergießen des Kommunismus in Kambodscha eine besonders große Lache hinterlassen hat.<<

Die letzten nordamerikanischen Truppen verließen am 29. April 1975 fluchtartig Süd-Vietnam.

Die nordvietnamesischen Truppen besetzten am 30. April 1975 Saigon in Süd-Vietnam. Die südvietnamesische Regierung kapitulierte danach am 30. April 1975 bedingungslos (x142/-483). Saigon erhielt später den Namen Ho-Chi-Minh-Stadt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über den Krieg in Vietnam von 1965-1975 (x068/339-341): >>... **Die Verteidiger der Menschenrechte**

Es war kein anderer als der amerikanische Kardinal Francis Spellman, der seinerzeit als Armeebischof schrie, die Amerikaner verteidigten in Vietnam die Sache Gottes, der Gerechtigkeit und der Zivilisation. Es war kein anderer als dieser Kardinal, der den totalen Krieg, die Ausradierung von Hanoi forderte, der rief "Weniger als Sieg ist undenkbar". Es war dieser so sehr mit der Wallstreet verbundene Kirchenfürst, der das vietnamesische Inferno als "heiligen Kampf" feierte, als "Kreuzzug", und die Soldateska seines Staates als "Soldaten Christi"; der Brandreden hielt, daß sich sogar, das heißt etwas, Washington betroffen zeigte.

Kein Wunder, ist der Prälat doch wie kaum ein anderer von Anfang an in diesen grauenhaften Krieg verstrickt. Er war es, der den Katholiken Diem schon frühzeitig, nämlich 1954, an den Senator John F. Kennedy "verkaufte", sodaß dieser vor jeder Nachgiebigkeit in Vietnam warnte. Er war es, der mit Dulles unter anderem die durch das Genfer Abkommen vorgesehenen freien Wahlen verhinderte. Und er war es schließlich, der Kennedy, als der dann Präsident geworden, dazu brachte, aktiv mit Soldaten in Vietnam einzugreifen.

Insgesamt standen in Vietnam 2,6 Millionen Amerikaner. Dazu kommen noch 0,7 Millionen US-Soldaten, die den Krieg in Südostasien und dessen Gewässern führten. Entsprechend sind die Verluste. Allerdings nicht so sehr auf amerikanischer Seite, wo man sogenannte Kriegshandlungen spätestens seit dem Ersten Weltkrieg vor allem mit Material erledigt, wo man mit Masse totschießt, mit Technik. Im Grunde mit Geld. Wie ja auch für das Geld.

Die Verluste der Amerikaner in Vietnam werden mit 56.221 Toten und 303.605 Verwundeten angegeben. Außerdem verloren sie 3.705 Flugzeuge und 4.867 Hubschrauber.

Die Südvietnamesen hatten schon mehr Gefallene, etwa 200.000, da man die Verbündeten großzügig vorgehen ließ – im Kampf. Übrigens auch die eigenen Schwarzen. Obwohl sie nur 11 % der männlichen US-Bevölkerung zwischen 18 und 29 Jahren ausmachten, waren in Vietnam mehr als 21 % der US-Gefallenen Schwarze! Auch bei ihren Krawallen in den Staaten starben und sterben ja immer mehr Schwarze.

Ihre oft so großsprecherischen Weißen kämpfen nämlich nicht gern im Krieg; an sich ein gutes Zeichen. Das war im Korea-Konflikt so, der nach dem Militärexperten der "Herald Tribune" mit ganzen "Regimentern" begann, "die flohen, bevor der Kontakt mit dem Feind aufgenommen war". Und das kannte man auch schon aus dem Zweiten Weltkrieg, wie jeder weiß, der das Pech hatte, dabei sein zu müssen. Ein ... GI machte von seiner Waffe nicht gern Ge-

brauch.

Ein aktiver US-Oberst, der nachmalige General L. S. A. Marshall, hat sich damit im Zweiten Weltkrieg befaßt und beweist mit seitenlangen Fakten: "Das beste Resultat, das nur ganz hervorragende und besonders angriffsfreudige Kompanien erreichten, war, das 'ein' Mann von vieren kämpfte. Die Dinge lagen so, daß während eines Kampfes von hundert Mann an der Front durchschnittlich nur 15 von ihrer Waffe Gebrauch machten ..."

Auf nordvietnamesischer Seite sah es etwa anders aus. Da wußte man, warum man Krieg führte und wofür, und wurde eben vom Material der anderen erschlagen, nicht von ihrem Mut. (Die Gesamtkosten der US-Aggressionen werden auf 135 bis 140 Milliarden Dollar geschätzt). So gab es da mehr als 2 Millionen Tote und 2 bis 3 Millionen Verwundete. Und viele Millionen Flüchtlinge. ...<<

Bundespräsident Walter Scheel erklärte während seiner Rede zum 30. Jahrestag des Kriegsendes (x075/114-115): >>Sicher, am 8. Mai 1945 brach das nationalsozialistische Regime endgültig zusammen. Wir wurden von einem furchtbaren Joch befreit, von Krieg, Mord, Knechtschaft und Barbarei. Und wir atmeten auf, als das Ende kam.

Aber wir vergessen nicht, daß die Befreiung von außen kam, daß wir, die Deutschen, nicht fähig waren, selbst dieses Joch abzuschütteln, daß erst die halbe Welt zerstört werden mußte, bevor Adolf Hitler von der Bühne der Geschichte gestoßen wurde. ...

Das furchtbare Ende (von Zustimmung und Unterwerfung) war die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und die Vernichtung von Millionen Juden zumal. ...

Warum geschah das alles? Warum diese furchtbaren Opfer?

Die Antwort ist: Hitler wollte den Krieg, sein Leben hatte keinen anderen Zweck als den Krieg. Er verwandelte unser Land in eine riesige Kriegsmaschinerie, und jeder von uns war ein Rädchen darin. Das war unverkennbar. Wir haben aber die Augen und Ohren geschlossen, hoffend, es möge anders sein. ...

Das sind die Folgen (zerstörte Städte, Vertreibung, die Teilung Deutschlands). Wir werden noch lange an ihnen zu tragen haben. Aber die deutsche Tragödie beginnt im Jahre 1933, nicht im Jahre 1945. ...<<

In einem Brief an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas bestätigte das State Department am 27. Mai 1975 die Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens (x028/239): >>... Die in diesen Erklärungen ausgedrückte Haltung ist noch die offizielle Position der Vereinigten Staaten.<<

Die britische Botschaft beantwortete am 27. Juni 1975 einen Brief des nordamerikanischen Historikers Alfred M. de Zayas (x028/239): >>... daß die Rechtsposition der Regierung Ihrer Majestät dieselbe bleibt, zu der sie durch die Abmachungen des Potsdamer Protokolls verpflichtet ist. Nämlich, daß die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens bis zur Friedensregelung warten sollte.<<

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe lehnte am 7. Juli 1975 eine Verfassungsbeschwerde gegen die "Ostverträge" ab.

Im Beschluß des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes zu der Verfassungsbeschwerde gegen die Ostverträge hieß es (x067/147): >>Den Verträgen kann nicht die Wirkung beigemessen werden, daß die Gebiete östlich der Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl territorialen als auch der personalen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polen endgültig unterstellt worden seien.

Die Bundesregierung ging ... bei Abschluß der Ostverträge in einer für die Verhandlungspartner erkennbaren Weise davon aus, daß sie nicht befugt gewesen sei, eine ... Verfügung über den rechtlichen Status Deutschlands im Sinne einer friedensvertraglichen Regelung zu treffen. Sie hat sich dabei auf die Gesamtverantwortung bezogen, welche die 4 Mächte für Deutsch-

land als Ganzes tragen. ...<<

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen berichtete später über die Schutzpflicht des deutschen Staates gegenüber den deutschen Staatsangehörigen (x077/22): >>... Bezüglich der deutschen Staatsangehörigen in den Gebieten des Deutschen Reiches östlich von Oder und Neiße hat das Bundesverfassungsgericht der Bundesrepublik Deutschland als oberstes und verbindlich für alle Staatsorgane bei der Auslegung des Grundgesetzes und seiner Rechtswirkungen entscheidendes Verfassungsorgan im Einklang mit dem Völkerrecht durch Beschluß vom 7. Juli 1975 festgestellt, daß diejenigen, die die deutsche Staatsangehörigkeit 1945 in diesen Gebieten besaßen und dort heute noch wohnen, weiterhin die deutsche Staatsangehörigkeit zusteht. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 9. Oktober 1975: >>**2,3 Milliarden - Polen läßt Deutschstämmige raus**

Verträge mit Polen: Kredit der Bundesrepublik von 1 Milliarde Mark und 1,3 Milliarden Pauschale für in ehemals deutschen Gebieten Lebende mit Ansprüchen an die deutsche Rentenversicherung. Dafür sollen weitere 125.000 Deutschstämmige in die Bundesrepublik ausreisen dürfen.<<

Die "Südwest-Presse" berichtete am 10. November 1975 (x243/198): >>... Außenminister Genscher und sein polnischer Amtskollege ... unterzeichnen in Warschau ein Protokoll, das 120.000 bis 125.000 deutschstämmigen Polen in den nächsten 4 Jahren die Ausreise aus Polen ermöglichen soll.

Im Gegenzug gewährt Bonn Warschau einen zinsverbilligten Kredit von einer Milliarde DM und zahlt zur Abgeltung der Rentenansprüche von in Polen lebenden Deutschen ... 1,3 Milliarden DM. ... Der Kredit wird ... mit 2,5 % verzinst. Die Rückzahlung ... erfolgt in 20 gleichen Jahresraten, beginnend im Jahre 1980.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das deutsch-polnische Rentenabkommen (x268/215): >>Polen kassierte aufgrund des Rentenabkommens vom 9. Oktober 1975 1,3 Milliarden DM und zugleich einen "Jumbo-Kredit" von über einer Milliarde, der später weitgehend erlassen wurde. Weitere Milliardenkredite folgten nach 1990, und der Erlaß ist auch hier wohl nur eine Frage der Zeit. ...<<

Der israelische Politiker Abba Eban (1915-2002, von 1948-59 ständiger Vertreter Israels bei der UNO) erklärte am 11. November 1975 zur "Zionismus-Rassismus-Erklärung der UN" (x128/369-370): >>... Die Vereinten Nationen sind als Anti-Nazismus-Bündnis ins Leben getreten, 30 Jahre später sind sie im Begriff, das Weltzentrum des Antisemitismus zu werden. Es gibt kein anderes Tribunal, von dem sich solche Flut von Schmähreden Jahr für Jahr über die Werte, Ideale und Glaubenssätze ergießt, die das jüdische Volk seit Jahrhunderten verehrt.

Es ist eine erschreckende Wahrheit, daß sich Hitler selbst in einem Forum heimisch gefühlt hätte, daß einem waffentragenden Arafat Beifall spendet und dem mörderischen Idi Amin Gehorsam gehuldigt hat.

Es gibt natürlich keinerlei Unterschied zwischen dem Antisemitismus und der Verneinung des jüdischen Staates. Der klassische Antisemitismus leugnet die Gleichberechtigung von Juden als Bürger innerhalb der Gesellschaft.

Der Antizionismus leugnet die auf seine rechtmäßige Souveränität bezogene Gleichberechtigung des jüdischen Volkes innerhalb der Gemeinschaften der Nationen. Der gemeinsame Nenner für beide Fälle ist die Diskriminierung.

Man hat nichts anderes getan, als das Prinzip der Diskriminierung aus dem Bereich der individuellen Rechte auf den der kollektiven Identität zu übertragen.

Denn der Zionismus ist nicht mehr – auch nicht weniger – als das jüdische Bewußtsein von Ursprung und Bestimmung in dem Land, das mit seinem Namen auf ewig verbunden ist. Mit seiner Hilfe strebt die jüdische Nation nach einer authentischen Erfüllung ihrer selbst. ...

Der Zionismus kann auf mannigfache Weise definiert werden. Ich habe eine knappe Formulierung in Erinnerung, die vor 28 Jahren gemacht wurde, als die arabischen Armeen Israel am Tage seiner Gründung überfielen. Andrej Gromyko sagte im Sicherheitsrat am 21. Mai 1948, daß die militärischen Operationen der Araber "die Unterdrückung einer nationalen Befreiungsbewegung zum Ziele hätten".

Geradeso einfach ist es. Die Wahrheit ändert sich nicht, nur weil diejenigen, die sie proklamieren, ihrer eigenen Wahrheit müde werden. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" veröffentlichte am 12. Dezember 1975 ein Gespräch mit dem PLO-Verteidigungsminister Zuhair Mohsen (1936-1979) über den Nahost-Konflikt (x243/247): >>... ZEIT: Würde ein Palästinenserstaat, der auf die ehemals jordanische Westbank (westlich des Jordans) und den Gaza-Streifen beschränkt wäre, den Palästinensern genügen?

Mohsen: Nein, niemals. Wir wollen jedes Feld, jedes Dorf und jedes Haus, das uns damals gehörte, zurückhaben. ... Das Naturrecht ist auf unserer Seite.

ZEIT: Kann den Israelis dieser nationale Selbstmord zugemutet werden?

Mohsen: Sie müssen es einsehen, aber sie werden es erst einsehen, wenn sie, vor uns auf den Knien liegen, wenn wir sie militärisch kurz- und kleingeschlagen haben.

ZEIT: Also kein Friede in Sicht?

Mohsen: Zur Zeit weder Krieg noch Frieden. Und in Zukunft wieder Krieg, neue Kriege. Das ist unvermeidlich.<<

Die schweizerische Zeitung "Die Weltwoche" veröffentlichte am 17. Dezember 1975 einen Bericht des mexikanischen Soziologen Rodolfo Stavenhagen (x243/246): >>... Fast alles, was unter dem Namen "Entwicklungshilfe" segelt, (zielt) im Grunde darauf ab, die Herrschaft des Machtzentrums dieser Welt über die abhängige Peripherie zu verstärken.

Niemand wird leugnen, daß diese Bemühungen in bestimmten Gegenden zu erstaunlichem wirtschaftlichem Wachstum geführt haben. ... Aber sie bahnen für gewöhnlich keine selbständige Entwicklung an. Ebensowenig bezwecken sie die Erhöhung des Lebensstandards der Mehrheit der Bevölkerung der Dritten Welt.

Im besten Fall gibt Entwicklungshilfe den unterentwickelten Ländern einen Bruchteil von dem zurück, was unser Weltsystem (durch ungleiche Devisenkurse, Gewinnrückflüsse, Schuldendienst, Kapitalübertragung usw.) aus ihnen herausgeholt hat.<<

Der deutsche Journalist Wilfried Ahrens veröffentlichte im Jahre 1975 eigenmächtig die seit 1954 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte erstellte "Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa".

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die unbefugte Veröffentlichung dieser brisanten Dokumentation (x025/194-195): >>Dieser "Raubdruck" blieb umstritten, bis die Unterlagen dann wenige Wochen nach dem Bonner Regierungswechsel vom Oktober 1982 freigegeben wurden.

Ähnliche Querelen wie bei der Dokumentation der Vertreibungsverbrechen gab es übrigens auch um die Dokumentation "Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges", die über 10 Jahre in den Kellern eines Bielefelder Verlages unter Verschuß lag, bevor die Bücher verkauft werden durften.<<

Da das "Schlesierland", "Märkische Heide" und andere ostdeutsche Lieder angeblich "politisch und gesellschaftlich nicht mehr tragbar sind", ließ das Verteidigungsministerium diese Lieder im Jahre 1975 aus dem Bundeswehr-Liederbuch entfernen.

Das deutsche Volkslied "Schlesierland" lautete wie folgt (x846/...):

>>1. Kehr ich einst zur Heimat wieder,
Früh am Morgen, wenn die Sonn' aufgeht.
Schau ich dann ins Tal hernieder,
Wo vor einer Tür ein Mädchen steht.

Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir seh'n uns wieder, mein Schlesierland,
Wir seh'n uns wieder am Oderstrand.

2. In dem Schatten einer Eiche,
Ja, da gab ich ihr den Abschiedskuß.
Schatz, ich kann nicht bei dir bleiben,
Weil, ja weil ich von dir scheiden muß.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir seh'n uns wieder, mein Schlesierland,
Wir seh'n uns wieder am Oderstrand.

3. Liebes Mädchen, laß das Weinen,
Liebes Mädchen, laß das Weinen sein.
Wenn die Rosen wieder blühen,
Ja dann kehr ich wieder bei dir ein.
Da seufzt sie still, ja still und flüstert leise:
Mein Schlesierland, mein Heimatland,
So von Natur, Natur in alter Weise,
Wir seh'n uns wieder, mein Schlesierland,
Wir seh'n uns wieder am Oderstrand.<<

Das deutsche Volkslied "Märkische Heide" lautete wie folgt (x846/...):

1. Märkische Heide,
Märkischer Sand
Sind des Märkers Freude,
Sind sein Heimatland.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

2. Uralte Eichen,
Dunkler Buchenhain,
Grünende Birken
Stehen am Wiesenrain.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

3. Blauende Seen,
Wiesen und Moor,
Liebliche Täler,
Schwankendes Rohr.

Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

4. Knorrige Kiefern
Leuchten im Abendrot,
Sah'n wohl frohe Zeiten,
Sah'n auch märk'sche Not.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

5. Bürger und Bauern
Vom märk'schen Geschlecht,
Hielten stets in Treu
Zur märk'schen Heimat fest!
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.

6. Hie Brandenburg allewege
Sei unser Losungswort!
Dem Vaterland die Treue
In alle Zeiten fort.
Steige hoch, du roter Adler,
Hoch über Sumpf und Sand,
Hoch über dunkle Kiefernwälder,
Heil dir mein Brandenburger Land.<<

Anstatt dieser nicht mehr "gesellschaftsfähigen ostdeutschen Heimatlieder" wurden z.B. die Lieder "In einem Polenstädtchen" und "Kalinka" in das Liederbuch der Bundeswehr aufgenommen.

Der spanische Schriftsteller Alberto Rivera (1935-1997, ehemaliger katholischer Priester und Jesuit, vermutlich vergiftet) schrieb in der Einleitung des 1975 erschienen Buches "Die verborgene Geschichte der Jesuiten" über die römisch-katholische Kirche und die Jesuiten (x1.001/3-4): >>Die gefährlichsten unter den Menschen sind die, die sehr religiös erscheinen, insbesondere wenn sie organisiert sind und Amtsgewalt innehaben. Sie genießen die tiefe Hochachtung der Menschen, die keine Ahnung haben von ihrem gottlosen Streben nach Macht hinter den Kulissen.

Diese religiösen Menschen, die vorgeben, Gott zu lieben, schreiten auch zum Mord, zetteln Revolutionen an und, wenn nötig, Kriege, im Dienste ihrer Sache. Sie sind gerissene, intelligente, glatte religiöse Politiker, die in einer düsteren Welt der Geheimnisse, Intrigen und zweifelhaften Heiligkeit leben. ...

Die "Frühen Väter" bekamen Einblick in das Gros des antiken babylonischen Systems zuzüglich der jüdischen Theologie und griechischen Philosophie. Sie alle pervertierten die meisten der Lehren Christi und Seiner Apostel. Sie ebneten den Weg für den römisch-katholischen Apparat, der im Begriff war, zu entstehen. Sie fielen im guten Glauben über die Bibel her,

pervertierten, fügten hinzu und nahmen weg. Dieser religiöse antichristliche durch jene Väter wirkende Geist trat erneut hervor, als Ignatius von Loyola die Jesuiten schuf, um im Verborgenen zwei wesentliche Ziele für die römisch-katholische Institution zu erreichen: 1) allumfassende politische Macht und 2) eine allumfassende Kirche, in Erfüllung der Prophetien von Offenbarung 6, 13, 17 und 18.

Bis Ignatius von Loyola die Szene betrat, hatte die protestantische Reformation das römisch-katholische System inzwischen ernsthaft beschädigt. Ignatius von Loyola kam zu dem Schluß, daß der einzige Weg für seine "Kirche", zu überleben, sei, in der zeitlichen Macht von Papst und römisch-katholischer Institution das Kirchenrecht und die Kirchenlehren durchzusetzen; nicht einfach nur durch die Zerstörung des physischen Lebens der Menschen, wie es die Dominikanerpriester quer durch die Inquisition zu tun pflegten, sondern durch die intensive Einflußnahme und das Eindringen in jeden Lebensbereich.

Der Protestantismus müsse besiegt und im Interesse der Päpste benutzt werden. Das war einer der persönlichen Vorschläge Ignatius' von Loyolas gegenüber Papst Paul III. Jesuiten machten sich unverzüglich ans Werk, ALLE protestantischen Gruppen einschließlich ihrer Familien, Arbeitsplätze, Spitäler, Schulen, Universitäten, etc. zu unterwandern. Heute haben die Jesuiten jene Mission so gut wie erfüllt.

Die Bibel gibt die Gewalt über eine örtliche Gemeinde einem gottesfürchtigen Pfarrer. Die raffinierten Jesuiten aber schafften es über die Jahre, jene Gewalt Zentralen von Konfessionsgemeinschaften zuzuspielen, und haben mittlerweile fast alle protestantischen Denominationen in die Arme des Vatikans gedrängt. Genau das war es, was sich Ignatius von Loyola vorgenommen hatte, zu erreichen: eine allumfassende Kirche und das Ende des Protestantismus.

...

Der Autor, Edmond Paris, zeigt auf, wie die Jesuiten in die Regierungen und Nationen der Welt eindringen und diese intensiv beeinflussen, um über die Errichtung von Diktaturen und die Schwächung von Demokratien wie z.B. der Vereinigten Staaten von Amerika, über die Wegbereitung für Anarchie in Gesellschaft, Politik, Moral, Militär, Bildung und Religion den Verlauf der Geschichte zu manipulieren. ...<<

Eine afrikanische Schülerin berichtete im Jahre 1975 über die Veränderungen in den Ländern der "Dritten Welt" (x073/319): >>Unser Dorf lag tief im Urwald. Wir waren von allen großen Städten weit entfernt. Unser Leben war einfach. Unser Essen kam nur aus unserer Ernte. Wir aßen Maniok oder Makabo. Es gab keinen Lärm. Nur die Gesänge der Vögel und das Brüllen einiger wilder Tiere waren zu hören.

Ein Pfad führte bis zum Bahnhof, der 10 km von unserem Dorf entfernt war. Um Petroleum oder Seife zu kaufen, mußten wir dorthin gehen. Der Hexenmeister war unser Arzt.

Aber es ist einiges anders seit ein paar Jahren, nämlich seit eine Straße durch unser Dorf führt. Der dicke Wald ist verschwunden. Die Landschaft verändert. Viele große Bäume sind gefällt worden. Das Dorf wurde größer durch die neuen Häuser, die am Rand der Straße liegen. Man kann einige Läden da finden.

Jeden Tag kommen große Wagen von der Stadt. Wir können jetzt ein Taxi nehmen und zum Bahnhof fahren. Das schwere Gepäck wird von dem Wagen getragen. Jeden Morgen können wir Brot essen. Ein Spital ist gebaut worden. Es gibt einen Arzt und einige Gehilfen. Ab und zu hören wir das Hupen der Autos. Aus Stille wurde Lärm.

Das Leben wird anders. Die Menschen werden auch anders. Sie haben nicht mehr dieselben Sitten. Sie legen keinen Wert mehr auf den Hexenmeister. Sie gehen gern zum Arzt. Jeder-mann will genug Geld haben, um gut zu leben. Der Mensch wird allmählich selbstsüchtig.

Man fühlt einen großen Unterschied zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart. Die Maschinen ersetzen die Menschen. In einiger Zeit werden die Hände des Menschen nicht mehr wichtig sein. Aber wir fragen uns, ob die Maschinen die Menschen in allen Fällen wer-

den ersetzen können. Das ist ein Problem, das eilige Lösung will. ...<<

1976

Um die Zahl der Unfallopfer in der BRD zu vermindern, galt ab 1. Januar 1976 für Autofahrer die Anschnallpflicht.

Der CDU-Abgeordnete Karl Carstens (1914-1992, späterer Bundespräsident) kritisierte am 19. Februar 1976 im Bundestag die unbefriedigende Berichterstattung über die Vertreibungsverbrechen an Deutschen (x025/210): >>Herr Kollege Brandt hat gesagt, man könne Aussöhnungspolitik nicht mit halbem Herzen betreiben, ... aber man kann Aussöhnungs- und Verständigungspolitik auch nicht mit halben Wahrheiten bestreiten. ...<<

Die "Prawda" berichtete am 25. Februar 1976 über den Rechenschaftsbericht des XXV. Parteitag der KPdSU (x243/145): >>... Die Kommunisten sind weit davon entfernt einen "automatischen Zusammenbruch" des Kapitalismus zu prophezeien. Er verfügt noch über beträchtliche Reserven. Aber die Ereignisse der letzten Jahre bestätigen mit neuem Nachdruck, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist.<<

Die spanische Regierung übergab am 28. Februar 1976 die Westsahara an Marokko und Mauretanien und beendete nach 91 Jahren die spanische Kolonialherrschaft (x175/704).

Auf dem ehemaligen Platz des Berliner Stadtschlusses wurde am 23. April 1976 der "Palast der Republik" ("Erichs Lampenladen") eröffnet.

Der "Palast der Republik" bzw. "Palast des Volkes", der mehr als 1 Milliarde Mark kostete, dient in erster Linie als Sitz der Volkskammer. Die gläserne Frontverkleidung soll besonders die Offenheit des SED-Parlamentes vor der Bevölkerung zum Ausdruck bringen.

Der israelische Minister Ariel Scharon (1928-2014) und der israelische Politiker Yehuda Harel berichteten am 30. April 1976 im "ZEIT-Magazin" (x243/247,249): >>... Kriegsverhinderung und Frieden sind wichtige, aber nicht national vorrangige Ziele. Ich will frei leben, den Staat Israel entwickeln und mit Millionen neuer Juden bevölkern, ohne Einmischung von außen, ohne arabische Maschinengewehre und Kanonen, die unsere Flugzeuge und Städte beschießen können. ...

Dafür bin ich bereit, weitere 10 Kriege zu führen – und zu gewinnen. ...<<

>>... Wer den Golan besitzt, der hat nicht nur Galiläa in der Hand, der kann auch - wie die Syrer das schon einmal versuchten – das Wasser des Jordans umleiten und die Lebensader der israelischen Landwirtschaft abschnüren. Zu allererst müssen wir unser Überleben sichern, erst dann können wir an Frieden denken. ...

Israel ist ein Land ohne feste Grenzen. Wir ziehen von einer Waffenstillstandslinie zur anderen. Unser einziger Halt sind die Siedlungen und die Tatsache, daß Israel in den letzten 80 Jahren noch nie freiwillig eine Siedlung aufgegeben hat.

Überall, wo unsere Kibbuzim (ländliche Siedlungen) und unsere Truppen stehen, da ist auch Israel, da ist die Grenze.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (26/1976) berichtete am 20. Juni 1976: >>**JUDEN Nicht Abrahams Söhne?**

In einem neuen Buch -- es wird 1977 auch auf deutsch erscheinen -- will Arthur Koestler beweisen: Die Ostjuden stammen nicht vom Auserwählten Volk der Bibel, sondern vom Turkvolk der Chasaren ab.

"Das ist ein unheilvolles Buch, und Koestler muß sehr gut wissen, daß er die allerlebhafteste Katze unter die allernervösesten, irritierbarsten Tauben gesetzt hat", kritisierte der Publizist Philip Toynbee -- ein Sohn des Historikers Arnold Toynbee -- im "Observer" Arthur Koestlers neues Buch "The Thirteenth Tribe" ("Der dreizehnte Stamm")*.

* Arthur Koestler: The Thirteenth Tribe. The Khazar Empire and its Heritage. Hutchinson. London ...

Wenn Koestler schreibt, läßt er immer irgendeine seiner Katzen aus dem Sack, die irgendwel-

che Tauben irritiert. So empfahl 1945 der enttäuschte Kommunist in "Der Yogi und der Kommissar" ein Amalgam von westlicher Wissenschaft und östlicher Weisheit. Nach einer Asienreise sprach er "Von Heiligen und Automaten", und 1972 unternahm er in den "Wurzeln des Zufalls" den Versuch, Atomphysiker und Parapsychologen zu verkuppeln (SPIEGEL 19/1972).

Diesmal hat der "bewunderungswürdigste zentraleuropäische Autor" (Oxford-Historiker Robin Lane Fox) das alles übertroffen: "Ich habe", behauptet Koestler, "die historischen Belege zusammengetragen, die darauf hinweisen, daß die Masse des östlichen Judentums -- und damit des Weltjudentums -- eher chasarisch-türkischen als semitischen Ursprungs ist."

Damit dürfte Koestler einige Unruhe unter den 14,2 Millionen Juden von Tel Aviv bis New York verbreiten. Er durchtrennt nämlich jene nationalreligiöse Nabelschnur, die gerade Millionen von Juden in der Diaspora trotz aller Verfolgung als ein Volk besonderer Art mit den Abkömmlingen Abrahams, den zwölf Stämmen der Bibel, verbindet, also ihre Identität als "Auserwähltes Volk" gewährleistet.

Das halb wilde Reitervolk der Chasaren saß etwa zwischen dem siebten und elften Jahrhundert in dem Gebiet zwischen Krim und Kaspischem Meer, zwischen Kaukasus und Mittellauf von Wolga und Dnjepr. Es bildete einen Pufferstaat zwischen dem Kalifat von Bagdad und Byzanz, später zwischen Ostrom und den von Norden herandrängenden Warägern, den Stammvätern der Russen.

Um 740 konvertierten die bis dahin schamanischen Turkabkömmlinge zum jüdischen Glauben. Koestler und seine wissenschaftlichen Gewährsmänner vermuten, aus realpolitischen Gründen: Die Chasaren sahen zwar im Monotheismus die Grundlage höherer Lebensformen, wie sie ihre christlichen und islamischen Nachbarn besaßen. Doch sie fürchteten zugleich, daß sie mit der Annahme der Lehre Mohammeds unter den religionspolitischen Einfluß von Bagdad, mit der des Christentums unter den von Byzanz geraten könnten. Also wählten sie die dritte Kraft, den Judentum, der keine weltliche Macht besaß und somit eine gewisse Unabhängigkeit des Chasaren-Reiches garantierte.

Im 13. Jahrhundert erlöschten die spärlichen Nachrichten über dieses Volk. Niemand weiß mit Sicherheit, wo sie geblieben sind.

Außer Koestler. Er treibt eine Vermutung an den Rand der Gewißheit: Die jüdischen Chasaren gelangten bei dem großen Völkergeschiebe, das der Mongolensturm bewirkte, in ihrer Masse nach Polen. Anders kann er sich jedenfalls das von ihm behauptete plötzliche und zahlreiche Auftreten von Juden seit dem Jahre 1200 in dem aufstrebenden polnischen Großreich nicht erklären.

Mit Vehemenz verwirft Koestler die herkömmliche Theorie, nach der die Masse der osteuropäischen Juden von Rhein und Main stamme. Von dort flüchteten sie nach den jahrelangen Pogromen, die 1096 den Ersten Kreuzzug begleiteten, und nach der großen Pest von 1348 bis 1350, die ihnen als angeblichen "Brunnenvergiftungen" angelastet wurde, in den damals friedlichen und aufnahmebereiten Osten.

Die Gemeinden an Rhein und Main, so glaubt Koestler hingegen beweisen zu können, waren schon vor den Massakern viel zu klein, als daß die wenigen Davongekommenen den Grundstock für die Millionen Ostjuden hätten legen können.

Während nämlich die Westjuden, die "Sephardim", wie Koestler ohne Quellen-Angabe behauptet, nach 1960 auf eine halbe Million geschätzt wurden, zählten die "Aschkenasim", die Ostjuden, zur gleichen Zeit elf Millionen. Koestler: "So ist, allgemein gesprochen, Jude gleichbedeutend mit aschkenasischem Juden." Und der Aschkenasi ist, wie der Autor glauben machen will, chasarischer Herkunft und somit eigentlich kein Jude.

Andere Historiker der jüdischen Geschichte, so etwa der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban ("Dies ist mein Volk"), sind hingegen der Meinung, daß nur die Oberschicht des

Chasaren-Reiches sich zum Judentum bekannte und nach dem Mongolensturm lediglich "am Aufbau der großen Zentren des osteuropäischen Judentums" mitwirkte.

Einige Schwierigkeiten bereitet Koestler freilich die besondere Sprache der Ostjuden, das Jiddische. Es enthält unzweifelhaft außer hebräischen und slawischen Elementen viel Mittelhochdeutsches. Für die Fachwissenschaft gilt als erwiesen, daß die Ostjuden dieses Mittelhochdeutsch in ihre Sprache aufnahmen, als sie noch an Rhein und Main saßen.

Doch Koestler fand in dem jüdischen Sprachforscher Mathias Mieses einen Kronzeugen, der 1924 entdeckt haben will, daß es keine rhein-mainische, sondern eine ostdeutsche Form des Mittelhochdeutschen war, die die Juden in ihre Sprache aufnahmen. Für Koestler gilt daher als sicher: "Der Hauptstrom der jüdischen Wanderung floß nicht vom Mittelmeer über Frankreich und Deutschland nach Osten und dann wieder zurück", sondern er bewegte sich "ständig in westlicher Richtung vom Kaukasus über die Ukraine nach Polen, und von dort nach Mitteleuropa".

Auch für die Entstehung des ostjüdischen Typus hat Koestler eine Erklärung parat: Er ist das Ergebnis jahrhundertelanger Getto-Inzucht. Er verweist darauf, daß die berühmte jüdische Nase bei den reinen Semiten, den Beduinen, nicht vorkommt. Die Merkmale eines bestimmten jüdischen Typus führt Koestler auf Umwelt und Vererbung zurück, keinesfalls aber auf semitische Ursprünge.

Koestler ist sich durchaus klar darüber, welchen Sprengstoff sein Buch auch für den Staat Israel birgt. Gleichwohl behauptet er, daß er dessen Lebensrecht nicht unterminieren wolle: "Was immer die rassischen Ursprünge der israelischen Bürger sein mögen und welche Illusion sie darüber unterhalten, ihr Staat existiert de jure und de facto und kann nicht aufgehoben werden, es sei denn durch Völkermord."

Diese beruhigende Formel will Koestler-Kritiker Toynbee aber nicht gelten lassen: Der "Nationalstolz der Israelis", ihre "rassische und religiöse Identität hängt von dem tragenden Glauben ab, daß sie direkt von den Hebräern des Alten Testaments abstammen".<<

Die nordvietnamesisch beherrschte Nationalversammlung beschloß am 2. Juli 1976 die Vereinigung Nord- und Süd-Vietnams und bildete die Sozialistische Republik Vietnam.

Ein schweres Erdbeben in der nordchinesischen Stadt Tangshan forderte am 27. Juli 1976 über 655.237 Todesopfer und 779.000 Verletzte (x175/709).

Der evangelische Pastor Oskar Brüsewitz (1929-1976) versuchte sich am 18. August 1976 auf dem Marktplatz von Zeitz zu verbrennen, um mit seinem Freitod gegen die Unterdrückung der christlichen Lehre und Erziehung zum Haß durch das SED-Regime zu protestieren.

Über hundert Menschen sahen die mit Benzin übergossene lebende Fackel. Das Feuer wurde zwar sofort von MfS-Mitarbeitern gelöscht, aber Oskar Brüsewitz starb nach 4 Tagen im Krankenhaus.

Die evangelische Kirchenleitung distanzierte sich damals von der Selbstverbrennung, denn Selbstmord war durch die Religion verboten und galt für gläubige Christen als schwere Sünde. Das SED-Regime versuchte später vergeblich, den Pastor als Geisteskranken hinzustellen.

Mao Zedong starb am 9. September 1976 im Alter von 82 Jahren an den Folgen der Parkinsonschen Krankheit (x175/706).

Nach Maos Tod entbrannte ein erbitterter Machtkampf um die Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Die sogenannte "Viererbande" (linksradikale Fraktion um Maos Witwe Jiang Qing) wurde schließlich mit Hilfe der chinesischen Armee durch die pragmatisch-gemäßigten Kommunisten ausgeschaltet.

Während der 8. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 3. Oktober 1976 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 48,6 %, SPD = 42,6 %, FDP = 7,9 %, Sonstige = 0,9 %.<<

James Earl "Jimmy" Carter (Parteimitglied der "Demokraten") wurde am 2. November 1976

mit knapper Mehrheit zum 39. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über James Earl "Jimmy" Carter (x068/352-353): >>... Präsident Jimmy Carter (1977-1981), dem Kenner den höchsten Intelligenzquotienten seit F.D. Roosevelt attestierten, war ein re-born christian und einst baptistischer Prediger in Sonntagsschulen gewesen, der ganz offen über seine Bekehrung sprach. Wenngleich er Glaubenstreue mit kaltem politischem Kalkül verbinden konnte, traf er doch einige ethisch respektable Entscheidungen.

Noch am Tag seines Amtsantritts amnestierte der Präsident 10.000 Amerikaner, die während des Vietnamkrieges sich dem Dienst entzogen hatten. Atomwaffen verabscheute er tief, was auch seine Entscheidung gegen die Neutronenbombe beeinflusste.

Ja, er blieb reserviert gegenüber der Entwicklung friedlicher Atomenergie - im AKW Three Mile Island, bei Harrisburg/Pennsylvania, kam es 1979 zur bisher gefährlichsten Krise - und förderte den Ausbau alternativer Energiequellen. Erstmals wurde (1977) ein Energieministerium errichtet. Carter legte ein 10-Jahres-Energieprogramm vor. Und zur Unterstützung der Armen wollte er sogar die gigantischen Gewinne der Ölgesellschaften besteuern, ein wahrhaft frommer Wunsch.

Innenpolitisch sah es weiterhin nicht eben rosig aus. Das Wirtschaftswachstum verlangsamte sich, die Preise stiegen an, die Steuern, die Inflationsrate kletterte auf 11,3 %. Und der Dollar sank. Carters wiederholtes und natürlich besonders populäres, auch vor Senatoren und Abgeordneten gemachtes Versprechen einer 50 Dollar Steuerrückzahlung für jeden Amerikaner konnte nicht gehalten werden.

Noch beträchtlich mehr schädigte ihn der Bankenskandal seines Budget-Direktors, Bert Lance, eines Bankiers und persönlichen Carter-Freundes, den er schließlich fallen lassen mußte. Carter, der Baptist, der Moralapostel, dessen Religion ein strenges Leben nach der Bibel befahl, galt vielen nun, wohl zu Unrecht, als Heuchler. Seine Popularitätskurve fiel innerhalb weniger Monate um 26 Prozent. Und Versuche einer Lösung des Energieproblems, das er als erster amerikanischer Präsident erkannte, trugen so wenig zu seiner Beliebtheit bei wie neue Rassenkrawalle. Allein in Miami wurden im Mai 1980 immerhin 16 Menschen umgebracht, 370 verletzt und Sachschäden im Wert von 100 Millionen Dollar angerichtet.

In der Außenpolitik erzielte Carter mehrere Erfolge: den Abschluß der Verträge über den Panama-Kanal; das Abkommen von Camp David, das die Annäherung zwischen Israel und den Arabern ermöglichen sollte; die Normalisierung der Beziehungen zu China. Und gegenüber dem despotisch-korrupten Somoza-Regime in Nicaragua ging er auf Distanz, was die oppositionellen Sandinisten unterstützte.

Dagegen stand er weiterhin zum Schah von Persien, was ihn die Präsidentschaft kosten sollte. ...<<

Das SED-Regime entzog dem Liedermacher Rolf Biermann am 16. November 1976 das Aufenthaltsrecht in der DDR. Biermanns Gesellschaftskritik erregte schon seit Jahren den Mißmut der SED-Funktionäre und Biermann erhielt bereits 1965 ein generelles Reise- und Berufsverbot.

Der britische Diplomat Sir Denis Allen (1910-1987) schrieb am 21. November 1976 an den nordamerikanischen Historiker Alfred M. de Zayas (x028/243): >>Sämtliche Potsdamer Abmachungen waren eindeutig als vorläufig gedacht, in dem Sinne, daß man mit einer endgültigen Friedensregelung rechnete. Einerseits machte man sich keine Illusionen über die vorausichtlichen Schwierigkeiten, spätere Änderungen durchzusetzen, vor allem im Hinblick auf die territorialen Vereinbarungen im Osten, wo die Russen im Besitz des Gebietes waren.

Andererseits faßten wir es nicht so auf, daß es die Aufgabe irgendeiner künftigen Friedenskonferenz sein werde, einfach die Potsdamer Vereinbarungen zu bestätigen, auch nicht, was die polnisch-deutsche Grenze und die Umsiedlung deutscher Einwohner anging. ...<<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Helmut Schmidt am 15. Dezember 1976 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Das SED-Regime forderte am 22. Dezember 1976 Lothar Loewe (1929-2010, Korrespondent der ARD in Ost-Berlin) auf, die DDR innerhalb von 48 Stunden zu verlassen.

Loewe wurde vor allem wegen seiner kritischen Berichterstattung ausgewiesen.

Die katholische Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland erklärte im Jahre 1976 (x075/133-134): >>Wir sind das Land, dessen jüngste politische Geschichte von dem Versuch verfinstert ist, das jüdische Volk systematisch auszurotten.

Und wir waren in dieser Zeit des Nationalsozialismus, trotz beispielhaften Verhaltens einzelner Personen und Gruppen, aufs Ganze gesehen doch eine kirchliche Gemeinschaft, die zu sehr mit dem Rücken zum Schicksal dieses verfolgten jüdischen Volkes weiterlebte, deren Blick sich zu stark von der Bedrohung ihrer eigenen Institutionen fixieren ließ und die zu den an Juden und Judentum verübten Verbrechen geschwiegen hat. ...<<

Ein Erdbeben in Guatemala-City forderte im Jahre 1976 etwa 23.000 Todesopfer (x175/60).

1977

Das SED-Regime verlangte ab 1. März 1977 für die Fahrt von West-Berlin nach Ost-Berlin Straßenbenutzungsgebühren (10 Mark).

Prof. C. Pilichowski (polnischer Direktor der Hauptkommission zur Erforschung der NS-Verbrechen in Polen) berichtete am 17. März 1977 im "Radio Warschau" über die "Umsiedlung der Deutschen" (x028/144): >>... Hier muß ganz deutlich und mit reinem Gewissen gesagt werden, daß Polen die Aussiedlung von Deutschen aus den westlichen und nördlichen Gebieten, eigentlich aus dem Gebiet ganz Polens, auf der Grundlage der Beschlüsse des Potsdamer Vertrages vom 2. August 1945 durchgeführt hat, also auf der Grundlage des Völkerrechts und der Beschlüsse der Antihitler- und internationalen Koalition.<<

Die Staatsanwaltschaft in Hagen schloß im März 1977 nach fast 12jähriger Nachforschung die Ermittlungen über die im polnischen Internierungslager Lamsdorf verübten Verbrechen ergebnislos ab. Der Mordvorwurf richtete sich gegen 7 Polen und einen Deutschen, die vermutlich in Polen wohnhaft waren (x028/144).

Manfred Krug (ein beliebter Schauspieler und Sänger) verließ am 20. Juni 1977 die DDR und geht in die Bundesrepublik Deutschland. Krug war damals wegen seiner massiven Kritik über die Ausbürgerung Biermanns in Ungnade gefallen.

In der Bundesrepublik Deutschland trat am 1. Juli 1977 die Reform des Ehe- und Familienrechts in Kraft. Bei Scheidungen wurde danach zukünftig das Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip ersetzt. Ehen konnten jetzt ohne Schuldnachweis oder gegen den Willen des Ehepartners geschieden werden.

Staats- und Parteichef Erich Honecker entschied am 26. September 1977, weiterhin die kritisierten "Intershops" zu betreiben, da Devisen dringend benötigt wurden.

Die verurteilten Terroristen der "Roten Armee Fraktion", Andreas Bader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe, verübten am 18. Oktober 1977 im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim Selbstmord (x175/715).

Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, von 1974-82 Bundeskanzler) hielt am 23. November 1977 eine Rede in Auschwitz. Er bezeichnete die "heutigen Deutschen" als persönlich nicht schuldig, bejahte aber eine "Mitverantwortung" auch der nachwachsenden Generationen für die deutsche Geschichte (x051/321).

1978

Die "BILD-Zeitung" und die "Frankfurter Rundschau" berichteten am 12. Februar 1978 über die Wahl des neuen Juso-Chefs Gerhard Schröder: >>... Er zählt zum linken Flügel. ...<<

>>Ein gewiefter Taktiker, der die Tricks und Kungeltraditionen der Jusos perfekt beherrscht. ...<<

Die Londoner Tageszeitung "The Times" berichtete am 20. Februar 1978 über "die Verratenen von Jalta" (x133/605): >>... Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten ... dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln. ...

Mr. Harold Macmillan sollte, als Staatsminister für den Mittelmeerbereich in den Jahren 1944-45 angesichts dieser Enthüllungen sein großes Ansehen in die Arena bringen und alles berichten, was er darüber weiß. ...

Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus.<<

Die Exilzeitschrift "Svedectvi" ("Das Zeugnis") veröffentlichte im Februar 1978 die "Thesen zur Vertreibung" des slowakischen Historikers Danubius (eigentlich Jan Mlynarik, 1933-2012).

In diesem Bericht kritisierte Danubius besonders die tschechoslowakischen Historiker wegen ihres Mangels an Mut, sich mit den Ursachen und Folgen der Menschenrechtsverletzungen auseinanderzusetzen (x020/150-151): >>... Der Transfer der tschechoslowakischen Deutschen ist vor allem eine Angelegenheit des Studiums der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung und Literatur, unser offenes, umgangenes und häufig peinlich interpretiertes Problem. ... Gegen die tschechoslowakischen Deutschen wurde so vorgegangen, wie die deutschen Faschisten und die Gestapo gegen die Juden vorgegangen sind ... Man ist gegen sie so vorgegangen, wie gegen die Häftlinge der Konzentrationslager des faschistischen Deutschlands gegen Ende des Krieges, die Todesmärsche eingeschlossen. ...

Die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen ist nicht nur eine deutsche Tragödie, sondern es ist auch unsere Tragödie. Mit ihr und mit ihren Folgen müssen wir uns, vor allem selber unter uns und für uns, auseinandersetzen.

Was deutsch ist, im Bösen wie im Guten, das überlassen wir den Deutschen. Unsere Schuld müssen wir in voller Eigenverantwortung selbst erkennen, wenn wir nicht weitere, sich wiederholende Handlungen dieser Tragödie erleben wollen.<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (24/1978) berichtete am 12. Juni 1978 über das Buch "Kudenow oder An fremden Wassern weinen" des deutschen Journalisten und Schriftstellers Arno Surminski: >>**Chronik aus dem Stall**

Sibirisch kalt war der Winter 1946, als Kurtchen Marenke, vom selben Jahrgang 34 wie sein Autor, nach langer Wanderung im holsteinischen Kaff Kudenow Mutter und Schwester wiederfand. Nun haust und hungert er mit ihnen im Hühnerstall des reichen Bauern Fiete Kock, gleich neben der Scheune, wo die vielen anderen "Beutegermanen" kampieren -- Flüchtlingslos nach dem großen Krieg, als "im Osten die Dämme brachen, und die riesige Menschenflut hereinquoll ins "Land zwischen den Meeren".

Der in Hamburg lebende Wirtschaftsjournalist Arno Surminski, der vor vier Jahren in seinem autobiographischen Erstlingsroman "Jokehnen" eine ostpreußisch-ländliche Kindheit der Hitler-Ära bis zum Schreckensfinale beschrieb (Untertitel: "Wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland?"), kann sich auch dieser endlosen Null-Stunde gut noch erinnern: der Notaufnahmelager, Bahnhofsmissionen und Züge voll verdreckter Gestalten, der Schleichpfade über die Zonengrenze, der Schieber, Schwarzhändler und Kartoffelfechter, der Zigarettenwährung und der 1.300 Kalorien pro Tag.

In den Dörfern verfluchten die Einheimischen, wohlgenährt von Wurst und Speck, die Millionen fremder Hungerleider, diese verlauste "Mischung aus Polen und Deutschen mit asiatischem Einschlag", die ihren Frieden störte: "Geht doch hin, wo ihr hergekommen seid!"

Und während viele Mutter Marenkes der masurischen Heimat nachtrauerten und dem Mann, den die Russen vor ihren Augen erschossen, und dem älteren Sohn, der auch nicht mehr zurückkam, besang Rudi Schuricke im Radio die "Capri-Fischer".

Hiobs-Tage, aber Kurtchen nimmt sie nicht allzu tragisch. Er klaut den harten Dörflern Äpfel und Eier, steckt ihnen auch mal ungestraft eine Scheuer in Brand. Am liebsten hockt er zwischen Spinnweben im Halbdunkel des Stallboden-Verstecks, träumt von der handlichen Maschinenpistole des jungen Pjotr aus Nowgorod und spielt mit der Kollektion von Kriegsorden, inklusive Ritterkreuz, die er auf seinen Irrfahrten erbeutet hat. Und ganz allmählich wächst er dabei satteren, besseren, normalen Zeiten entgegen: der Währungsreform, ... dem Honigmond der Bundesrepublik.

Surminski ist gewiß kein Autor von hochliterarischen Finessen. Unbefangen und ohne Pathos. in einfachen Sätzen und schlichter Psychologie entsinnt er sich des Kurtchens, das er selbst wohl einmal war.

Doch das Garn ist solide. Seine holsteinische Flüchtlings-Pastorale voller Lindenblüten-Duft und Kuhstall-Dunst, mittlerweile auf der SPIEGEL-Bestsellerliste, liefert, für jeden halbwegs beteiligten Zeitgenossen deutlich erkennbar, die ziemlich exakte Chronik der noch einmal Davongekommenen.<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 16. Juni 1978 über die US-Serie "Holocaust":
>>**Und dann ... Und dann ...**

In den amerikanischen Zeitungen reißt die Flut von Zuschriften und Artikeln als Reaktion auf die Ausstrahlung des Fernsehfilms "Holocaust" über die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis nicht ab. Viele dieser Artikel sind nicht von Journalisten oder Schriftstellern, sondern von normalen Bürgern, Überlebenden der Konzentrationslager, geschrieben.

An dem Tag, wo ich dies schreibe, sind allein in der "Los Angeles Times" fünf längere Artikel und eine Rezension dreier Bücher über dieses Thema erschienen, es wird gemeldet, daß Universitäten Vorlesungen über "Holocaust" vorbereiten, eine sogar einen Lehrstuhl eröffnet hat, daß Präsident Carter eine Gedenkstätte errichten läßt. Man hat den Eindruck, daß der Film im ganzen Land Trauer und Besinnung ausgelöst hat. Warum gerade jetzt?

Am 20. April dieses Jahres veröffentlichte die "Los Angeles Times" auf ... auffälliger Stelle, den Beitrag eines mir bisher unbekanntes Mannes namens Allen Levy, der im Jahre 1950 als Kind in Brooklyn im Restaurant seiner Großmutter beobachtete, wie ein Gast mit dem Essen auf einmal aufhörte, sich eine Serviette in den Mund stopfte und, die Fäuste gegen den Kopf gepreßt, zu heulen anfang, dann auf den Tisch trommelte und schrie, was man freilich kaum hörte. Levy rannte in die Küche, wo ihn seine Großmutter beruhigte: der Mann war in einem deutschen Konzentrationslager gewesen, wo er seine ganze Familie hatte sterben sehen. Jetzt, wenn er das Herannahen der Erinnerung spürte, stopfte er sich, um die Schreie zu dämpfen, eine Serviette in den Mund.

Dieses bedeutende Zeugnis eines Kindes, das einem Zeugen die Stimme leiht, dessen eigene Aussage in dem Schrei bestand, den er immer unterdrückte - eine Art Evidenz, die in Geschichtsbüchern fehlt -, ist für mich so wertvoll, weil es genau zeigt, wie wenig oder wie viel an Grauen ich für darstellbar halte. Levys Zeugenaussage belegt ein für allemal die unveröhnliche Feindschaft zwischen so extremem Leiden und seiner Artikulation; Leiden kann sich nicht selbst vermitteln, braucht das Medium eines andern.

Wenn sich nun einer, wie das ja im Film geschieht, zumutet, die Massenvernichtung von Menschen durch die deutschen Faschisten darzustellen, so müßte, dachte ich, seine Darstellung den "Schrei" dämpfen. Nur so könnte Ästhetisierung, die Unerträglichkeit einer miserablen oder geglückten künstlerischen Darstellung, Abstumpfung, Gewöhnung und so weiter vermieden, die Darstellung authentisch werden. Es muß spürbar sein, daß man sich schämt, etwas zu spielen, wozu man eigentlich gar nicht die Kraft haben dürfte.

Also die kompulsive Unterdrückung des Schreis beglaubigt ihn und macht seine Quelle hörbarer, da er näher bei uns ist, denn Brooklyn ist überall näher als Auschwitz. Jedenfalls erst die Lektüre, Artikel und die Kommentare von Freunden überredeten mich, mir Holocaust ...

nachträglich bei einem Freund anzusehen, der es (ohne die vulgären Werbespots von etwa zwei Stunden Gesamtlänge) auf Videokassette aufgezeichnet hatte.

Der Film besteht aus vier Teilen, die an aufeinanderfolgenden Abenden, jeweils etwa zweieinhalb Stunden lang, ausgestrahlt wurden. Erste Szene: Sommerhochzeit im weitläufigen Garten eines Hotels, Berlin 1935. Lachen, Gesprächsfetzen, die Kamera bewegt sich rückwärts und erfaßt langsam Garten und Haus. Nichts Besonderes ereignet sich. Ein Onkel des Bräutigams ist aus Warschau zu Besuch gekommen und heißt Moses Weiss. Bei Erwähnung dieses Namens Großaufnahme eines der Hochzeitsgäste, der die Augenbrauen zusammenzieht.

Mit ähnlich einfachen Mitteln wird in den folgenden Szenen gearbeitet: In Dr. Weiss' Sprechzimmer erfährt das junge Ehepaar Dorf, daß Frau Dorf einen kleinen Herzfehler hat und aufpassen muß. Später: beide, Eric und Marta Dorf auf einer Parkbank in Berlin. Als Sohn eines Bäckers hat Eric Jura studiert und ist jetzt Rechtsanwalt, aber arbeitslos, und so weiter.

Also ein langsamer, freilich ominöser Anfang, künstlerisch indiskutabel, aber auch ohne eine Spur falscher Präntention. Die Naivität, mit welcher die aneinandergereihten Szenen das Schicksal einiger Familien verfolgen, erinnert an den simplen Aufbau der "soap opera". Praktisch die einzige Formel dieses Erzählens ist das kindliche (epische): "Und dann ... Und dann ... Und dann ..."

Viele dieser Szenen könnten, leicht ausgebaut, für sich selbst bestehen; etwa die erste als Beispiel (für den) täglichen Antisemitismus: wie ein Zitat der Wirklichkeit. Für jemanden, der den Film nicht gesehen hat, mag es obszön klingen: aber die lakonische Gestaltlosigkeit der "soap opera" läßt auch in den späteren Szenen das Gezeigte als "täglich" und glaubwürdig erscheinen.

Ein paar Szenen später erscheint in Dr. Weiss' Sprechzimmer wieder der Rechtsanwalt Eric Dorf, diesmal ohne seine Frau, aber mit einem Dienstaussweis der SS, und eröffnet dem Arzt, er habe sich strafbar gemacht, da er eine "Arierin" (frühere Hausangestellte, die er hatte entlassen müssen) behandelt habe. SS-Leutnant Dorf teilt dem Arzt mit, daß er "persönlich" nichts gegen ihn habe (ein Satz, der sich leitmotivisch durch den Film zieht), aber er solle aus Deutschland verschwinden: "Verschwinden Sie!" wiederholt er. Dr. Weiss zählt die Beschränkungen auf, denen die Juden 1938 ausgesetzt sind und schließt mit der Frage: "Was können Sie uns eigentlich noch antun?"

Er unterbricht die Sprechstunde, eilt zu seiner Frau, die mit der Tochter Anne am Klavier sitzt. Anne wird rausgeschickt. Seine Versuche, die Frage der sofortigen Emigration ("Aber wohin?" "Kein Land will die Juden!") mit seiner Frau zu erörtern, scheitern vollkommen glaubwürdig an der alles überdeckenden Alltäglichkeit, auch dem Glück dieses abgeschiedenen Familienlebens ("Wir sprechen später drüber!" sagt sie), ferner dem Pflichtgefühl für seine jüdischen Patienten, schließlich – vielleicht am überzeugendsten –, am Glauben an ein "Deutschland", das es schon nicht mehr gibt. "Wir werden's schon überleben", sagt seine Frau, "dies ist das Land Beethovens, Schillers und Mozarts!" "Das stimmt", sagt er, "aber leider ist keiner von denen an der Macht!"

Etwa von hier an werden die Ereignisse wiederholt bis zu einem Punkt geführt, wo man den Fernseher abstellen möchte. Diese episodische Steigerung ist wahrhaftig, weil der Film, um der historischen Wirklichkeit gerecht zu werden, ein Entsetzen auf das andere wälzen muß. Nur die provozierende Kunstlosigkeit der "soap opera" ist diesem schrecklichen, stumpfen Nacheinander wirklicher Abläufe gewachsen:

der erste Steinwurf ins Wohnzimmer der Familie Weiss, die Mißhandlung eines jüdischen Veteranen des Ersten Weltkrieges in der "Kristallnacht" ("Es gibt doch so viele anständige Offiziere im Heer", sagt er, "die werden das nicht zulassen!")

Und: "Ich verstehe es nicht! Deutschland braucht doch eine starke Wirtschaft! Und von dieser

Wirtschaft sind wir doch ein Teil!"), die Vergewaltigung der kleinen Anne Weiss durch SA-Bestien (sie erleidet einen Nervenschock und wird, zusammen mit anderen "Geisteskranken", in einem deutschen Sanatorium umgebracht) und – vielleicht am erschütterndsten: die Arglosigkeit, mit der die Juden sich, mit Proviant versehen, gleich Urlaubsreisenden, von Angehörigen begleitet, die ihnen noch lange nachwinken, mit Marschbefehlen immer wieder, immer wieder zum Bahnhof begeben und die Todeszüge besteigen.

Als er nach Polen verschickt wird, sagt Dr. Weiss auf dem Bahnsteig im eleganten Mantel mit Pelzkragen zu seiner Frau, die ihn zum Zug bringt: "Aber den Flügel darfst du nicht verkaufen!" und sie, wobei er lächelt, sagt zu ihm: "Vergiß nicht, in Polen die Stiefel zu tragen!"

Trost gibt es in diesem Film wenig, das allein spricht schon für den Wahrheitsgehalt dieses Films. (Man bedenke, was es bedeutet, wenn im hiesigen, kommerziellen Fernsehen, das sonst nur durch "Unterhaltung" zum dauernden Vergessen von allem, was wichtig ist, anstiftet, plötzlich zu etwas Edlem aufgefordert wird: zum Erinnern!)

Dieses bißchen Trost aber braucht man, um den Film ertragen zu können. Der Trost ist in den Szenen, in denen Widerstand gezeigt wird: Partisanenkämpfe, die heldenhafte Verteidigung des Warschauer Gettos gegen eine Übermacht deutscher Barbaren, ferner der historisch getreue Ausbruch der Gefangenen aus dem Konzentrationslager Sobibor unter der Führung von Kriegsgefangenen der Roten Armee (einer der Überlebenden hat sich inzwischen in der "Los Angeles Times" zu Wort gemeldet, er hat ein Radiogeschäft in St. Barbara).

Diese Szenen sind offensichtlich mit der Absicht in den Film eingebaut, die vielleicht hier und dort vereinzelt noch vertretene Ansicht zu zerstreuen, man könne den Faschismus mit Hilfe von Leitartikeln, Gebeten oder drohendem Hin- und Herbewegen des Zeigefingers besiegen. "Ich bin noch immer nicht überzeugt davon, daß sie uns umbringen wollen! Was hätten sie denn von toten Juden?" oder: "Kämpfen – so etwas tut man nicht als Jude!" sagen diese Menschen auf ihrem Weg in die Gaskammern. Der Film ist somit auch eine Abrechnung mit einem heuchlerischen oder naiven Pazifismus.

In der Kritik wurde gelobt, daß die Deutschen, das heißt also: die nicht jüdischen Deutschen, in diesem Film differenzierter dargestellt werden als in früheren Hollywoodfilmen. Das stimmt. Aber dadurch, daß einzelne positiv (Inge Helm, die ihrem jüdischen Mann ins Konzentrationslager folgt, ein Anti-Nazi-Priester, ein Ingenieur, ein einzelner SS-Soldat), die anderen differenzierter dargestellt sind, werden alle insgesamt glaubhafter, und, indem sie glaubhafter werden, rätselhafter, furchterregender, etwa beim Verkaufsgespräch des Vertreters eines deutschen Chemiewerkes (wiederholt erwähnt wird auch die Kollaboration des IG-Farben-Konzerns).

Vollkommen überzeugend ist die Darstellung des vorher erwähnten, später zum SS-Major beförderten Rechtsanwalts Eric Dorf, eines der Hauptverantwortlichen für jene Sache, für die unsere geschundene Sprache das Wort "Endlösung" hergeben mußte. "Es ist erstaunlich, wie sie alles mitmachen!" sagt er anlässlich einer Massenermordung und danach sehen wir ihn am weihnachtlichen "Bechsteinflügel" ("Ich sehe meine Kinder an und ich weiß, daß ich das Richtige tue!").

Wichtig sind zwei häusliche Szenen mit seiner Frau Marta. Weinend vor Selbstmitleid charakterisiert er seinen Freund, den Kommandanten des Vernichtungslagers Treblinka, folgendermaßen: "Er ist ein herzenguter Mensch. Er liebt seine Kinder, Tiere, die Natur!" Sie tröstet ihn: "Du bist mein Kindchen!" sagt sie. Und später, als ihr Bilder von Leichenbergen in die Hände kommen, gegen Ende des Krieges: "alle Bilder, alle Dokumente müssen vernichtet werden, damit niemand etwas weiß, damit niemand Lügen von euch erzählen kann!"

Die Schlußszene zeigt uns zwei Überlebende: Rudi Weiß, der mit einer Gruppe Partisanen gekämpft hatte, und Inge Helm, deren Mann den Folterungen der SS erlegen ist, Rudi geht nach Palästina, Inge: "Zurück nach Deutschland, aber ich bleibe nicht dort."<<

Bundespräsident Walter Scheel erklärte am 17. Juni 1978 während seiner Rede zum 25. Jahrestag des "Tages der deutschen Einheit" (x156/112-117): >>... Der 17. Juni 1953 war ... eine Tragödie für viele Menschen in der DDR und Ost-Berlin. Sind wir also hier zusammengekommen, um der Opfer des Volksaufstandes zu gedenken? Ist dieser Tag also so etwas wie ein anderer Volkstrauertag?

Doch wird nicht auch gesagt: Gerade dieser Aufstand 1953 sei ein Zeichen der Hoffnung, ein Zeugnis des Friedenswillens unseres Volkes, ein Augenblick unserer Geschichte, auf den wir stolz sein dürfen? Ist dieser Tag ein Tag der Trauer oder ein Tag des Stolzes?

25 Jahre sind seitdem vergangen. Die Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Der Freiheitswille hat nicht gesiegt. Hoffen wir auf einen neuen Volksaufstand in der DDR? Wollen wir, indem wir den Tag der deutschen Einheit begehen, unsere Landsleute ermuntern, erneut einen solchen Aufstand zu wagen? Keiner könnte das guten Gewissens tun.

Warum aber erinnern wir dann uns und sie an diesen Tag vor 25 Jahren? Reißen wir da nicht Wunden auf, die besser geschlossen bleiben? ...

Man könnte sagen: Wir müssen unseren Landsleuten in der DDR zeigen, daß wir sie nicht "abgeschrieben" haben, wie man so sagt. ...

Und erinnert uns dieser Tag nicht daran, wie wenig wir selber getan haben, um die Freiheit zu erlangen? Daß wir selbst nicht in der Lage waren, uns aus eigener Kraft von der Gewaltherrschaft zu befreien? Daß es der Kräfte fast der ganzen Welt bedurfte, um einem Teil der Deutschen die Freiheit zu bringen? Daß es nicht unser "Verdienst ist, wenn wir heute das Glück haben, in einem freien Lande zu leben? Und daß es nicht die "Schuld" unserer Landsleute ist, wenn sie immer noch in Unfreiheit leben? Sie haben immerhin um die Freiheit gekämpft. Sie sind unterlegen. Wir haben Glück gehabt; wir brauchten nicht zu kämpfen.

Und führt uns so dieser Tag nicht auch vor Augen, daß die Teilung Deutschlands ein Ergebnis unserer Geschichte ist, einer Geschichte voll von Irrtümern, Herrschaftswahn, Ideologie, Gewalt?

Fragen über Fragen. Ich möchte mit diesen Fragen nicht den 17. Juni in Frage stellen. Ich möchte mit ihnen darauf hinweisen, daß der 17. Juni uns viele Fragen stellt.

Ein Tag des Gedenkens, der Trauer, der Besinnung, der Scham, der Hoffnung, der Verpflichtung auf ein großes Ziel – ein beunruhigender Tag, ein deutscher Tag, der es nicht zuläßt, daß wir uns in Selbstgerechtigkeit üben.

Ein Tag des Gedenkens und der Besinnung. Wir müssen uns immer wieder vor Augen führen, daß für die Menschen in der DDR die Unfreiheit nicht 1949 begann – sie begann im Jahre 1933. Ein Mensch, der 1933 in Leipzig geboren wurde und dort bis heute lebt, hat noch keinen Tag der Freiheit gesehen. Und heute ist er 45 Jahre alt.

Gewaltherrschaft, Krieg, Judenmord, die Zerstörung unseres Landes, die Teilung – als das ist eine Folge von 1933.

Wenn wir des 17. Juni 1953 gedenken, kommen wir nicht daran vorbei, das Jahr 1933 und seine Folgen im Gesamtzusammenhang unserer Geschichte zu bedenken. ...

Ich glaube unser Verhältnis zum Staat ist bis aufs tiefste von der Idee des "Reichs" geprägt, ein Wort, das in allen gesamtdeutschen Staatsnamen bis 1945 erscheint: im mittelalterlichen Reich bis 1806, im Deutschen Reich Bismarcks, im "Deutschen Reich" der Weimarer Republik, im "Deutschen Reich" - später "Großdeutschen Reich" Hitlers.

Der Name "Deutschland" taucht als Bezeichnung eines deutschen Staates zum ersten Male im Namen der "Bundesrepublik Deutschland" auf.

Das "Reich" war ursprünglich eine Weltordnungsidee, die das augustäische Imperium Romanum mit der augustinischen "Civitas Dei" (dem kommenden Gottesstaat) verbinden wollte, ein gewaltiger Gedanke, gewiß, aber wohl zu groß für diese Welt.

Und doch hat unser Volk jahrhundertlang seine besten Kräfte für diese Ideen hingegeben und

sich dabei zu höchsten militärischen, politischen, menschlichen, kulturellen Leistungen erheben, die bis heute, ob im Bewußtsein oder im Unterbewußtsein, die Phantasie des Volkes beschäftigen.

Ich habe gestern die Ausstellung über Karl IV. besucht. Man kann dort viel über die Lebenskraft der föderalistischen Tradition erfahren, die uns aus dem alten Reich überkommen ist und über die Anpassungsfähigkeit einer geschriebenen Reichsverfassung, die für ein halbes Jahrtausend Bestand hatte.

Das Reich wurde als "Überstaat" begriffen, "der in einer " – wie Prof. Ferdinand Seibt es mir beschrieben hat – "höheren Sphäre religiösen, also wahrhaft sanktionierten Gemeinschaftsverständnisses wirkte". Aber daher rührt auch jene idealistische Staatsvorstellung, die uns Deutschen die Orientierung in der politischen Wirklichkeit oft so schwer gemacht hat.

Daß unsere Herrscher "Kaiser" waren und nicht Könige wie anderswo – und vor den Königen herausgehoben durch einen besonderen Auftrag – schon allein das hat einen tiefen Einfluß auf unser politisches Bewußtsein gehabt. Der erste, der die nüchternen Fakten der irdischen Politik – ohne moralische Wertung – beschrieb, Machiavelli, ist nirgendwo so bekämpft worden wie in Deutschland. ...

Die Harmonie der Welt, das war es, was unser Volk wollte, worin es den Sinn aller Politik sah. Was dieser Harmonie förderlich war, war gut – was sie störte, war schlecht. Daher rührt der stark konservative Grundzug unserer Geschichte.

Alle Vergangenheit erscheint vom Goldglanz einer entschwundenen Harmonie überglänzt. Mittelalterliche ständische Strukturen hielten sich bei uns länger als anderswo. Sie waren Ausdruck einer gottgewollten Ordnung.

Wer diese Strukturen ändern wollte, verging sich gegen die Ordnung und wurde mit Abneigung betrachtet. Hier liegt der tiefere Grund dafür, daß wir nie eine Revolution zuwege brachten, sondern daß sie alle alsbald erstickt werden konnten.

Mit einer Ausnahme: der Reformation. Aber dabei ging es eben hauptsächlich um himmlische und weniger um irdische Dinge, wenn auch ihre Auswirkungen auf die innerweltlichen Verhältnisse außergewöhnlich waren.

Aus unserem Streben nach Harmonie erklärt sich die Abneigung, die unser Volk im Laufe der Zeit gegen Konflikte, gegen Streit der Meinungen entwickelte. Unser Streben nach Harmonie hinderte uns daran, mit freiem Meinungsstreit zu leben. Wir bezogen ihn unser Leben ein – wir sperrten ihn aus unserem Leben aus. Einem Philosophen, der, wie Hegel, den bestehenden Staat als das Endziel aller Geschichte hinstellte, wurde leidenschaftlich geglaubt.

... Wir folgten denen, die die Ordnung unserer Welt garantierten. Ein guter Politiker war uns der, der uns davor bewahrte, uns mit gesellschaftlichen Konflikten auseinanderzusetzen, nicht der, der sie im Wege eines vernünftigen Kompromisses ausglich. Als "großer" Politiker galt uns der, der "in einem höheren Auftrag" eine Weltordnung repräsentierte. Im Grunde erwarteten wir von den Regierungen, daß sie dem Weltgeist gehorsam waren. Und da war es nicht nötig, daß sie sich vor einem Parlament verantworteten. ...

Politik war für uns mehr eine Sache des Glaubens als der Vernunft. ...

Und ist unsere Politik denn heute ganz frei von der dogmatischen Intoleranz von Glaubenseiferern, die dem Andersdenkenden den Freiheitswillen und letztlich das demokratische Lebensrecht absprechen? Hängt damit nicht auch zusammen, was man die Polarisierung unseres politischen Lebens nennt? Wir glauben daran, daß die Kritik ein Lebenselixier der Demokratie sei. Wann aber hat man schon jemals in den Nachrichten gehört, die Partei X habe die Kritik der Partei Y ernstgenommen und denke darüber nach? Wenn Kritik bei uns geübt wird, wird sie nicht in jedem Fall sofort "zurückgewiesen"?

Sehen wir nicht Teile unserer Jugend, der akademischen zumal, irgendwelchen Heilslehren hinterherlaufen, die eine vollkommene Gesellschaft, frei von Konflikten und Problemen ver-

sprechen? Das Streben nach einer konfliktfreien Harmonie sollte nicht verwechselt werden mit dem notwendigen Grundkonsens aller Demokraten.

Denn dieser hat ja gerade zum Inhalt, daß jeder aufgrund seiner Menschenwürde das Recht auf eigene Meinung hat, und daß jede ernsthafte Meinung das gleiche Recht auf allgemeinen Respekt hat, während jede harmonische Heilslehre behaupten muß, daß allein sie die Wahrheit verwalte, daß jede andere Meinung notwendig falsch sein müsse. Führt der Grundkonsens von Demokraten zur Auseinandersetzung und zur Klärung der umstrittenen Fragen im Meinungsstreit, so führen alle politischen Heilslehren zu dem Bestreben, den politischen Gegner "auszuschalten", und damit lediglich zu Feindschaft und Haft in der Gesellschaft. ...

Wir müssen erkennen, daß Politik nicht mit einem Glaubenskrieg verwechselt werden darf, sondern daß es in ihr um die Lösung höchst irdischer Probleme geht. Wir müssen erkennen, daß eine Gesellschaft, die von sich behauptet, keine Konflikte zu haben, immer eine unfreie Gesellschaft ist.

Man gehe auf der ganzen Welt herum und frage die Länder, ob es Konflikte in ihnen gebe. Antworten sie: nein – dann erübrigt sich die Frage nach der Freiheit. Denn Konflikte gibt es in jeder Gesellschaft. Wo es sie angeblich nicht gibt, da werden sie mit Gewalt unterdrückt – was nichts anderes heißt, als daß Menschen mit Gewalt unterdrückt werden. ...

In der Präambel unseres Grundgesetzes steht der schöne, verpflichtende Satz: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." ...

Es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands wiederherzustellen", es heißt nicht, "die Einheit Deutschlands herbeizuführen" - es heißt: "die Einheit Deutschlands zu vollenden".

... Die Einheit Deutschlands ist kein politisches Ziel, das man wie andere politische Ziele, etwa einen geordneten Bundeshaushalt oder die Sanierung des Gesundheitswesens betreiben könnte. Unser Streben nach Einheit ist ein Streben nach Freiheit für das ganze deutsche Volk.

... Wir trachten nach der Einheit, um "als gleichberechtigtes Mitglied in einem vereinten Europas dem Frieden der Welt zu dienen".

In diesen Worten des Grundgesetzes wird deutlich, daß der eifersüchtig über seine Souveränitätsrechte wachende Nationalstaat alter Prägung nicht das Ziel unseres Einheitsstrebens ist. ...

Natürlich versuchen unsere östlichen Nachbarn gegenwärtig, unser Streben nach Einheit und unsere Bemühungen um Entspannung als widersprüchliche Politik hinzustellen. Wird dieses als friedensfördernde Politik anerkannt, so wird jenes als Revanchismus, als Revisionismus und wie die Worte hin bis zum Imperialismus alle heißen, gebrandmarkt. Wir müssen sie geduldig davon zu überzeugen versuchen, daß unser Streben nach Einheit und unser Bemühen um Entspannung auf lange Sicht eine und dieselbe Sache ist.

Doch wie steht es damit in unserer Jugend? Was wissen sie von Deutschland, seiner Teilung, den Grundgedanken seiner Einheit? Was haben wir, die Älteren, sie gelehrt? Manche Untersuchungen darüber, die hoffentlich nicht repräsentativ sind, haben erschreckende Ergebnisse gebracht: eine weitgehende Unkenntnis. Was geschieht da eigentlich auf unseren Schulen, unseren Universitäten?

Wir haben eine Verfassung, die das gesamte deutsche Volk auffordert, die Einheit Deutschlands zu vollenden – und viele unserer Schüler wissen kaum etwas über Deutschland. Traut man sich auf unseren Schulen nicht mehr, von der Einheit Deutschlands vor unsern Schülern zu sprechen? ...

Es ist wahr, die Worte Nation, Volk und Vaterland sind fürchterlich mißbraucht worden. Aber darf das ein Grund sein, aus unserer Jugend die Trauer über die Teilung Deutschlands hinauszukritisieren oder die Jugend in Unkenntnis über das zentrale Problem ihres Volkes zu lassen?

... Wir werden erst dann die Fesseln der Vergangenheit ganz abgestreift haben, wenn wir nicht mehr zu betonen brauchen, daß unser Streben nach der Einheit Deutschlands nichts anderes ist

als unser Streben nach Frieden, Recht und Freiheit.<<

Als am 8. September 1978 die Anhänger des Schiitenführers (Ayatollah) Khomeini in Teheran den Sturz des Schah-Regimes forderten, ereigneten sich schweren Unruhen. Hunderte von Demonstranten wurden erschossen. Der Schah setzte danach eine Militärregierung ein.

Die "BILD-Zeitung" berichtete am 31. Dezember 1978 über große Probleme der SED-Planwirtschaft: >>DDR-Wirtschaft in Geldnöten

... In diesem Jahr hat die DDR 11 Milliarden (Devisen-)Mark für Tilgung von Krediten und Zinsen aufzubringen. Dem stehen erwartete Einnahmen aus Exporten von 9,3 Milliarden Mark gegenüber. Für die Finanzierung fehlt das Geld.<<

Ein Erdbeben in Tabas/Iran forderte im Jahre 1978 etwa 25.000 Todesopfer (x175/60).

Der westafrikanische Historiker und Politiker Joseph Ki-Zerbo (1922-2006) berichtete im Jahre 1978 über die Entwicklungspolitik in den Ländern der "Dritten Welt" (x073/319): >>Sich zu entwickeln kann nicht heißen, die vorhandenen Bodenschätze des Landes auszuplündern, nur um Kapital zu erwirtschaften, das wiederum nicht für Entwicklungsinvestitionen, sondern zum Aufbau eines bürokratischen Apparates genutzt wird.

Die Entwicklung hängt weniger von der Kapitalmenge ab, sondern von der Arbeitskraft des Menschen. Der deutsche Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg hat dies sehr deutlich gemacht. Der Marshall-Plan wäre ohne die Arbeitsleistung des deutschen Volkes wirkungslos geblieben.

Wenn ein Land, nur um die Wachstumsraten einzuhalten, von fremdem Kapital abhängig ist, so kann das nicht Entwicklung, sondern nur Unterentwicklung bewirken. Wenn der Kapitalfluß noch dazu dem Export von Rohstoffen zu "danken" ist, dann baut man in die Volkswirtschaft einen verderblichen Mechanismus ein, der die künftigen Generationen in dauernde Abhängigkeit führen wird. ...

Sich entwickeln heißt, alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren, zunächst auf der Ebene der politischen Bildung, danach bei der Umsetzung der Pläne in konkrete Vorhaben.

Mobilisierung aller Kräfte – das bedeutet vor allem die Einbeziehung der Massen in die Verantwortung, denn die Massen sind es, die über lange Zeit die für die Entwicklung notwendigen Opfer bringen müssen.

Die Massen müssen interessiert werden und sich von Entwicklung einen wirklichen Vorteil versprechen können. Die Annahme, daß Ideale und Enthusiasmus als Motoren der Entwicklung fungieren können, ist oft genug widerlegt worden.

Worin kann das Interesse der Massen bestehen? Doch wohl nur in der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse. Dies ist eine Grundeinsicht aller Entwicklungskonzepte. Man sollte sich allerdings hüten, die Grundbedürfnisse auf das zum Leben notwendige Existenzminimum zu reduzieren. ...<<

1979

Nach schweren Unruhen wurde am 16. Januar 1979 der Schah gestürzt. Schah Mohammed Resa Pahlewi (1919-1980, folgte 1941 seinem Vater Resa Schah Pahlewi auf den Thron) verließ am 16. Januar 1979 mit seiner Familie fluchtartig den Iran. Er fand später Zuflucht in Ägypten, Mexiko, USA und Panama.

Das Dritte Programm des 1. Deutschen Fernsehens zeigte am 22. Januar 1979 die erste von 4 Folgen der US-Fernsehserie "Holocaust".

In dieser 428 Minuten langen Serie über die Verfolgung und Vernichtung der europäischen Juden durch das NS-Regime wurde besonders das persönliche Schicksal der jüdischen Familie Weiss geschildert. Diese 4 Fernsehsendungen wurden von 15 bis 20 Millionen Deutschen gesehen und lösten fast 34 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges heftige Publikumsreaktionen und Diskussionen über die Ermordung der europäischen Juden aus.

Der aus der Bibel stammende Begriff "Holocaust" (griechisch, "Brandopfer") wurde danach

zum Begriff für den Völkermord an den europäischen Juden (x175/735).

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (5/1979) berichtete am 29. Januar 1979: >>**Holocaust: Die Vergangenheit kommt zurück**

Mehr als 20 Millionen Deutsche sahen in der vergangenen Woche "Holocaust". Die US-Fernsehserie über die Verfolgung und Ermordung der Juden wurde zum Thema der Nation. Bei den Sendern meldeten sich 30.000 Anrufer, die Mehrheit bekannte Erschütterung. Ein Medienereignis mit moralischer Wirkung oder nur "ein Strohfeuer"?

War das, endlich doch noch, die Katharsis? War es 34 Jahre nach Kriegs- und Nazi-Ende, das Ende der Unfähigkeit zu trauern? War es, im dreißigsten Jahr der Bundesrepublik Deutschland, die erste wahrhaftige Woche der Brüderlichkeit?

Es war, dies kann auf jeden Fall gesagt werden, eine auf unvorhergesehene Weise historische Woche:

Eine amerikanische Fernsehserie von trivialer Machart schaffte, was Hunderten von Büchern, Theaterstücken, Filmen und TV-Sendungen, Tausenden von Dokumenten und allen KZ-Prozessen in drei Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte nicht gelungen war: die Deutschen über die in ihrem Namen begangenen Verbrechen an den Juden so ins Bild zu setzen, daß Millionen erschüttert wurden. Im Haus des Henkers wurde vom Strick gesprochen wie nie zuvor, "Holocaust" wurde zum Thema der Nation.

Auch, wie anders, für deren Nationalisten. Schon vor Wochen hatten Anonyme mit Vergeltung gedroht, vorletzten Donnerstag flogen die Fetzen: Um 20.40 Uhr zerriß ein Zehn-Kilo-Sprengsatz die Leitungen zum Südwestfunk-Sender Waldesch bei Koblenz. 21 Minuten später detonierte eine Bombe in der Richtfunkstelle Nottuln bei Münster und zerstörte ein Antennenkabel.

Auf Hunderttausenden von Bildschirmen erlosch das Erste Programm, in dem gerade das schlimmste Kapitel deutscher Geschichte noch einmal dokumentarisch durchleuchtet wurde: "Endlösung".

In den Funkhäusern wurden eilends die Eintrittskontrollen verschärft. Polizei bezog Posten vor freistehenden Sendeanlagen. Das Bundeskriminalamt ließ am Koblenzer Tatort tonnenweise Schnee abtragen und dessen Tauwasser an geheimer Stelle nach Beweisstücken durchsieben.

Eine Gruppe namens "Internationale revolutionäre Nationalisten" bekannte sich inzwischen telephonisch zu den Attentaten und bestätigte damit den Verdacht von Bundesanwalt Rebmann, "daß der Anschlag aus Anlaß des Fernsehfilms "Endlösung" mit rechtsradikaler Zielsetzung geplant und ausgeführt worden ist".

Der Knall in Hunsrück und Münsterland indes machte das bundesdeutsche TV-Publikum erst richtig hellhörig für das Medienereignis "Holocaust", dem der Bericht "Endlösung" nur als Vorspiel diente und dessen Nachhall noch nicht annähernd abschätzbar ist.

Vor kurzem noch mußte den Deutschen das amerikanische Fremdwort, das sich aus den griechischen Wörtern "holos" (vollständig) und "kaustos" (verbrannt) zusammensetzt, als exotische Vokabel vorkommen, letzte Woche war es in aller Munde, bis hinauf zu Helmut Schmidt und Helmut Kohl, die "Holocaust" sogar in die Parlamentsdebatte warfen.

Wie zu Durbridge-Zeiten, als der "Halstuch"-Mörder über den Bildschirm geisterte, wie jetzt nur noch bei Fußballmeisterschaften, so gebannt verfolgten die Bundesrepublikaner vom Montagabend, 21 Uhr, bis Freitag weit nach Mitternacht die Karriere des (erdachten) SS-Obersturmbannführers Erik Dorf, der als Adjutant Heydrichs die Massenvernichtung der Juden organisiert, und das Schicksal der (gleichfalls fiktiven) jüdischen Arztfamilie Weiss, die fast ganz der perfekten Mord-Maschinerie zum Opfer fällt.

In Niedersachsen wurden gewerkschaftliche Veranstaltungen vorzeitig beendet oder abgesagt, "damit die Leute das sehen können, denn sonst würden die sowieso um neun Uhr verschwin-

den" (DGB-Sprecher Horst Runge). An den Universitäten Bielefeld und Hamburg wurden die gesellschaftswissenschaftlichen Seminare ohne weitere Diskussion in "Holocaust"-Debatten umfunktioniert.

Vielerorts, so in der Marler Volkshochschule "Die Insel", sammelten sich Singles zu Gruppen, "weil sie es allein zu Hause nicht ausgehalten hätten" (Pfarrer Jürgen Schmelig). ARD und ZDF registrierten eine Massenabwanderung in den dritten Kanal.

Dort wurde, in 428 Minuten und 26 Sekunden einer erfundenen, wenngleich historisch untermauerten Spielhandlung mit manchen geschichtlichen Ungenauigkeiten und vielen Platitüden (nichtssagenden Redewendungen) amerikanischer Serienproduktion, den Deutschen erstmals anschaulich vorgeführt, was sie aus der Erinnerung bislang vorwiegend verdrängten: das individuelle Drama hinter dem Massenmord. Das Unfaßbare wurde faßbar.

Überwunden schien, nach dem farbigen Einblick in die Schlachthöfe der Nazis, der Widerwille, an die Vergangenheit erinnert zu werden, gebrochen die Scheu, die Wahrheit zu erfahren.

Schon am Montag waren 32 Prozent aller bundesdeutschen Fernsehgeräte auf "Holocaust" geschaltet, am Dienstag bereits 36, am Donnerstag schließlich 39 Prozent - was im Dritten sonst niemand schafft. Zuletzt sahen rund 20 Millionen die Schrecken der Endlösung.

Den stärksten Zuspruch fand die Serie im Sendebereich des WDR, den geringsten bei Saar- und Hessenfunk. Am Dienstag schaute, trotz ungünstig später Sendezeit, jedes neunte Berliner Kind unter 13 Jahren dem Drama zu, in Nordrhein-Westfalen immerhin noch jedes 17. Überall registrierten Pädagogen ein "äußerst großes Bedürfnis der Schüler, darüber zu sprechen". Und so, beispielsweise, sprachen sie:

Jürgen Knipprath, 13, hatte "früher mal geglaubt, daß die Juden vorher irgendwelche Verbrechen begangen haben. Aber die hatten ja überhaupt nichts getan".

Ralf Kürten, 16: "Das war wie im Western."

Der Frankfurter Pädagogik-Wissenschaftler Hans Joachim Lissmann notierte Spontan-Äußerungen wie: "Den Heydrich würde ich in der Luft zerreißen." (Der) "Holocaust" wurde Hauptfach.

Selbst während der den Serien-Teilen angehängten Mitternachts-Diskussionen blieb noch knapp die Hälfte des "Holocaust"-Publikums auf Empfang, obwohl der ursprünglich verpflichtete Gesprächsleiter Robert Leicht, Redakteur der "Süddeutschen Zeitung", die erste Gesprächsrunde so blasiert zerredet hatte, daß der WDR ihn schleunigst verabschiedete.

Die weiteren, wesentlich besser geführten und besetzten Diskussionen brachten einen im deutschen Fernsehen bislang einmaligen, didaktisch fast optimalen Einklang von Spiel und Information. Und erstmals funktionierte das seit langem angestrebte Feedback mit dem Publikum: Anrufer griffen in die Experten-Debatte fragend, fordernd und verändernd ein; via Fernsehen kam eine Nation ins Gespräch.

Dabei wurde am Kölner Studio-Tisch nur ein Bruchteil dessen erläutert, was die Deutschen in Wohnstuben und Klassenzimmern, Straßenbahnen und Fabrikhallen bewegte - immer noch genug, um Telephonnetze stundenlang zu blockieren.

Über 30.000 Anrufer, fast viermal mehr als während der US-Premiere von "Holocaust" beim Sender NBC, wählten sich in die deutschen Funkhäuser durch. Der WDR mußte die Zahl der Telefonistinnen verdoppeln. Für Berliner, die schwer bis Köln vordrangen, wurden eigens acht Leitungen in den SFB freigemacht, der die Botschaften dem WDR über eine Standleitung des Hörfunks zuspielte.

Es meldeten sich, wie erwartet, die Unbelehrbaren und die Schmierfinken mit antisemitischen Flüchen und Verwünschungen gegen den "linkslastigen Rotfunk". Das Ganze sei "Brunnenvergiftung" und "Nestbeschmutzerei": "Was ist denn mit den vergewaltigten deutschen Frauen von 1945?"

Die CSU-nahe "Schüler Union Bayern" forderte vom Bayerischen Rundfunk eine Nachfolge-

serie über die Vertreibung Millionen Deutscher aus ihrer Heimat: Einseitige Schuldbekennnisse wie in "Holocaust" seien der Jugend nicht zuzumuten.

Ein anonymes Anrufer drohte, Heinz Galinski, der Leiter der Jüdischen Gemeinde Berlin, werde umgebracht, wenn man die Serie nicht schleunigst absetzt.

Doch weit mehr noch, wie nicht erwartet, meldeten sich Irritierte, Betroffene, Überlebende. Manche schämten sich, klagten sich selbst an, einige weinten. Häufig wurden neue Dokumente, Prozeßakten, Tagebücher und Gedichte angeboten.

Der "bislang aufwendigste, konsequenteste Medienverbund unserer Fernsehgeschichte" (Fachblatt "Medium"), vom kritischen Ausland wohlwollend beobachtet, hatte das Publikum allerdings auch frühzeitig und intensiv auf das peinvolle Thema und seine heikle Darbietung vorbereitet.

Allein die Düsseldorfer Landeszentrale für politische Bildung verschickte 139.530 Mappen mit einer 56seitigen Aufklärungsbroschüre an sämtliche Lehrer in NRW. Bis Donnerstag waren in dem Institut 22.000 private Anforderungen eingegangen. Zentralen-Leiter Willi Kreiterling erwartet eine Gesamtauflage von 220.000.

22 nordrhein-westfälische Volkshochschulen setzten spezielle "Holocaust"-Seminare an. Das ZDF tauschte einen für Donnerstag geplanten Film - pikantes Thema: die Nazi-Begeisterung eines Berliner Schülers von heute - gegen ein unverfängliches Emanzipationsspiel aus.

"Holocaust" prägte Schlagzeilen und Leitartikel der Tagespresse, Zeitschriften wie "Monat" und "Medium" widmeten ihm ganze Nummern.

Mit voller Wucht schwappte das Thema auch auf die Radio-Wellen über, auf Hamburgs "Kurier am Morgen", das Kölner "Mittagsmagazin" und die Münchner "Redezeit bis Mitternacht". Kein Sender, der nicht über die ganze Woche verstreut vorab informierte und nachher kritisierte. Vor allem Teenager-Programme wie die WDR-"Radiothek", "s-f-beat" und der bayrische Jugendfunk machten "Holocaust" zum Leitmotiv der Woche.

Unter solch ungewöhnlicher multimedialer Schützenhilfe verbreitete sich allerdings nicht nur "Holocaust" im Land der Täter und Opfer, sondern auch das Zwielficht, das die inzwischen in 33 Länder verkaufte Produktion seit ihrer amerikanischen Erstausrahlung umgibt: die Fragen nach Authentizität und Glaubwürdigkeit, das Problem der massenattraktiven Aufmachung und der thematischen Verflachung. Mit der Geschichte der Familien Dorf und Weiss waren auch die konträren Reaktionen von Enthusiasmus bis zu Abscheu und Protest in die Bundesrepublik importiert.

"Holocaust" - ein "anmaßendes Unterfangen" ("New York Times") oder der "kraftvollste Film, der je fürs Fernsehen gemacht worden ist" ("New York Post")? "Lore-Roman" ("Weltwoche"), "Shylock-Ranch" ("Hitler"-Filmer Syberberg), "perverse Operette" (eine deutsche Lehrerin), "Ami-Scheiß" (ein deutscher Arbeiter)?

Oder war am Ende doch "die Summe des Wahren an "Holocaust" größer als alle Verfälschungen" ("Die Zeit"), groß genug gar, um "tiefsitzende Traumata freizuschaukeln" ("Frankfurter Rundschau")?

Daß "Holocaust" je eine solch weltweite Grundsatzdebatte aufwerfen würde, hatten sich seine Hersteller wohl nicht träumen lassen. Ihnen ging es eigentlich nur um einen lukrativen Verkaufsartikel.

Anfang 1977, als der Kommerz-Sender ABC mit seinem pseudohistorischen Sklaven-Epos "Roots" gerade alle Zuschauerrekorde gebrochen hatte, fahndete die in der Publikumsgunst abgeschlaffte NBC nach einem Stoff von ähnlicher Sprengkraft. Die Wahl fiel auf "Holocaust".

Der Romanautor Gerald Green verknappte die maßlose Tragödie zu einem überschaubaren Familiendrama. Marvin Chomsky, als Regisseur von "Roots" und dem Kino-Reißer "Unternehmen Entebbe" einschlägig ausgewiesen, übernahm die Regie.

In 18 Wochen zwischen Juli und November 1977 ließ die TV-Gesellschaft den Vielstünder von 150 Schauspielern und 1.000 Komparsen auf 150 Kilometer Film bannen. Da in der DDR und Polen gar nicht erst gefilmt werden sollte und Ungarn wie Tschechoslowaken die Drehgenehmigung wegen "zionistischer Elemente" des Buches verweigerten, entstand der größte Teil der Serie unter Deutschlands und Österreichs freiem Himmel.

Straßenzüge in Berlin-Wedding wurden als Warschauer Getto hergerichtet, die KZ-Szenen von Auschwitz und Buchenwald im österreichischen Lager Mauthausen gestellt.

Kaum waren die Dreharbeiten beendet, ließ man Fatales durchsickern: Ein Berliner habe die Crew mit Bierflaschen beworfen, ein schreiender Greis die Mimen verstört: "ich habe euch Juden schon einmal getötet, ich werde euch noch einmal töten." Aufnahmegeräte seien mit Hakenkreuzen bepöpselt worden, belichtete Filmrollen spurlos verschwunden.

Michael Moriarty, als Erik Dorf der Negativ-Held der Serie, klappte zusammen, als er mit seiner Filmfamilie "Stille Nacht, heilige Nacht" singen mußte: "Wie konnten die so was tun!" Den Engländer Cyril Shaps (Häftling Weinberg) verließen die Kräfte, als er in KZ-Kluft durch Mauthausen torkelte: "Ich glaube, ich kann nicht weitermachen." Der katholisch erzogene Fritz Weaver, als jüdischer Arzt Weiss die Zentralfigur, fühlte sich nach dem Film "wie ausgewechselt": "Ich wurde ein Jude. Ich denke nur wie ein Jude."

Der Einstimmung folgte die Aufklärung. Religiöse und weltliche Organisationen verteilten 50 verschiedene Expertisen in über einer Million Exemplaren. Eine jüdische Liga ließ eine Sonderschrift in zehn Millionen Zeitungen beilegen. NBC schleuste einen speziellen "Viewers Guide" in zwei Millionen Schulen und Haushalte.

In der Zuschauergunst allerdings konnte "Holocaust" das Konkurrenz-Produkt "Roots" nicht entthronen: Trotz 120 Millionen Zuschauern - Jahresrekord - mußte sich das Großunternehmen unter den erfolgreichsten TV-Produkten aller Zeiten mit Platz 49 begnügen - nach Spitzenreiter "Roots" und weit hinter Bob Hopes "Christmas Show" von 1970.

Im publizistischen Echo indes übertönte "Holocaust" alles Dagewesene. Zufällig Zeuge dieses Spektakels wurden damals, im April 1978, die SPD-Politiker Georg Leber, Dietrich Stobbe und Horst Ehmke. Heimgekehrt, lobte vor allem Leber das Streitobjekt als "bemerkenswert objektiv", von "beklemmender Wirkung" und ohne Deutschen-Haß.

Der SPD-Parteivorstand beauftragte alle sozialdemokratischen Funkaufseher, sich bei den Sendern für den Ankauf stark zu machen. Als der WDR sich kurz darauf die Senderechte für 1,2 Millionen Mark sicherte, witterte "Die Welt" ein rotes Zusammenspiel und zieh die Genossen, "auf unzulässige Weise in die Programmgestaltung eingegriffen" zu haben. Doch die Kölner hatten, allem Verdacht zum Trotz, schneller geschaltet, als die Politiker dachten.

Kaum war der Film im Land, kam der WDR unter Beschuß. Münchens konservativer TV-Direktor Oeller drohte, der BR werde sich bei einer Übernahme des "Verkaufsartikels" ins Gemeinschaftsprogramm aus der Senderkette ausklinken. Deutsche Diplomaten fühlten diskret vor, ob das schlimme Lichtspiel denn unbedingt an die Öffentlichkeit müsse.

Um so schriller stritt die ARD. Ihre Serien-Kommission mokierte sich über die "indiskutable Qualität", die Programmdirektoren schoben das unangenehme Thema unwillig vor sich her.

Aufgeschreckt von dem politischen Wirbel, verlangten nun die Intendanten das letzte Wort. Aber sie kamen gleichfalls nicht klar und gaben die Entscheidungsnot an die Programmdirektoren zurück. Die stimmten nun ab, nur eine schwache Mehrheit votierte für die Sendung im Ersten Programm. Weil man fürchtete, die "Holocaust"-Gegner würden sich ausschalten, wollten die Verantwortlichen den Bruch in der ARD nicht riskieren.

Dem verschnupften WDR den ungeliebten Import für sein Regionalnetz allein zu überlassen, schien den TV-Gewaltigen angesichts der publizistischen Eskalation des Themas auch nicht opportun. Nach monatelangem Hickhack kamen sie schließlich überein für "Holocaust" erstmals alle Dritten Programme gleichzuschalten.

Der schärfste Protest gegen diese Verlegenheitslösung ging erst jetzt ein: Interessenten aus der DDR, in der die Dritten Programme nur in Grenznähe zu empfangen sind, beschwerten sich bei der ARD über die kurzfristige Entscheidung, sie total von "Holocaust" auszuschließen.

Was hier nun, vier Abende bis tief in die Nacht, bundesweit zum Vorschein kam und überwältigend wirkte, mußte den Eindruck erwecken, als habe es in Deutschland bisher keine nachhaltigen Auseinandersetzungen mit der Vergangenheit gegeben. Dabei ist es nicht so, daß sich der deutsche Film und später das deutsche Fernsehen, daß sich die deutsche Nachkriegsliteratur und das Theater nach 1945 an der Auseinandersetzung mit den Nazi-Verbrechen vorbeigemogelt hätten.

Der erste durchschlagende Bühnenerfolg des Nachkriegstheaters war Zuckmayers Udet-Stück "Des Teufels General", in dem Hitlers Rassenwahn zumindest ein Nebenthema bildete. Allerdings war das im Exil entstandene Stück von der furchtbaren Nazi-Realität weit entfernt und verfiel dem Glanz der Uniformen und dem rauhen Barras-Charme des Offizierskasinos.

Filme der Ost-Berliner Defa, wie "Ehe im Schatten", der vom Selbstmord des mit einer Jüdin verheirateten Schauspielers Joachim Gottschalk handelte, oder wie "Affaire Blum", der den latenten Antisemitismus in der Weimarer Republik zum Thema hatte, waren in der Analyse und im Treffen der Gemütslagen da schon genauer.

Die deutsche Nachkriegsliteratur, die sich in der Gruppe 47 vereinte, machte den Antifaschismus, die Aufarbeitung der Vergangenheit zu ihrem (nie verkündeten) Programm.

Das, was schließlich zum Schlagwort der "Vergangenheitsbewältigung" verkam und damit auf unglückliche Weise mit den offiziell und sicher gutwillig veranstalteten Wochen der Brüderlichkeit korrespondierte, stellte die literarische und theatralische Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Juden vor ein Dilemma.

Einerseits gab es das Diktum von Adorno, der gesagt hatte, es sei barbarisch, nach Auschwitz ein Gedicht zu schreiben. Andererseits gab es die "Todesfuge" des dem Holocaust entkommenen Paul Celan ("Der Tod ist ein Meister aus Deutschland"), ein Gedicht, das damals zumindest viele Studenten bewegte und auf die Vergangenheit verwies.

Vor allem zwei Ereignisse waren es, die beide Pole der Auseinandersetzung mit der Judenvernichtung markierten: einmal, 1950, das "Tagebuch der Anne Frank", als Buch, als Bühnenstück und später im Kino und Fernsehen, von der gerührten Betroffenheit eines breiten Publikums begleitet. Und der Alain-Resnais-Film "Nacht und Nebel", der 1956 die Zuschauer erstmals mit dokumentarischen Aufnahmen des KZ-Grauens konfrontierte.

Die Reaktionen waren nicht untypisch. Konnte man das Tagebuch des jüdischen Mädchens, das zwei Jahre in einem Versteck und von dauernder Angst umlauert während der Nazi-Okkupation in Holland lebte und in Bergen-Belsen umkam, mit Rührung verarbeiten (ähnlich geht ja auch "Holocaust" vor), so reagierte man auf den Dokumentarfilm von Resnais mit Ablehnung.

Die beiden großen, die Öffentlichkeit lange beschäftigenden Theaterstücke über die Judenvernichtung waren einmal Hochhuths "Stellvertreter" und zum andern "Die Ermittlung" von Peter Weiss. Hochhuth hatte in einer Mischung aus Schiller-Drama und Dokumentarstück, aus Trivialdrama und flammendem Appell den Weg des Widerstandskämpfers Kurt Gerstein geschildert und dabei eine Mitschuld der katholischen Kirche an der Judenvernichtung postuliert - der Papst habe geschwiegen, selbst dann, als Juden in Rom, also gewissermaßen unter seinen Augen, verschleppt wurden.

Damit war ein deutsches Tabuthema berührt: daß es nämlich auch keinen christlichen Widerstand (wie etwa gegen die Euthanasie) gegen die Entrechtung und Deportation der Juden gegeben habe - im Restaurationsklima der Adenauer-Ära, die das Adjektiv christlich zur Staatsklammer erheben wollte, eine ungeheure Provokation.

Andererseits: Hochhuths "Stellvertreter", auf den eine ganze Flut von Dokumentarstücken

folgte, ließ sich auch als Entschuldigungs- und Rechtfertigungs-Drama für viele Deutsche mißverstehen. Wenn schon der Papst nichts hatte tun können, so lautete die Argumentation, wieviel weniger dann der ohnmächtige einzelne Deutsche. "Die Ermittlung" von 1965 stellte die erste gründliche Auseinandersetzung eines Schriftstellers mit den großen NS-Prozessen dar.

Das Stück von Peter Weiss, nach dem Muster von Dantes "Inferno" in Gesänge gegliedert, ist die Verarbeitung des Frankfurter Auschwitz-Prozesses gegen Boger, Kaduk, Klehr und andere. Weiss folgte bei seinem dokumentarischen Verfahren der Berichterstattung Bernd Naumanns in der "FAZ". Bereits damals wurde ein Phänomen deutlich, das sich jetzt bei "Holocaust" verstärkt wiederholt: daß nämlich die Bühnenfassung weit mehr Betroffenheit, Ablehnung, Erregung provozierte als der dokumentarische Bericht.

Wenn "Holocaust" trotzdem Emotionen wie zum erstenmal freisetzte und die üblichen Sperren und Blockaden durchbrach, die Deutsche vor dem schrecklichsten Kapitel ihrer Vergangenheit aufgerichtet haben, so liegt das daran, daß hier erstmals (relative) Geschichtstreue sich mit den trivialen Mitteln der amerikanischen Fernsehserie verbinden konnte, daß es den amerikanischen TV-Machern gelungen ist, die Judenausrottung in dem Schicksal zweier Familien zu personalisieren, ohne dadurch das kollektive Thema zu zerstören.

Hatte man vor der deutschen Ausstrahlung noch meinen können, die US-Serie verhökere das Thema des Judenmordes zugunsten einer hemmungslos ans Gefühl appellierenden Seifenoper, so zeigte die Anteilnahme und Betroffenheit der Zuschauer, daß gerade diese, den von einer Nazi-Vergangenheit unbelasteten Amerikanern mögliche, Form eine reinigende (kathartische) Wirkung habe wie einst die griechische Tragödie - so jedenfalls der Psychoanalytiker Hendrik de Boer in der "Holocaust"-Diskussion.

Aufgewühlt durch die hautnahe Präsentation des Millionen-Massakers, wagen die Deutschen nun plötzlich den Blick zurück - über den Sendeschluß hinaus.

Berlins Schulsenator Walter Rasch forderte alle Lehrer auf, "Holocaust" im Unterricht zu diskutieren. Diese Serie, rühmte der Vorsitzende des Bayerischen Lehrer-Verbandes, Ebert, habe eine "stärkere didaktische Wirkung" als "abstrakte Statistiken und nackte Fakten" und empfahl das auf Videoband mitgeschnittene Anschauungsmaterial als Lehrstoff.

Der Superintendent des Kirchenkreises Bodenwerder an der Weser wird in seinem Jung-Ehepaar-Kreis über "Holocaust" diskutieren. Die Düsseldorfer Bezirksvertretung 3 hat alle älteren Mitbürger des Stadtteils Bilk gebeten, mit privaten Erlebnissen aus dem Dritten Reich, aufgeschrieben oder auf Tonband gesprochen, an die Öffentlichkeit zu kommen und einschlägige Dokumente, Lebensmittelkarten wie Blockwart-Briefe, für eine Broschüre zur Verfügung zu stellen.

Wissenschaftler wollen erkunden, ob die emotionale Bewegung während der Sendezeit eine längere gedankliche Auseinandersetzung mit dem Thema ausgelöst hat. Im Auftrag des WDR und der Bonner Bildungszentrale startete das Offenbacher Marplan-Institut für 180.000 Mark eine Repräsentativ-Umfrage in drei Stufen: Vor "Holocaust" wurde der allgemeine Wissensstand zu Nazi-Zeit und Judenvernichtung abgefragt; während der Sendung registrierten die Forscher die spontanen Reflexe; in acht Wochen wollen sie die Langzeitwirkung ausloten.

Der Erziehungswissenschaftler Lißmann begann eine Umfrage unter Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren, mit denen er sich das Programm gemeinsam ansah. Das "Ausmaß der Betroffenheit" hat ihn dabei überrascht. Doch er fürchtet: Es könnte sein, daß "Holocaust" keine rational-kritische Auseinandersetzung aufkommen läßt. Lißmann: "Das wird ein Strohfeder." <<

USA: Die Tageszeitung "Die Welt" veröffentlicht am 29. Januar 1979 den Leserbrief eines Lehrers aus den USA über eine Diskussion zum Thema "Drittes Reich" (x025/215): >>... Die Schüler forderten mich als Deutschen im Unterricht (Mathematik) auf, zu dem Geschehenen

Stellung zu nehmen. Ohne etwas zu beschönigen oder abzustreiten, habe ich versucht, ihnen die damalige Situation klarzumachen. ... Aber sie konnten das alles verständlicherweise schwer begreifen. Ein Mädchen erklärte: "Ich schäme mich, daß ich eine deutsche Großmutter habe". Ein anderer sagte: "Ich habe gegenüber den Deutschen Gefühle, wie man sie früher in Amerika gegen die Neger hatte". ...<<

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer schrieb später in ihrem Buch "Amerika und der Holocaust. Die verschwiegene Geschichte" (x310/194-195): >>... Hollywood sollte den Holocaust erst 1959 entdecken, als Twentieth Century Fox "The Diary of Anne Frank" ("Das Tagebuch der Anne Frank") auf den Markt brachte. Das Schicksal von Anne Frank sollte von Hollywood gleich siebenmal verfilmt werden. 1961 produzierte United Artists den Spielfilm "Judgement at Nuremberg" (als CBS das Drama übertrug, tilgte der Sender jedoch auf Forderung des Werbesponsors American Gas Company alle Hinweise auf "Giftgas"). Diesem Film folgte die Miniserie "Holocaust, die 1978 auf NBC lief.

Der eigentliche Durchbruch für den Holocaust in Hollywood kam erst 1993 mit Steven Spielbergs "Schindler's List" ("Schindlers Liste", Universal), der 150 Millionen Dollar einspielte, Fernsehrechte und DVD-Verkäufe nicht eingeschlossen. ... Von nun an produzierte Hollywood einen Holocaust-Film nach dem anderen. ... Mindestens 20 Filme dieses Genres werden nun jedes Jahr hergestellt (inklusive Dokumentationen), hat die New Yorker Professorin Annette Insdorf gezählt. Zudem taucht der Holocaust in Dutzenden von populären TV-Serien auf – "Star Trek", "Akte X", "Eine himmlische Familie", "Emergency Room".

Manche sehen die "Hollywoodisierung des Holocaust" mit Unbehagen. So kritisierte Spiegel-Autor Henryk M. Broder die von Steven Spielberg gegründete Shoah-Stiftung als "ein Unternehmen, das den Massenmord multimedial vermarktet". Das Projekt hat Zehntausende von Holocaust-Überlebenden befragt, die der Shoah GmbH sämtliche Verwertungsoptionen an den Videoaufnahmen einräumen mußten. Wer sich allerdings aus diesem Fundus bedienen will, muß happige Lizenzgebühren zahlen. "Eine Minute Holocaust-Horror aus erster Hand" kostet 2.700 Dollar – im Voraus.

"Damit hat die Shoah Foundation ... eine Lizenz zum Gelddrucken erfunden", schreibt Broder. ...<<

Orkanartige Schneestürme führten im Januar 1979 in Norddeutschland zu einem Schneechaos. Nach 4tägigen Schneefällen waren 150 Ortschaften von der Außenwelt abgeschnitten. In 80 Gemeinden fiel die Stromversorgung aus. Die Bundeswehr setzte Bergepanzer und Kettenfahrzeuge ein, um unpassierbare Straßen zu räumen.

Josef Mengele (1911 in Günzburg geboren, ab 1943 Standortarzt im Vernichtungslager Auschwitz) starb am 7. Februar 1979 nach einem Schlaganfall im brasilianischen Badeort Bertoga.

Der Schiitenführer (Ayatollah) Khomeini (1902-1987, kehrte nach dem Sturz des Schahs aus dem Pariser Exil nach Teheran zurück) gründete am 1. April 1979 die islamische Republik.

Khomeini verstaatlichte danach die iranischen Schlüsselindustrien, baute eine streng islamisch orientierte Gesellschaftsordnung auf und ging kompromißlos gegen Andersdenkende vor. Die Iraner Revolutionsgerichte ließen zahlreiche Anhänger des geflüchteten Schahs exekutieren. Der geflohene Schah wurde in Abwesenheit zum Tod verurteilt.

Von Februar bis August 1979 wurden 519 Hinrichtungen durch iranische Revolutionsgerichte vollzogen. Die Revolution gegen den Schah forderte insgesamt etwa 60.000 Tote (x074/-1502).

Zeitzeugen berichteten später über die Verhältnisse im Iran (x073/331): >>... Im Frühjahr 1979 wurde das Fleisch in Teheran knapp. Religionsführer Khomeini hatte den Import von Gefrierfleisch verbieten lassen. Begründung: Es sei von "unsauberen Händen ungläubiger Christen" geschlachtet.

Eine eher unauffällige, aber doch bezeichnende Meldung aus einem Land, in dem im April 1979 die "Islamische Republik" ausgerufen wurde.

In der Tendenz ähnliche Nachrichten verfestigten seither den Eindruck, daß aus dem fortschrittsversessenen Iran des Schah inzwischen ein orthodox korangläubiges Land der Mullahs und Ayatollahs geworden ist.

Bikinis sind verboten. Knöchellange Gewänder werden zur vorgeschriebenen Badekleidung für die iranischen Frauen. Bars werden geplündert. Der Whisky fließt in Strömen – auf die Straße. Alkoholgenuß ist verboten.

Drakonische Strafen machen Schlagzeilen in westlichen Zeitungen. Prostituierte, Homosexuelle und Ehebrecher werden ausgepeitscht. Trotz nachdrücklicher Proteste der Weltöffentlichkeit werden immer neue Todesurteile gefällt und vollstreckt.

All dies sind äußerliche Zeichen eines radikalen Systemwandels für den Ayatollah Khomeini in Interviews selbst immer wieder die ideologische Begründung liefert.

Seine Diagnose: "Wir haben unsere eigene Identität verloren und sie durch eine westliche ersetzt."

Sein Rezept: "Wir werden siegreich sein, wenn es uns gelingt, uns in echte Muslime zu verwandeln, indem wir strikt nach islamischen Prinzipien handeln."

Sein therapeutisches Ziel: "Was ich glaube, muß ich überall, auch in Gesellschaft und Staat verwirklichen." ...<<

Die konservative Pariser Tageszeitung "L'Aurore" berichtete am 2. April 1979 über die Nutzung der Kernenergie (x149/226): >>... Wenn morgen die Atomkraftwerke durch das, was sich heute ereignet, in Frage gestellt werden sollten, wenn den Menschen die Sinne schwinden, dann könnte sich die Frage stellen:

Waren jene aus einem anderen Holz geschnitzt, die trotz zahlreicher Opfer und der Abstürze der Ballons und des Verschwindens der Flugzeuge die Eroberung des Luftraums fortsetzten, jene, die das Schienennetz trotz der Explosionen von Dampfmaschinen oder Zusammenstößen ausbauten, jene, die trotz Schiffsuntergängen weiterhin zur See fuhren?

Die Entwicklung unserer Zivilisation hat diesen Preis. Es stimmt, daß wir verpflichtet sind, die Risiken zu begrenzen und alle Garantien zu beschaffen. Aber es stimmt auch, daß man aufgeben und zum Pferd, zur Kerze und zum Holzfeuer zurückkehren kann. ...<<

Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtete am 13. April 1979 über das Buch "Die Verratenen von Jalta" des britischen Historikers Nikolai Tolstoy: >>Millionen Menschen waren unter das Rad der Geschichte geraten. Was scherte es die Welt da schon, welches Schicksal den Soldaten und Zivilisten aus der Sowjetunion bevorstand, die in deutschen Dienst getreten oder gepreßt waren?

Als die Briten im Mai 1945 die Kosakenregimenter der Wehrmacht an die Sowjetunion auslieferten, wurde das als Episode empfunden, für die Historie allenfalls eine Fußnote. Heute begreift man jene Auslieferung als den Katastrophenakt in einer "Tragödie, die in den Annalen des 20. Jahrhunderts ihresgleichen sucht".

Solches Urteil, korrigiert selbstverständlich durch den Hinweis auf die Vernichtung des europäischen Judentums, trifft Heinz Höhne in seinem positionsbestimmenden Vorwort zu einem Buch, das ein verwirrendes Geschehen detailgenau entwirrt:

Nikolai Tolstoy: "Die Verratenen von Jalta"...

Der Untertitel klagt an: "Englands Schuld vor der Geschichte."

Die Widmung lautet: "Den Opfern zum Gedenken." Der Autor verbirgt in keinem Kapitel, keinem Absatz, keinem Satz nahezu, daß er mit mehr als nur mit Forschungseifer bei der Sache ist.

Nikolai Tolstoy, 43 Jahre alt, ist Historiker. Als britischer Staatsbürger macht er keinen Hehl daraus, wie sehr er, dessen Vater von den Oktoberrevolutionären vertrieben war, sich dem

Russischen noch verbunden fühlt. Seine Kinder heißen Alexandra und Anastasia, wie die Frau und die jüngste Tochter des letzten Zaren. Mit Lew Nikolajewitsch Tolstoi, dem Dichter, ist er entfernt verwandt. Sein Ahne, der erste Graf Tolstoi, war der Geheimkanzlist Peters des Großen.

Zu seinen Recherchen wurde Nikolai Tolstoy auch durch den Zufall angeregt, daß sein Familienname mit jener Konferenz verknüpft war, auf der britische Diplomaten den Sowjets die Zwangsrepatriierung der Russen im deutschen Machtbereich zusagten; das Treffen, im Oktober 1944 in Moskau, hatte die Codebezeichnung "Tolstoi".

Alles Engagement, das in diesem Buch steckt, und der verhaltene Zorn, der besonders in der Schilderung entsetzlicher Auslieferungsszenen spürbar ist, beeinträchtigen aber keineswegs die streng wissenschaftliche Methode des Autors. Die Quellennachweise und quellenkritischen Anmerkungen füllen allein 54 Seiten. In seiner Akribie ist das Buch keine leichte Lektüre; doch in vielen Passagen erfüllt es die Forderung, die Alexander Solschenizyn in einem Kapitel des "Archipel Gulag" stellt: welcher Tolstoi dieses Borodino beschreiben werde, dieses grausame Geschehen bei der Auslieferung von Russen an Russen.

In Jalta, im Februar 1945, waren Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Überläufer nur ein Randthema der Konferenz. Man schloß ein besonderes Abkommen. Es enthielt keine Verfügung über Bürger der Sowjetunion, die sich ihrer Repatriierung widersetzen.

Der amtierende amerikanische Außenminister Grew hatte zwar eine Schutzklausel einbringen wollen; aber die Briten, die sich in der Tolstoi-Konferenz schon ziemlich festgelegt hatten, redeten es ihm aus. Der "Uncle-Joe-Kult", dem westliche Diplomaten sich nicht immer entzogen, mag eine Rolle gespielt haben, Stalin als Onkel, den man nicht zu ärgern habe. Jalta jedenfalls konnte die Tragödie der "patriotischen Verräter" Rußlands nicht wenden, eine Tragödie freilich, die schon mit dem ersten Schuß des Krieges im Osten begonnen hatte. Ihr Ausmaß lassen einige Zahlen ahnen:

Im Ersten Weltkrieg hatten die Mittelmächte von 1914 bis 1917 rund 2,4 Millionen russische Kriegsgefangene; von ihnen starben siebzigtausend. Im Zweiten Weltkrieg wurden von 1941 bis 1945 rund (genau weiß es offenbar niemand) 5,1 bis 5,7 Millionen sowjetische Soldaten gefangengenommen; von ihnen überlebten 1,15 Millionen das Kriegsende (und niemand weiß auch, wie viele von ihnen nach der Rückkehr in sowjetischen Straflagern umkamen). Ins deutsche Herrschaftsgebiet wurden zudem 2,8 Millionen russische Arbeiter verschleppt, mehr oder minder freiwillige und Zwangsarbeiter; von ihnen fanden 800.000 den Tod.

Aber rund eine Million Sowjetbürger, Überläufer und Kriegsgefangene, die nun die Chance nutzen wollten, gingen in den Dienst der Wehrmacht. Der im Sommer 1942 in Gefangenschaft geratene General Wlassow wurde der Führer der ROA, der "Russischen Befreiungsarmee", die als Armee allerdings nur durch die deutsche Propaganda geisterte.

Ihre Mitglieder waren in Arbeitskolonnen der Organisation Todt, in einigen militärischen Hilfseinheiten und als "Hiwis", als Hilfwillige in regulären deutschen Truppenteilen, eingegliedert. Sie wurden oft brutal behandelt. Nach der Invasion schlossen sich achttausend Russen den französischen Widerstandskämpfern an. Hilfseinheiten in deutscher Uniform waren aber auch an Greueltaten beteiligt. General Wlassow erhielt erst 1945 Befehlsgewalt.

Das Drama von Mißtrauen, Verrat und Hoffnung erreichte seinen Höhepunkt im südöstlichen Österreich, wo die nach Westen verschlagenen Kosaken ein letztes Asyl hatten und wohin bei Kriegsende einer der seltsamsten Truppenteile des deutschen Heeres sich zurückgezogen hatte - das vom deutschen General von Pannwitz und von deutschen Stabsoffizieren geführte 15. Kosaken-Kavallerie-Korps.

Hitler hatte es 1943 von der Ostfront, wo es entstanden war, zum Kampf gegen die Partisanen nach Jugoslawien verlegen lassen. Zuletzt geriet es auch in Kampf mit Sowjettruppen. In diesem Korps wurde ein letztes Mal das Zarenreich beschworen.

Weißrussische Generalsveteranen machten Besuch in den Lagern der Kosaken. Zaristische Offiziere, die einst emigriert waren, taten Dolmetscherdienst oder wurden in diesem Korps reaktiviert. Die Kapelle spielte "Gott schütze den Zaren"; die alten Ränge und Uniformen tauchten wieder auf.

Die teils mit List, teils mit Gewalt betriebene Auslieferung der Kosaken durch das britische Militär ist von Nikolai Tolstoy bis in alle Einzelheiten recherchiert. Was er schildert, ist nach dem Urteil des britischen Ostexperten Edward Crankshaw "eines der schändlichsten Kapitel in unserer Geschichte".

Anders als die Amerikaner und Franzosen, hatten die britischen Diplomaten und (wenigen) hohen Militärs, die damals die Verantwortung für das Geschehen hatten, sich bluffen lassen; sie hatten geglaubt, sie müßten den Forderungen der Sowjets rigoros entgegenkommen, um Repressalien an Engländern in sowjetischer Hand, rund 20.000, zu verhindern.

Die Sowjets verlangten die Zwangsrepatriierung aller, auch der Russen, die nie in der Sowjetunion gelebt hatten. Und damit nutzten sie die Gelegenheit, eine allerletzte Rache an ihren Feinden im Bürgerkrieg zu nehmen und die allerletzte Regung weißrussischer Aktivität zu ersticken. Man darf sagen: Jetzt erst war die Oktoberrevolution ganz und gar zu Ende.

Als das Buch, Originaltitel "The Victims of Yalta", vor einem Jahr in England erschienen war, griff die Times das Thema in einem Leitartikel auf: "Britische Beamte und Politiker werden angeklagt, falschen Rat gegeben, eine falsche Politik gefördert und den Tod vieler Unschuldiger verursacht zu haben. Sie sollten (nun endlich) dem Parlament und der Öffentlichkeit ihre Version der Zwangsrepatriierung vermitteln ... Die Verteidigung, falls es eine gibt, steht noch aus."

Weil es Geschehen gibt, das man nicht verteidigen kann, wird sie weiterhin ausbleiben. Bestehen aber bleibt die Warnung dieses Buches, das Exempel, was dem Menschen droht, wenn eine sogenannte Realpolitik das Menschenrecht vom Konferenztisch wischt.<<

Nach einer Verhandlungsdauer von 328 Tagen wurden am 19. April 1979 vier wegen Mordbeihilfe im Vernichtungslager Majdanek angeklagte SS-Angehörige freigesprochen (x101/112).

Der CDU-Politiker Karl Carstens (1914-1992) wurde am 23. Mai 1979 zum Bundespräsidenten gewählt.

In der Bundesrepublik Deutschland wurden am 10. Juni 1979 erstmalig Abgeordnete für das Europäische Parlament gewählt. Von den 410 Abgeordneten aus 9 Ländern stellten die Deutschen 81. Das EU-Parlament konnte zwar noch keine Gesetze erlassen, sondern erfüllte nur beratende und kontrollierende Funktionen, beschloß aber bereits den ersten eigenen Haushalt.

Die Verjährungsfrist für Mord wurde am 3. Juli 1979 durch den Deutschen Bundestag generell aufgehoben, um NS-Verbrechen weiterhin ahnden zu können (x101/113).

Die Welt berichtete am 22. August 1979 über das negative Deutschlandbild im US-Schulunterricht (x025/211): >>... Nimmt man dann noch die vielen Kriegsfilme in amerikanischen Kinos und Fernsehprogrammen, die Ausstrahlung des Films 'Holocaust' und die Deutschland-Berichterstattung, vor allem der Zeitungen im Mittelwesten, dann kann man nur Angst bekommen.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über das negative Deutschlandbild (x025/211,227): >>... Daß die Besorgnis ... nicht ganz unbegründet war, zeigt u.a. eine Emnid-Umfrage vom Oktober 1977. Danach beziehen immerhin 32 % der befragten Amerikaner ihr Deutschland-Bild aus dem Schulunterricht.

Die wichtigste Informationsquelle stellt mit 36 % das Fernsehen dar. In diesem Medium geht es nicht viel anders zu als in den Schulbüchern. 1978 mußte z.B. der 'Economist' im Hinblick auf amerikanische TV-Produktionen berichten:

"Jede Woche wird Kindern ein frei erfundenes, wiedergekäutes Zeug über den Zweiten Welt-

krieg angeboten, bei dem die Deutschen bestenfalls als dumm und schlimmstenfalls als fürchterlich brutal und tückisch dargestellt werden. Etwa jeden Monat wird Kindern und Erwachsenen ... eine Mischung aus Tatsachen und Erfindungen vorgeführt, in der die Deutschen im selben Licht gezeigt werden. Der mutige oder gar der gute Deutsche ist selten zu sehen. Der durchschnittliche Deutsche ist ein Verbrecher in brauner, grauer oder gar schwarzer Uniform". ...<<

>>... Im Ausland ist eine Renaissance des Deutschlandbildes der Roosevelt-Stalin-Ära zu beobachten. Vor allem in den Schulbüchern und Fernseh-Produktionen der englischsprachigen Länder werden Deutsche vielfach mit Nazis gleichgesetzt.

Nachdem Verbrechen gegen die Menschlichkeit fast nur anhand des Dritten Reiches demonstriert und östliche und andere Massenverbrechen kaum publiziert werden, entsteht der Eindruck, Völkermord sei ein "teutonisches Phänomen"; seine Ursachen seien nicht politisch bzw. soziologisch, sondern abstammungsmäßig zu erklären. Da die historischen Vertreibungsverbrechen im Sinne der Kollektivschuld-Theorie gerechtfertigt erscheinen, tritt eine Desensibilisierung gegenüber ähnlichen Massenverbrechen ein. ...<<

2 mitteldeutsche Familien (4 Erwachsene und 4 Kinder) flüchteten am 16. September 1979 mit einem selbstgebastelten Heißluftballon über die Zonengrenze in den Westen.

Die Mindestrenten und sonstigen Ruhegeldbezüge der ca. 3 Millionen Alters- und Invalidenrentner in der BRD wurden am 25. September 1979 um 40 auf 270 Mark erhöht.

Während einer Vortragsreihe der "Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung" in München wurde im Oktober 1979 folgendes "Deutschlandbild" entwickelt (x025/218-219): >>... Die Deutschen von heute, welcher Generation auch immer, leben in einer besonderen, nicht normalen Situation. Diese Situation ist durch die Epoche der Weltkriege und ihre Interpretation bestimmt.

Die Anormalität der Lage scheint schwer erträglich zu sein und Abwehrmechanismen nahezulegen. Einer besteht darin, das Anormale für normal zu halten, ein anderer, bestimmte Ereignisse aus dem Gedächtnis zu verbannen. Mißlingen solche Versuche, so kommt es zu neurotischen Konflikten.

Handlungsfähig ist ein Volk erst, wenn es in der Lage ist, seine Geschichte zu erzählen und sich mit ihr und durch sie zu identifizieren. Die Deutschen können heute diesen notwendigen Prozeß nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten vollziehen. Ihre Identität ist damit gefährdet.<<

Iranische Studenten besetzten am 4. November 1979 die US-Botschaft in Teheran und nahmen 53 Botschaftsangehörige als Geiseln, um die Auslieferung des geflohenen Schahs und seines Vermögens zu erpressen.

Der deutsche Kardinal Joseph Ratzinger (1927-2022, von 2005-2013 Paps Benedikt XVI.) warnte im Jahre 1979 vor einem leichtfertigen Umgang mit dem Versöhnungsbegriff (x309/-13): >>Auch Wohlgesinnte meinen, daß man um der Versöhnung willen nicht mehr davon sprechen solle. Aber eine Liebe, die den Verzicht auf die Wahrheit voraussetzt, ist keine Liebe. Sie hätte ein schlechtes Fundament.

Aus der Psychologie wissen wir, daß Verschwiegendes und Verdrängtes im Menschen weiterwirkt und, wenn es keinen Ausweg findet, zur Vergiftung von innen her wird. Was im Leben des Einzelnen gilt, das gilt auch für die Völker.

Unterdrückte Wahrheiten werden zu gefährlichen Mächten, die den Organismus von innen vergiften und irgendwo herausbrechen. Nur die Annahme der Wahrheit kann heilen. Liebe braucht Wahrheit und darf nicht ohne sie sein. ...<<

Meinungsumfragen zur "Nutzung der Kernenergie" im Jahre 1979 ergaben folgende Ergebnisse (x149/225): >>... 30 % "Wir müssen weitere Kernkraftwerke bauen."

37 % "Wir sollten keine neuen Kernkraftwerke mehr bauen, aber die bestehenden weiter-

betreiben."

24 % "Wir sollten mit der Erzeugung von Kernenergie ganz aufhören und die bestehenden Kernkraftwerke stilllegen."

9 % (sind) unentschieden.<<

Die Bürgerinitiative für Umweltschutz im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg erklärte im Jahre 1979 (x149/226): >>... Der Bürgerinitiative wird oft vorgeworfen, sie informiere einseitig – Tatsache ist, daß sie die Informationen bringt, die Betreiber und Regierungen im eigenen Interesse wohlweislich verschweigen müssen.

Wir werden auch in Zukunft weiter auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen,

(1) weil die Technik der Atomanlagen nicht sicher ist;

(2) weil die Anlagen das ökologische Gleichgewicht unwiederbringlich zerstören;

(3) weil uns die Nutzung der Atomenergie die totale Überwachung und Kontrolle der Bürger bringt, den Atomstaat. ...<<

Ein oberschlesischer Spätaussiedler berichtete im Jahre 1979 nach seiner Umsiedlung in die Bundesrepublik über die Lage der Deutschen in Oberschlesien (x024/300-301): >>In meiner frühen Kindheit wurde daheim noch relativ viel deutsch gesprochen. Nachdem aber meine Eltern von einer freundlichen polnischen Lehrerin gewarnt wurden, sie sollten doch, um meine Zukunftschancen nicht zu gefährden, mit mir mehr polnisch sprechen – wegen einiger Deutschhasser unter den Lehrern, teilweise aber auch aus Angst vor eventuellen Repressalien (damals wurde der Gebrauch der deutschen Muttersprache sogar administrativ verfolgt) -, sprachen sie mit mir seltener in der Muttersprache.

So habe ich die Muttersprache weitgehend verlernt. In Oberschlesien, wo es noch einige hunderttausend Deutsche gibt, gab es keine Möglichkeit der schulischen Erlernung der deutschen Sprache, auch als Fremdsprache nicht. ...

Um die sprachliche Situation, der jungen Generation der unter polnischer Verwaltung geborenen Deutschen, zu verstehen, aber auch um deren eventuelle Identitätsschwierigkeiten zu begreifen, ist es sehr wichtig, um die andauernde Kriminalisierung alles Deutschen aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Untaten des deutschen Volkes in der Geschichte, vor allem während des Zweiten Weltkrieges bzw. in der Zeit des Deutschen Ordens, Bescheid zu wissen. Bei keiner Gelegenheit versäumten die politischen Medien, die Deutschen als "ewige" Verbrecher darzustellen ...

Die brutale Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat wurde in der Schule und in der Öffentlichkeit geleugnet. Die Erklärung für die Entleerung der Ostprovinzen von der deutschen Bevölkerung war schlicht und einfach, sie seien als Verbrechervolk vor den gerechten Eroberern dieser Gebiete geflohen. Das Motiv für die Flucht lag auf der Hand, die Angst vor der gerechten Strafe sei es gewesen.

Aufgrund dieser Erörterungen muß sich doch jedem die berechtigte Frage stellen, wer möchte schon gern als Angehöriger einer Verbrecher-Nation zur Schau gestellt werden? ...

Das Motiv für unsere Ausreise war, da die Hoffnung auf die Gewährleistung der Volksgruppenrechte keine Berechtigung mehr hatte, uns, die Kinder, der weiteren Zwangspolonisierung zu entziehen und als Deutsche normal leben zu können. ...<<

Der polnische Schriftsteller Jan Józef Lipski (1926-1991) berichtete später über die "polnische Geschichtsdarstellung" (x024/309): >>Im polnischen Bewußtsein unserer geschichtlichen Beziehungen zu den Deutschen ist eine Masse Mythen und falscher Bilder entstanden, die im Namen der Wahrheit und zum Zwecke einer Gesundung einmal von Lügen gereinigt werden müssen: Die falschen Vorstellungen der eigenen Geschichte sind eine Krankheit der Seele der Nation, sie dienen hauptsächlich der Fremdenfeindlichkeit und dem nationalen Größenwahn. Fast jeder Pole glaubt heute, daß wir nach dem Zweiten Weltkrieg in einen Raum zurückgekehrt seien; der uns von den Deutschen geraubt worden sei. ...<<

1980

Am 13. Januar 1980 schlossen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wurde zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählten damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."



Abb. 85 (x101/115): Baldur Springmann (links) und Rudolf Bahro bei der Gründungsversammlung der Grünen im Januar 1980 in Bonn.

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollten, schlossen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängten anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 11. März 2013)

über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage

Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivist*innen setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeneinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lämmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpiert: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980,

eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:

"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert wor-

den. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:

Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt wird."

Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.

In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgte Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.

Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.

Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinanhnahme oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.

Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.

Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastrau, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation "Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rühmlichsten Organisatoren des Treffens.

Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".

Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.

Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahl-

kampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.

Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.

Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.

Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitag sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".

Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.

Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.

Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.

Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.

Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagrafen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatz-

programm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.

Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".

Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskriminierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.

Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welche fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.

Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivistinnen die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."

In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivistinnen, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.

Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.

Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.

Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.

Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden.

Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerlässlich sei.

Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.

Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.

Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.

1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in

Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<< Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (4/1980) berichtete am 21. Januar 1980 über das Buch "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle" des nordamerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas: >>**Aggression mit Grausamkeit beantwortet**

Dokumente über Kriegsverbrechen an Deutschen im Zweiten Weltkrieg

Eine Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht untersuchte gewissenhaft Meldungen über Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten und Zivilisten. Was nun ein amerikanischer Historiker bei der Auswertung der Originalakten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen und "Grausamkeit im Einzelfall" durch die Alliierten.

Leutnant Heinze, Abteilung I c beim Armeekorps 6, erstattete am 1. Juli 1941 um 16 Uhr Feindlagemeldung: "In Skomorochy wurden bestialisch verstümmelte Leichen eines deutschen Majors, eines Oberleutnants, eines Oberfeldwebels und anderer Soldaten gefunden."

Unteroffizier Eduard Sandner gab am 30. Juli 1944 zu Protokoll: "Ich habe am 27. Juli 1944 um 8.20 Uhr folgenden russischen Funkpruch, der im Klartext gesandt war und Teil eines Gesprächs zwischen zwei russischen Offizieren bildete, aufgenommen: "Ich habe einen Gefangenen, der dem I. R. 68 der 23. I. D. angehört." Die Antwort der vorgesetzten Dienststelle lautete: "Machen Sie mir keine Meldungen über Gefangene. Sie sind alle zu erschießen."

Sanitätsoberfeldwebel Reimann, am 31. Januar 1944 bei Isola Bella im Anzio-Brückenkopf von den Amerikanern gefangengenommen, schrieb seine Beschwerde im Kriegsgefangenenlazarett 131 in Nordafrika: " ... stand dort ein amerikanischer Soldat, der mich durch Handbewegungen anwies, mich an die Wand zu stellen; es waren etwa 5 m Abstand. Als ich dieses ausgeführt hatte, fiel auch schon ein Schuß aus dessen im Hüftanschlag befindlichen Gewehr und traf mich im rechten Oberschenkel. Ich fiel um und war besinnungslos."

Meldungen solcher Art kamen von allen Fronten der deutschen Wehrmacht. Manche, grausam, handelten von ausgestochenen Augen und abgeschnittenen Nasen, andere, profan, von Diebstahl durch Feindeshand.

Rapport des Bürgermeisters im holländischen Axel Mitte Mai 1940: "Entwendet durch unbekannte Täter: ein Kölner Topf mit 8 Pfund Butter ... eine Schüssel mit 4 Pfund Schweineschmalz."

Empfänger all der Anzeigen, teils beweisbar richtig, teils in der ersten Aufregung oder nach nur flüchtigem Augenschein nicht ganz oder ganz und gar nicht zutreffend abgesetzt, war eine Dienststelle beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), die "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts" (WUSt). Einmal traf von der Ostfront dort sogar ein Glas mit zwei abgehackten Fingern ein. Doch "wegen des Fehlens von Vitalzeichen", hieß es in einer Aktennotiz, konnte nicht mehr geklärt werden, ob sie "bei Lebzeiten oder nach dem Tode abgetrennt wurden".

Die OKW-Dienststelle war gleich nach Kriegsbeginn im September 1939 gebildet worden. Sie sollte "die von den gegnerischen Militär- und Zivilpersonen gegen deutsche Wehrmachtangehörige begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht feststellen und zugleich die vom Ausland gegen die deutsche Wehrmacht in dieser Hinsicht erhobenen Anschuldigungen aufklären".

226 Aktenbände der bisher weithin unbekannt gebliebenen Behörde hat der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas im Freiburger Bundesarchiv ausgegraben und nach dreijähriger wissenschaftlicher Prüfung zusammen mit dem holländischen Völkerrechtler Walter Rabin in einem Buch beschrieben, das jetzt erschienen ist.

"Die traurige Forschung" betrieb Harvard-Absolvent de Zayas, 32, der mit einer Dissertation über "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" in Göttingen promoviert hat, als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen mit zunächst heftigem Mißtrauen in die Glaubwürdigkeit der großdeutschen Papiere.

Um nicht noch im nachhinein nationalsozialistischer Propaganda aufzusitzen, prüfte de Zayas "die innere Folgerichtigkeit der Akten" und verglich die darin geschilderten Vorgänge mit einschlägigen Materialien in Bonner, Londoner, amerikanischen und schweizerischen Archiven. Er machte Hunderte von Zeugen ausfindig, darunter rund 150 ehemalige Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichter, die er nach dem Zustandekommen der Dokumente befragte.

Manche reagierten gereizt: "Ich verstehe nicht, welcher Grund dafür bestehen könnte, daß solche Dokumente der Verifizierung bedürfen. Halten Sie die Kriegsrichter für potentielle Dokumentenfälscher?"

Manche bestätigten mit der Bitte, den "vollen Namen nicht zu veröffentlichen", schlicht, daß alles seine Richtigkeit habe. Andere wiederum hielten es für wenig sinnvoll, "nach so langer Zeit Dinge anzurühren, die Haß wieder aufkommen lassen können". Ein Richter gab knapp telephonisch Bescheid: "Ihre Unterlagen habe ich ins Feuer geschmissen."

Am Ende stand für de Zayas fest, "daß die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte justizkonforme Dokumentation betrieben hat", dies erklärbar womöglich schon dadurch, daß der Behördenleiter Johannes Goldsche und sein Vorgesetzter Rudolf Lehmann, Chef der Wehrmachtrechtsabteilung, "alte Richter waren, die ... der NSDAP nicht angehörten und dem Gedankengut des Nationalismus fernstanden".

Andererseits bestätigten die Dokumente die "Tatsache", daß Streitkräfte der Versuchung unterliegen, sich über völkerrechtliche Schranken hinwegzusetzen und die Regeln der Menschlichkeit zu mißachten, wenn erst einmal der Krieg entfesselt ist. So etwas "passierte häufiger, als ich dachte", sah Autor de Zayas ein, und es passierte an allen Fronten, auf beiden Seiten und nicht erst im letzten Weltkrieg.

Eine "Militär-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts" hatte im preußischen Kriegsministerium deshalb schon während des Ersten Weltkriegs "schwarze Listen" über Völkerrechtswidrigkeiten geführt, in denen etwa ein britischer Oberstleutnant Bryant notiert war: "Er behandelte im August und September 14 die Deutschen in Togo schlecht."

Stellvertretender Leiter der preußischen Behörde war derselbe Berliner Rechtsanwalt und Notar Goldsche, der 25 Jahre später als Oberkriegsgerichtsrat der Reserve die Geschäfte der OKW-Dienststelle übernahm.

Unbestechlich wie ein königlichpreußisches Amtsgericht verfuhr das Amt offenbar auch mit den Tatarenmeldungen, die ihm aus allen Himmelsrichtungen von den Kriegsschauplätzen zungen. Der amerikanische Autor lobt jedenfalls, "wie penibel" da gearbeitet worden sei, "mit welcher Vorsicht man protokolliert hat".

Gelegentlich wurde der Dienststelle zwar Material anderer Behörden - Amt Auslandsabwehr, Wehrmachtsführungsstab, Auswärtiges Amt - überstellt. In der Regel aber recherchierte es die Fälle selbst. Richter wurden beauftragt, die Tatorte aufzusuchen und Zeugen einzuvernehmen, sogar Gerichtsmediziner in Marsch gesetzt, um beispielsweise feststellen zu lassen, ob Verstümmelungen im Gefecht entstanden oder Verwundeten und Gefallenen etwa absichtlich -- oder auch gar nicht -- zugefügt worden waren.

Beweise gab es für beides. Mal mußte die eidliche Aussage eines Oberarztes zu den Akten genommen werden: "Ich kam gegen Mittag zu der Stelle, wo wir die Verwundeten zurückge-

lassen hatten. Alle 6 waren von den Russen ermordet worden. Dem ersten, der einen Armschuß gehabt hatte, waren beide Augen ausgestochen worden ... und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Augen mit einem spitzen Gegenstand völlig herausgeschält worden sind."

Mal, nach einem Partisanenangriff in Jugoslawien, ergab "der sehr klare truppenärztliche Leichenschaubericht ... einwandfrei, daß die vermeintlichen Verstümmelungen nicht bestanden haben ... Der unversehrte Zustand der Geschlechtsteile ist lichtbildlich belegt".

Mitunter wurden Meldungen der Truppe über Verstöße gegen das Kriegsrecht nach ausgiebigen Ermittlungen als unbegründet zurückgewiesen und aus dem Material, das für Weißbücher und Protestnoten der Reichsregierung gesammelt wurde, ausgesondert.

So wurde dem Oberkommando der Kriegsmarine mitgeteilt, "daß der Angriff von USA-Bombern auf das in Gotenhafen liegende Lazarettsschiff "Stuttgart" am 9. September 1943 in die hier übersandte Aufstellung nicht aufgenommen worden ist, weil die "Stuttgart" ... nach der Seeseite zu mit Sackleinen getarnt war und infolgedessen den Schutz des Haager Abkommens ... nicht genossen hat".

Fallschirmjäger, die sich beschwert hatten, sie seien beim Absprung über Kreta beschossen worden, "obwohl sie wehrlos" waren, mußten sich belehren lassen, daß es sich um "normale Kampfhandlungen" gehandelt habe und auch sie bereits aus der Luft geschossen hätten.

"Völkerrechtsverletzungen der britischen Streitkräfte und der Zivilbevölkerung auf Kreta" (Titel eines deutschen Weißbuchs vom November 1942) waren gleichwohl nachweisbar, und dem Londoner Foreign Office, laut Aktenvermerk, "erschien eine Zahl von Fällen ziemlich begründet zu sein". Auch das amerikanische Kriegsministerium sah sich auf eine deutsche Protestnote hin, die Angriffe auf Lazarette in Italien im Herbst 1944 zum Inhalt hatte, "nicht in der Lage, die Richtigkeit der Behauptungen zu widerlegen".

Was de Zayas in den WUSt-Akten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen alliierter Truppen, wie sie an allen Fronten Zivilisten und Soldaten traf:

- In Polen starben Hunderte von Volksdeutschen, viele waren nach Zeugenaussagen "mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben und Knüppeln zusammengeschlagen" und "bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt" worden.

- In Frankreich exekutierten britische und französische Soldaten deutsche Landser, obschon sie sich ergeben hatten; Piloten wurden beim Absprung aus ihren getroffenen Maschinen in der Luft beschossen.

- Britische Kriegsmarine schoß nach der Versenkung deutscher Schiffe in der Ägäis auf schwimmende Flüchtlinge, an Leichen deutscher Soldaten auf Kreta stellten WUSt-Ermittler Verstümmelungen fest.

- In Rußland wurden deutsche Truppenangehörige erschossen, nachdem sie sich ergeben hatten, Lazarettsschwester wurden vergewaltigt und ermordet.

Der Richter bei der 333. Infanteriedivision Willi Knobloch, der durch Zeugen von russischen Greuelthaten in Grischino erfahren hatte, nahm den Tatort nach der Rückeroberung durch deutsche Truppen persönlich in Augenschein. "Ich habe z.B. in einem Haus liegende Frauen mit gespreizten Beinen gesehen. Nach den Uniformteilen waren es offenbar Rote-Kreuz-Schwester gewesen, denen man teilweise in einer geradezu viehischen Weise Brüste abzuschneiden versucht hatte."

Im richterlichen Abschlußbericht über Völkerrechtsverletzungen an volksdeutschen Zivilisten und Reservisten in der polnischen Provinz Posen heißt es:

"Ganze Familien sind ausgerottet worden, die Menschen sind nicht immer erschossen, sondern häufig mit allen möglichen Werkzeugen z.B. vor den Augen ihrer Angehörigen und anderer Personen, denen ebenfalls ihre Ermordung angekündigt war, erschlagen worden. Eine große Zahl der Leichen ist mit schweren Verstümmelungen aufgefunden worden ...

Bei Tarlowa in der Nähe von Kolo hat das polnische Militär auf eine große Anzahl Volks-

deutscher geradezu eine Treibjagd mit Maschinengewehren veranstaltet. Man fand etwa 130 Tote, die nach den Zeugenaussagen wie die Hasen bei einer Treibjagd über ein Feld verstreut waren."

Auch in Frankreich wurden deutsche Soldaten, die längst aufgegeben hatten, exekutiert. In den WUST-Denkschriften über "Tötungen und Verwundungen Wehrloser" belegt beispielsweise die Aussage des Schützen Wilhelm Ermlich die Erschießung von vier Landsern, "obwohl wir mit erhobenen Händen dastanden". Ermlich überlebte, weil er sich fallen ließ und unter den Leichen seiner Kameraden mit einem Schuß in den Oberschenkel davorkam.

In den WUST-Akten über das Seegefecht vor der norwegischen Hafenstadt Narvik im April 1940 sind völkerrechtswidrige Angriffe durch Engländer auf Schiffbrüchige belegt. Der Maschinenobergefreite Heinz Backus vom deutschen Zerstörer "Erich Giese" will selbst gesehen haben, "wie ein Kamerad im Wasser von einem Schuß getroffen wurde und plötzlich den Kopf sinken ließ und nicht mehr weiterschwamm". Die Flüchtenden waren fassungslos, "da wir selbst drei Tage zuvor ... zwanzig treibende Engländer gerettet haben".

Unter Eid bezeugten Soldaten, wie Fallschirmjäger, die im Mai 1941 bei Castelli auf Kreta gelandet waren, verstümmelt wurden: "Ein Zivilist rollte den Feldweibel von mir herunter, nahm ein Dolchmesser und stach auf ihn ein. Ich habe mit eigenen Augen sehen müssen, wie er dem Feldweibel die Augen austach. Er stach erst einmal daneben, beim zweiten Mal traf er mitten hinein. Er drehte das Messer zwei bis dreimal in der Augenhöhle herum und zog es dann heraus. Mit dem anderen Auge machte er es genauso."

Rund 4.000 derartige "Fallkomplexe" sind in den 226 verfügbaren Aktenbänden der Wehrmacht-Untersuchungsstelle enthalten. Nur ein Band davon allerdings behandelt Rechtsverstöße deutscher Truppen und zusammenhängend auch nur einen einzigen solchen Fall -- die britische Anschuldigung nämlich, Soldaten der Wehrmacht hätten im April 1943 in Nordafrika drei wehrlose britische Kriegsgefangene erschossen. Nach einem halben Jahr teilte der Oberbefehlshaber Süd jedoch mit, der Vorfall lasse sich nun "nicht mehr aufklären".

"Einige tausend Berichte" betreffen die Tötung deutscher Kriegsgefangener, vor allem zurückgelassener Verwundeter an der Ostfront. Sie verdeutlichen "in aller Schärfe", schließt de Zayas, "mit welcher Grausamkeit die deutsche Aggression beantwortet wurde" -- beispielhaft dafür die Fälle Broniki und Feodosia.

Am 1. Juli 1941, der Krieg gegen Rußland hatte gerade acht Tage vorher begonnen, gerieten auf der Straße Klewan-Broniki in der Ukraine etwa 180 deutsche Soldaten meist unverwundet in sowjetische Gefangenschaft. Einen Tag später, auf dem weiteren Vormarsch, wurden 165 von ihnen erschossen aufgefunden.

Was geschehen war, schilderte ein Oberschütze, der fliehen konnte: "Die Russen nahmen uns alles, was wir besaßen, ab, Ringe, Uhren, Geldbeutel, die Abzeichen von der Uniform, schließlich zogen sie uns Rock und Hemd und Schuhe und Strümpfe aus. Sie fingen danach an, die einzelnen Gruppen mit Handgranaten und Gewehrfeuer zu vernichten."

Die Untersuchung des Falles Broniki und anderer ähnlicher Fälle gab bald Anlaß zu der Vermutung, daß die Erschießung deutscher Kriegsgefangener womöglich auf höheren Befehl erfolgte, zumindest war sie, belegt de Zayas anhand der Akten, "keine Einzelercheinung". So lautete etwa ein erbeuteter Operationsbericht des Stabs der 26. sowjetischen Division vom 13. Juli 1941: "Auf dem Schlachtfeld ließ der Gegner ungefähr 400 Tote zurück. Etwa 80 Mann hatten sich ergeben, die erschossen wurden."

Funkspruch von Rosa an Salut auf Welle 2.333 Kilohertz am 7. Juli 1943, 11.45 Uhr: "Gefangene haben wir keine. Alle wurden vernichtet."

Ein gefangener russischer Leutnant sagte dazu aus: "In der Behandlung wird scharf unterschieden zwischen denen, die sich ergeben, und denen, die erst nach dem Kampf in sowjetische Hände fallen. Erstere werden gut behandelt, letztere können ohne Befehl sofort erschos-

sen werden."

Aber es gab wohl auch andere Regeln: "... haben wir drei Panzerschützen gefangenommen, die aber erschossen wurden, da es an Zeit fehlte, sie mitzunehmen." Oder: "Beim dritten ist es nicht gelungen, Aussagen zu erhalten. Wir mußten ihn erschießen."

Ungeklärt blieb, ob es einen Stalin-Befehl gab, "daß keine deutschen Gefangenen mehr gemacht werden dürfen", wie ein russischer Kriegsgefangener im Dezember 1941 zu Protokoll gab, oder ob eine Stalin-Rede am 7. November jenes Jahres auf dem Roten Platz in Moskau ("Für die völlige Vernichtung der deutschen Eindringlinge. Tod den deutschen Okkupanten") lediglich so interpretiert wurde, als habe Stalin damit auch die Tötung von Kriegsgefangenen angeordnet. "Ein zweifelsfrei originaler Wortlaut" Stalins dazu liegt, so die Nachforschungen von de Zayas, nicht mehr vor.

Was immer Stalin gesagt oder gemeint haben mag -- kurz nach seiner Moskauer Rede Anfang Januar 1942 brachten in Feodosia Rotarmisten schwerverwundete Deutsche gleich scharenweise um.

Am 28. Dezember 1941 waren starke sowjetische Streitkräfte auf der Halbinsel Kertsch gelandet. Sie zwangen die deutschen Truppen zum Rückzug auch aus der Stadt Feodosia. Dabei mußten etwa 160 Schwerverwundete im Feldlazarett Feodosia zurückgelassen werden.

Als die Stadt am 18. Januar 1942 wiedererobert wurde, lebte von ihnen keiner mehr. Sie waren erschossen oder aus dem Fenster geworfen oder mit Wasser übergossen worden und erfroren. Viele waren, offenbar bei lebendigem Leib und bei 15 bis 20 Grad Kälte, ans Ufer in die Brandung des Schwarzen Meeres gelegt worden.

Die Ermittlungen der Wehrmacht-Untersuchungsstelle dauerten nahezu zwei Jahre und ließen keinen Zweifel am Hergang des Massakers, das jedenfalls nicht durch "eine Kette von bedauerlichen Irrtümern" (de Zayas) verursacht worden war wie, auf einem anderen Kriegsschauplatz, die Versenkung des deutschen Lazarettschiffs "Tübingen" durch zwei britische Bomber am 18. November 1944 bei Pola in der Adria.

Die "Tübingen", von den Engländern als Lazarettschiff anerkannt, war bei klarem und ruhigem Wetter von Bombern vom Typ "Boston 3" mit Raketenbomben und Bordwaffen angegriffen worden und sank binnen zwanzig Minuten. Es gab vier Tote und 16 Verwundete.

Das britische Luftwaffenhauptquartier im Mittelmeer telegraphierte nach London: "Der Zwischenfall war das Ergebnis einer merkwürdigen Mischung von Unglück und Dummheit", von, so das Original, "bad luck and stupidity".

Ob es sich mal um Kopflösigkeit, mal um Tücke handelte -- was immer die Wehrmacht-Untersuchungsstelle prüfte und de Zayas in deren Akten fand, erreichte, "bei aller Grausamkeit im Einzelfall", doch nirgends "die Ebene des organisierten Völkermords", wie Professor Dietrich Rauschnigg, Direktor des Göttinger Universitäts-Instituts für Völkerrecht, an dem de Zayas arbeitete, in einem Vorwort festhielt: "Ein Vergleich mit dieser Dimension verbietet sich."

Auch de Zayas will seine Veröffentlichung keineswegs als "Anrechnung gegen Holocaust" verstanden wissen und wendet sich vorsorglich gegen "Beifall von der falschen Seite". Aber: "Wenn das nun mal alles so stimmt, muß man auch darüber reden können."<<

Die "Frankfurter Rundschau" berichtete am 18. Februar 1980 über die Konsumgüterversorgung in der DDR (x073/271): >>... "Aushalten und Durchstehen": daran haben sich die Bürger ... in 30 Jahren DDR durchaus gewöhnt. Man weiß längst, daß die beste Qualitätsarbeit nie auf den heimischen Markt kommt.

Beliefert wird in der Regel in dieser Reihenfolge: Armee, NSW (nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet, also westliche Länder), Sowjetunion, SW (sozialistisches Wirtschaftsgebiet), DDR. Mit anderen Worten: die DDR-Betriebe liefern ihre beste Qualitätsware ... für den West-Export oder in die Sowjetunion, sieht man einmal von der Armee ab.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 28. Februar 1980 über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>... Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb später über die "auf Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Wer einen Mord konsequent verfolgt und einen anderen konsequent vertuscht, bewirkt das genaue Gegenteil. Gerade unter diesem Gesichtspunkt begründet die Verfolgung der NS-Auslandsstraftaten für die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich auch mit Verbrechen an den Menschen auseinanderzusetzen, deren Nutzen zu mehren und von denen Schaden zu wenden die Kabinettsmitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, vgl. Art. 64 und 56 des Grundgesetzes.

Beim Stichwort "Versöhnung" wird unterstellt, daß die Anklage gegen einen Mörder zugleich eine Anklage gegen ein ganzes Volk beinhaltet. Es ist ... übrigens der gleiche Fehlschluß, dem auch die rechtsradikalen Anti-Nestbeschmutzer erliegen. ...<<

Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1980) berichtete am 14. April 1980 über das Buch "Flucht und Vertreibung" der deutschen Publizisten Frank Grube und Gerhard Richter:

>>Nichts vergessen, nichts verzeihen

Vertreibung und Verfolgung der Deutschen aus dem Osten

Über das Stoppfeld rollen die Soldaten der Wehrmacht nach Polen hinein, und Bauern aus der Gegend, Volksdeutsche, sind mit ihren Frauen und Kindern gekommen, sie zu empfangen -- mit deutschem Gruß. Das Bild steht am Anfang, Herbst 1939.

Am Ende, hoffnungslos, zu Tod erschöpft, die Füße in der Gosse, sind Mutter und Kind an einem Berliner Straßenrand über ihrem Handwagen zusammengesunken, in dem sie ihr bißchen Fluchtgepäck aus dem Osten hergekarrt haben, Mai 1945.

Es begann mit einer großdeutschen Ostpolitik "im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" und damit, im eroberten Ostland die "rassisch fremden Elemente abzukapseln oder sie überhaupt kurzerhand zu entfernen". Adolf Hitler: "Ob ich ganze Volksstämme beseitigen wolle? Jawohl, so ungefähr, darauf wird es hinauslaufen."

Zum Schluß wurde abgerechnet, da hatte "die Stunde der Vergeltung für die Qualen und Leiden, für die verbrannten Dörfer und zerstörten Städte, Kirchen und Schulen, für die Verhaftungen, Lager und Erschießungen, für Auschwitz, Majdanek, Treblinka, für die Ausrottung des Gettos" geschlagen, Manifest des nationalen polnischen Befreiungskomitees, Juli 1944.

Qual und Leid traf nun die anderen. "Zorn und Haß", so die sowjetische "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges", "glühten in den Herzen der Soldaten, als sie die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen betraten." Es waren Soldaten wie die des 252. Gardeschützenregiments, 158 darunter, deren Familienangehörige von den Deutschen gequält oder ermordet worden waren, 56, deren Familien nach Deutschland verschleppt, 162, deren Angehörige obdachlos gemacht, 293, die ihrer häuslichen Habe beraubt worden waren.

Das Pendel der Gewalt schlug zurück, als die hereinbrachen, "diese prachtvollen, tapferen Kerle, die doch nur der Wodka um den Verstand gebracht hat", wie der damalige Sowjetoffizier Lew Kopelew, heute Sacharow-Freund und Dissident, sie beschrieb, Kerls, die bloß "Uhr" sagen konnten und "Frau komm", die nur "Hoppla, eine Fritzin, eine Hündin" zu sehen brauchten, dann gab es gleich "aus der MP eine Garbe quer über den Rücken".

Alexander Solschenizyn, Hauptmann der Roten Armee, schrieb: "Alles schlicht nach der Parole: Nichts vergessen, nichts verzeihen, Blut für Blut. Und Zahn für Zahn. Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe, und die Weiber -- Leichen bald."

Die Soldaten aber fragten: "Na, und die Fritzen, was haben die getan?"

Was getan und angetan und heimgezahlt wurde, wie eine gnadenlose Politik der Härte die Antwort durch Gnadenlosigkeit erhielt: Der Exodus der Deutschen aus dem Osten, vieler Flucht, mancher Rückkehr, aller Vertreibung, ist in Bild und Wort von zwei Hamburger Publizisten noch einmal aufgegriffen und durch Texte kompetenter Autoren wie Lew Kopelew ("Aufbewahren für alle Zeit"), Arno Surminski ("Kudenow oder an fremden Wassern weinen") und Alfred Maurice de Zayas, amerikanischer Völkerrechtler (SPIEGEL 4/1980), ergänzt worden.

Frank Grube, Jahrgang 46, und Gerhard Richter, Jahrgang 45, die beide Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Soziologie in Hamburg studierten und vergangenes Jahr bereits mit dem ... Buch "Die Schwarzmarktzeit" Zeitgeschichte einprägsam zu rekapitulieren verstanden, haben in ihrem neuen Buch, das im letzten Monat erschienen ist, auf alles peinliche Vertriebenenpathos verzichtet und die Folgen nicht von den Gründen getrennt, die Zeche, die Schlesier und Pommern, Brandenburger und Sudetendeutsche, Ost- und Westpreußen zahlen mußten, nicht von der Schuld, die auch in ihrem Namen aufgehäuft worden war.

Flucht und Vertreibung begannen nicht erst, als am 20. August 1944 östlich von Schillfelde ein russischer Spähtrupp über den Grenzfluß Scheschuppe ging und der Krieg Ostpreußen erreichte. Fünf Jahre zuvor, im Dezember 1939, waren binnen 17 Tagen als erste Rate 90.000 Polen aus dem ehemals und nun wieder deutschen Warthegau und Westpreußen nach Osten in das Generalgouvernement abtransportiert worden -- Hunderttausende mußten folgen, doch nicht alle kamen ans Ziel.

Denn lediglich "die primitiven Polen", so eine Anweisung von Reinhard Heydrich, Chef der Deutschen Sicherheitspolizei, waren "als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern" und sollten "aus den deutschen Gauen allmählich in den fremdsprachigen Gau umgesiedelt", die Angehörigen der polnischen Führungsschicht dagegen "unschädlich gemacht" werden.

Laut Hitler war sogar "unbedingt zu beachten", daß es fortan "keine polnischen Herren geben" dürfe; die sollten, "so hart das klingen möge, umgebracht werden".

Polen galten als beliebig verwendbares oder auch untaugliches Menschenmaterial: Insgesamt 500.000 wurden aus den einverleibten Reichsgebieten ins Generalgouvernement getrieben, mehr als eine Million aus dem Generalgouvernement als "Fremdarbeiter" zurück ins Reich deportiert. 4,5 Millionen Polen kamen um, eine "ungeheure Haßstimmung" meldete Generalgouverneur Hans Frank seinem Führer.

Und "Erschießen, Aussiedeln usw.", so ein deutsches Dokument, war auch die Parole, als es von Finnland bis zum Schwarzen Meer weiter vorwärts ging, dorthin, wo Heinrich Himmler "einen Pflanzgarten germanischen Blutes" anlegen, Joseph Goebbels sich "so richtig in die Wiesen der Welt hineinsetzen und grasen" wollte.

All das war es, was auf Danziger und Königsberger, Stettiner und Stargarder, Breslauer und Schweidnitzer schließlich zurückschlug, was an die zwölf Millionen Deutsche in den Ostgebieten, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern, in denen sie als Minderheit hatten leben können, die Heimat, was mehr als zwei Millionen darüber hinaus bei Flucht und Vertreibung das Leben kostete.

Die ersten, die im Treck nach Westen zogen, waren im Sommer 1944 die 120.000 Memeldeutschen, die allerdings, so glaubten sie, nur "provisorisch" evakuiert worden waren, nachdem an der baltischen Front die sowjetische Offensive begonnen hatte. Denn weiter als bis Memel, so verhieß die Propaganda, konnten die russischen Armeen gar nicht kommen: An den Panzergräben des Ostwalls sollte ihnen endgültig Halt geboten werden.

Zwar schlug General Friedrich Hoßbach, Oberbefehlshaber der Vierten Armee, die vorbeugende Evakuierung wenigstens des östlichsten Ostpreußen schon im August vor, doch die politische Führung verbot solchen "Defaitismus", bis es zu spät war:

Am 16. Oktober traten fünf sowjetische Armeen auf einer Breite von 140 Kilometern zum Generalangriff auf Ostpreußen an und ließen sich durch keinen Panzergraben aufhalten, und was sich nun zutrug, charakterisierte der amerikanische Diplomat George F. Kennan später knapp so: "Die Russen feigten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat."

Evakuierungsbefehle ergingen kurzfristig in den Kreisen Schloßberg, Goldap und Gumbinnen, aber an geordneten Abzug war weder dort noch in Tilsit, Ragnit oder Angerapp zu denken. Drei Tage nach Beginn der Offensive war die Rote Armee bis über Nemmersdorf hinaus in Reichsgebiet eingebrochen; dann gelang es einem deutschen Gegenangriff, Teile des verlorengegangenen Gebiets zurückzugewinnen und eine neue Abwehrfront an der Rominte aufzubauen.

Was unterdes in Nemmersdorf geschehen war, wurde den Menschen in Ostpreußen bald "zum Inbegriff unaussprechlicher Angst" und beschleunigte "die Flucht nicht nur der Ostpreußen, sondern auch die der Schlesier und der Pommern", wie Koautor de Zayas schon in einer früheren Untersuchung ("Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen") festgehalten hatte.

Aussage von Generalmajor Erich Dethleffsen, seinerzeit Generalstabschef der Vierten Armee: "Als im Oktober 1944 russische Verbände in der Gegend Gr. Waltersdorf ... die deutsche Front durchbrachen und vorübergehend bis Nemmersdorf vorstießen, wurde in einer größeren Anzahl von Ortschaften südlich Gumbinnen die Zivilbevölkerung - z.T. unter Martern wie Annageln an Scheunentore - durch russische Soldaten erschossen. Eine große Anzahl von Frauen wurde vorher vergewaltigt."

Eidliche Erklärungen von Oberleutnant Heinrich Amberger, Kompaniechef im Korps "Hermann Göring", über Nemmersdorf: "Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich nicht im Lauf der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet worden, sondern planmäßig ermordet waren. Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man, nach der Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach durch Genickschuß getötet hatte; zum Teil lagen daneben auch die ebenfalls getöteten Kinder."

So oder ähnlich war auch, was etwa in Metgethen, einem Vorort von Königsberg, in Goldap, Tutteln oder Girnen passierte, und die Berichte und Gerüchte davon gaben überall das Signal: Rette sich, wer kann. Mancher, der nicht rechtzeitig entkommen konnte, machte sich auf andere Weise davon: Die Zahl der Selbstmorde stieg "geradezu erschreckend".

Drei Monate hatte die Front gehalten, dann, Mitte Januar 1945, gingen die sowjetischen Truppen erneut zum Angriff über. Allenstein und Rastenburg fielen, Sensburg und Rössel. Nach wenigen Tagen waren alle Bahnlinien ins Reich unterbrochen, und am 26. Januar wurde Ostpreußen durch einen russischen Vorstoß bis nach Elbing vom Westen abgeschnürt.

Flucht war nun nur nach Norden möglich, zum Frischen Haff und hinüber zur Nehrung an die Ostsee, wo Hoffnung bestand, sich in Pillau auf einem Schiff in Sicherheit bringen zu lassen. Doch das Eis des Haffs war trotz klirrender Kälte brüchig und durch Bombentrichter zerspalten. Mitunter mußten die Flüchtlinge bis zum Knie im Wasser sich dahinschleppen, zudem waren sie schutzlos den Angriffen von Tieffliegern ausgesetzt.

"Die Bomben schlugen Löcher", schilderte eine Bauersfrau aus Großroden, "und ganze Reihen von Wagen gingen unter. Wir hatten keinen Lebensmut und warteten sehnsüchtig auf den Tod." Drei Kilometer, höchstens fünf, kamen die Trecks am Tag voran.

Zur selben Zeit wie die Ostpreußen hatten sich auch die Deutschen aus Westpreußen, aus Graudenz und Thorn, aus Bromberg und Posen vor dem heranrückenden Feind auf die Beine gemacht, unter ihnen 300.000 Volksdeutsche, die zu Kriegsbeginn aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien und Bessarabien gerade erst "heim ins Reich" geholt worden waren. Sie alle

hatten sich eben bis nach Danzig und Ostpommern abgesetzt, als die Sowjets schon die Odermündung bei Stettin erreichten und auch ihnen der Fluchtweg weiter nach Westen abgeschnitten war. So blieb für sie ebenfalls nur der Weg über die Ostsee noch offen.

Und tatsächlich: In einem Unternehmen, das sich, so der amerikanische Historiker Philip K. Lundeberg, "als der erfolgreichste Abzug über See in der modernen Geschichte erwies", wurden in den letzten 115 Tagen des Krieges auf 700 Schiffen, Fähren und Schleppern mindestens zwei Millionen Menschen im Pendelverkehr nach Westen evakuiert. Chef der Operation - die Verluste blieben unter ein Prozent - war Konteradmiral Conrad Engelhardt, der Seetransportchef der Wehrmacht.

Absprungbasis waren alle Häfen der Danziger Bucht, und Engelhardt schickte selbst beschädigte oder erst halbfertige Schiffe auf die Reise. Er ließ seine Einschiffungsoffiziere rigoros durchgreifen, wo Parteiprominenz ihren Hausrat oder Stäbe ihre ganzen Akten auf die Kähne verladen wollten, und in den ersten Tagen des "Unternehmens Rettung" meinte die Partei noch, den Strom der Flüchtlinge kontrollieren und Billets ausgeben zu müssen.

Schließlich pferchte man "auf einen Quadratmeter vier Menschen -- und das auf offenem Deck und ohne Priorität", so in einem Kapitel des Buches der Experte Fritz Brustat-Naval. Und wurden unterwegs Kinder geboren, bekamen sie den Namen ihres Schiffes als Zunamen, zum Beispiel "Erika-Ubena".

Gestorben wurde auch. Die "Neuwerk" verlor nachts zwischen Pillau und Hela ihr Geleit, kam vom Zwangsweg ab und geriet deutschen Schnellbooten vor die Rohre, die ein russisches Schiff vor sich glaubten und die "Neuwerk", die das Erkennungssignal nicht erwidert hatte, versenkten. Von den über tausend Frauen, Kindern, Eisenbahnern und Sanitätsgästen an Bord überlebten nur drei.

Die höchsten Verluste gab es beim Untergang von drei Schiffen, der "Wilhelm Gustloff", der "Steuben" und der "Goya", die zusammen 16.000 Menschen mit sich in die Tiefe rissen.

Das "Kraft durch Freude-Flaggschiff "Wilhelm Gustloff", für 1.500 Fahrgäste eingerichtet, sank mit vermutlich über 6.000 Menschen an Bord innerhalb einer knappen Stunde durch drei Torpedos des sowjetischen U-Boots S 13 am späten Abend des 30. Januar 1945 etwa auf der Höhe von Stolpmünde. 838 Überlebende wurden aufgefischt.

Elf Tage später erledigte das U-Boot S 13 vor der Danziger Bucht mit zwei Torpedos auch den Verwundetentransporter "Steuben" mit 2.000 Flüchtlingen und 2.500 Verwundeten unter und auf den Decks. Deutsche Kriegsschiffe konnten 600 von ihnen retten.

Am 16. April schließlich erwischte das russische U-Boot L 3 den 5.000-Tonner "Goya" auf der Fahrt von Hela nach Kopenhagen. Das Schiff, das von der Detonation förmlich hochgehoben wurde, zerbrach in zwei Teile und sank nach wenigen Minuten. Über 6.000 Menschen waren an Bord, darunter die Reste eines Panzerregiments; nur 183 kamen mit dem Leben davon.

Zu Schiff, zu Fuß, mit Pferdewagen, Schlitten, Handkarren zu fliehen, war vor allem den Ostpreußen auferlegt. Aus Schlesien, wo die erste große Fluchtwelle um den 19. Januar 1945 losbrach, kamen die meisten mit der Bahn und in Omnibussen davon. Aus Breslau allerdings konnten nicht alle per Zug evakuiert werden. Über 100.000, meist Frauen, mußten die Stadt bei Temperaturen um minus 15 Grad zu Fuß verlassen - Lautsprecherdurchsage am 20. Januar: "Frauen und Kinder verlassen die Stadt zu Fuß in Richtung Opperau - Kanth."

Rund zwölf Millionen Deutsche, so ist errechnet worden, waren östlich der Oder-Neiße-Linie zu Hause gewesen. Als der Krieg in die letzten Wochen ging, hatte sich etwa die Hälfte von ihnen auf den Weg in den vermeintlich rettenden Westen gemacht. Doch wohin sie auch immer in Mecklenburg oder Sachsen oder noch weiter gerieten - der Krieg blieb ihnen auf den Fersen.

So war Dresden mit 600.000 Flüchtlingen aus Schlesien vollgestopft, die wohl alle dachten,

bald zurückkehren zu können, als am 13. und 14. Februar britische und amerikanische Bomber ihre Fracht auf die Stadt abwarfen und P-51-Jäger die auf den Elbwiesen kampierenden Flüchtlingstrecks im Tiefflug attackierten. Und ähnlich wie in Dresden, wo es schätzungsweise über 200.000 Todesopfer gab, war es in anderen Städten, die als Zuflucht hatten dienen sollen.

"Die längste und verlustreichste Phase" (Völkerrechtler de Zayas) des langen Marsches stand aber erst noch bevor. Kaum war der Krieg endlich verloren, da machten sich die Trecks vielerorts wieder gen Osten auf: Da sie ihre Heimat vor der Roten Armee verlassen hatten, ohne - - in Sachsen, Mecklenburg, Brandenburg, Westpommern - dem sowjetischen Regime entkommen zu sein, wollten diese Flüchtlinge lieber daheim erleben, was nun kommen würde.

Schätzungsweise 1,1 Millionen waren so bis Juli 1945 wieder zurückgekehrt, die meisten nach Schlesien, die wenigsten nach Ostpreußen. So erfuhr der Bauer Paul Ewert aus Montauerweide, Kreis Stuhm in Westpreußen, der auf seiner Flucht bis Lauenburg in Pommern gekommen war, bis sein Treck von russischen Truppen überrollt wurde, daß nun, Mitte Mai schon, "Güterzüge über Lauenburg, Neustadt, Danzig, Thorn nach Rußland führen und Flüchtlinge in die Heimat mitnehmen".

Für zehn Reichsmark gab es bei der russischen Kommandantur einen Ausweis, und ab ging's: Von ursprünglich 362 Einwohnern kehrten bis zum Sommer 97 Leute aus Montauerweide dorthin zurück.

Längst nicht alle kamen so glatt heim wie Bauer Ewert. Manche Rückkehrer waren Wochen und Monate unterwegs -- zu Fuß, weil noch keine Züge fuhren und es auch keine Pferde mehr gab, die man vor den Panjewagen hätte spannen können. Und wer dann doch ans Ziel kam, mußte am nächsten Morgen zur Zwangsarbeit antreten oder wurde gar in die Sowjet-Union deportiert - "Reparationsverschleppte", so die amtliche Bezeichnung.

Für sie alle aber, die es entweder auf sich genommen hatten, zu bleiben und sich, mit welchen Folgen auch immer, von der Roten Armee überrollen zu lassen, oder die es geschafft hatten, her und wieder hin zu flüchten, dauerte das bißchen Glück in Heimat und Frieden nur kurze Zeit.

Denn wie einst Hitler die Polen aus Warthegau und Westpreußen gejagt hatte, so bestanden nun die Polen darauf, innerhalb ihrer neuen Grenzen keine Deutschen dulden zu müssen, und auch die Tschechoslowaken wollten es nicht länger mit deutschen Minderheiten in ihrem Land zu tun haben. So wurde auf der Potsdamer Konferenz Ende Juli 1945 protokolliert, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Einerseits stimmten in Potsdam die drei Sieger überein, "daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll", und Winston Churchill, britischer Premier, hatte schon vorher gemeint: "Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Andererseits waren, als sich Churchill, Josef Stalin und der amerikanische Präsident Harry S. Truman in Potsdam zusammensetzten, die Vertreibungen bereits in vollem Gang, und die Verhältnisse waren auch nicht so, wie Churchill angenommen hatte.

Während hier noch Deutsche auf dem Treck zurück nach Osten waren, zogen da Trecks von Vertriebenen schon wieder westwärts nach Berlin und Dresden und Leipzig. Während in Potsdam noch am Vertreibungsprotokoll gearbeitet wurde, lief - am 27. Juli 1945 - im Berliner Westhafen ein Schiff mit 300 Deutschen ein. Sie waren - "ein Gepäckstück in jeder Hand" - aus dem tschechoslowakischen Brünn ausgewiesen und in Richtung Österreich in Marsch gesetzt worden.

Obwohl angesichts dessen in Potsdam deklariert wurde, "weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung" erst einmal einzustellen, ging die Vertreibung ohne Unterbrechung weiter. Und allerdings auch ohne Rücksicht auf Verluste, so daß General Eisenhower am 18. Oktober 1945 nach Washington ("top secret") telegraphieren mußte: "Die von den Polen angewandten Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung."

Unter dem 12. Oktober 1945 verfaßte Robert Murphy, politischer Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, ein Memorandum, in dem es hieß:

"Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte." Denn: "Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir ... an Methoden (beteiligt) gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben." ...<<

Am 25. April 1980 scheiterte die militärische Befreiung der US-Botschaftsangehörigen, die man seit November 1979 in der US-Botschaft in Teheran als Geiseln festhielt, um ein hohes Lösegeld zu erpressen.

Die US-Botschaftsangehörigen wurden schließlich später gegen Zahlung des geforderten Lösegeldes (stammte aus dem beschlagnahmten Guthaben des iranischen Schah-Regimes) freigelassen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran (x068/353-354): >>Am 8. September 1978, dem schwarzen Freitag von Teheran, schossen Soldaten des Schahs Hunderte, wenn nicht Tausende von Moslems nieder, Khomeini-Demonstranten.

Präsident Carter bot aus Camp David dem Partner Unterstützung an. Doch am 16. Januar nächsten Jahres wird der Schah gestürzt und am 1. April die Islamische Republik ausgerufen. Die Beziehungen der USA zu ihr verschlechtern sich ständig. Am 1. November kommt es in Teheran zu schweren antiamerikanischen Demonstrationen von Hunderttausenden vor der amerikanischen Botschaft.

Am 4. November besetzen sie demonstrierende Studenten und nehmen 60 Botschaftsangehörige als Geiseln fest. Präsident Carter geht mit diversen Sanktionen vor, schickt im Februar auch Kriegsschiffe und Marineinfanterie und bricht am 7. April die diplomatischen Beziehungen ab. Am 25. April aber mißlingt der Versuch, die Geiseln nach einem Landeunternehmen durch eine Blitzattacke zu befreien.

Als Carter das Scheitern in Teheran vor den Fernsehkameras am frühen Morgen des 26. April 1980 eingestehen mußte, war sein politisches Schicksal im Grunde entschieden. Peinlicher als alles bei diesem ganzen Vorgang wirkte vielleicht das Versagen auf einem Gebiet, auf dem die Amerikaner seit langem sich am stärksten fühlten, dem der Technik: drei von acht Hubschraubern fielen bereits zu Beginn der Aktion wegen technischer Defekte aus. So überwies Carter schließlich für die Freilassung der 52 Amerikaner 12 Milliarden Dollar aus eingefrorenen iranischen Konten.

Doch als die Geiseln eintrafen, war er schon nicht mehr im Amt.<<

Bundestagspräsident Richard Stücklen (1916-2002, von 1949-1990 CSU-Abgeordneter des Bundestages) würdigte im April die Leistungen und Loyalität der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/478): >>Die Tatsache, daß Millionen Deutsche, die ihre angestammte Heimat verloren haben und dann im Westen mit Tatkraft und Besonnenheit die Bundesrepublik mit aufgebaut und eine freiheitliche Gesellschaftsordnung errichtet haben, ist eine Leistung von außerordentlicher geschichtlicher Bedeutung. ...<<

Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken stellte am 23. Mai 1980 in der sog. "Bonner Erklärung" fest (x025/224): >>... (daß sich die Bundesrepublik Deutschland) kein Stillhalten und auch nicht den Versuch des Wegduckens unter den Stürmen der Weltauseinandersetzung

leisten kann. Friede und Freiheit sind nicht dadurch zu bewahren, daß man andere handeln läßt.<<

Die "Augsburger Allgemeine" berichtete am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.

Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt.<<

Bundespräsident Karl Carstens (1914-1992) sprach am 19. Juli 1980 anlässlich des 30. Jahrestages der Charta der Heimatvertriebenen in Stuttgart (x028/190): >>Unser Volk ist weiterhin geteilt. Der Weg, bis wir jenen Zustand des Friedens in Europa erreichen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, ist lang und er ist mühsam. Von uns Deutschen sind auf diesem Weg bereits viele Opfer erbracht worden. Wir haben sie gebracht in der Hoffnung und mit dem Ziel vor Augen, daß eines Tages die Grenzen in Europa ihre die Menschen trennende Bedeutung verlieren. An dieser Hoffnung halten wir fest. Dabei ist uns die Bewahrung des Friedens ein höchstes Gut. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böldcker (1933-2012) berichtete später über die Einhaltung der am 5. August 1950 verkündeten "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x021/478): >>... Drei Jahrzehnte später ist festzustellen: Die Vertriebenen haben ihr Wort gehalten, daß sie damals gaben. Sie haben für den Wiederaufbau Deutschlands geschuftet und das neue Europa mitgeschaffen. Sie haben Frieden gehalten und von dem jungen Staat nicht mehr verlangt, als er ihnen geben konnte. Die politische Disziplin war eines der Fundamente der inneren Stabilität, der die Bundesrepublik ihren Wohlstand, ihre Freiheit und ihr internationales Ansehen verdankt.<<

Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichtete am 21. Juli 1980 über die fehlende gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik Europas (x149/246): >>Spätere Historiker werden zweifellos erstaunt sein, daß 35 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 200.000 US-Soldaten auf europäischem Boden stationiert waren, um einen reichen und wirtschaftlich machtvollen Kontinent mit 350 Millionen Einwohnern zu verteidigen.

Auch könnten sie sich verwundert fragen, warum die zwei eigenständigen Atommächte Westeuropas, nämlich Großbritannien und Frankreich, sich niemals um eine gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik bemüht haben.

Die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen waren dafür vorhanden. Es fehlte der gemeinsame politische Wille. Demzufolge blieb Westeuropa zu seiner Verteidigung immer noch auf das strategische Atompotential der USA angewiesen.

Diese Abhängigkeit wird von vielen Europäern als besonders bittere Qual empfunden, da sie noch zu einer Zeit fortbesteht, in der die Undurchdringbarkeit des atomaren Schutzschildes der Amerikaner so brüchig geworden ist wie niemals zuvor.

Der rapide Aufbau der sowjetischen Nuklearrüstung hat zu der unabwiesbaren Frage geführt, ob die Regierung in Washington jemals Chicago zugunsten Hamburgs aufs Spiel setzen würde.

Vor zwei Jahren hat Präsident Jimmy Carter gegenüber den Chefs der übrigen 14 NATO-Mitgliedsländer erklärt: "Damit keine Mißverständnisse entstehen: Die Vereinigten Staaten sind darauf vorbereitet, alle notwendigen militärischen Mittel für die Verteidigung des Gebiets der NATO einzusetzen."

Diese politische Absichtserklärung gilt weiterhin, aber in Europa wächst der Zweifel, ob die

USA dieser Verpflichtung nachkämen, wenn einmal sowjetische Truppen die Grenze zu Westdeutschland überschreiten sollten.

Auch wenn diese Furcht übertrieben ist, so erkannte doch Henry Kissinger dieses Dilemma ... (als er 1979) den europäischen Verbündeten nahelegte, sie sollten für ihre eigene Verteidigung sorgen, Abschreckungswaffen dabei eingeschlossen. ...<<

Die Pekinger Zeitungen meldeten am 11. August 1980 das Ende des Mao-Kults in China (x297/212): >>... Das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei hat heute in Peking praktisch das Ende des Personenkultes um den verstorbenen Parteiführer Mao Tse-tung verkündet.

Wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, hat das Zentralkomitee eine Direktive erlassen, wodurch der Bau von neuen Gedenkstätten zu Ehren Maos und anderer Persönlichkeiten verboten wird. Die Zahl von Bildern Maos und Inschriften seiner Worte an öffentlichen Plätzen soll streng beschränkt werden.<<

Während der 9. Bundestagswahl erhielten die Parteien am 5. Oktober 1980 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,5 %, SPD = 42,9 %, FDP = 10,6 %, Sonstige = 2,0 %.<<

Gustav Wagner (1911 in Wien geboren, der "Todesengel von Sobibór") brachte sich in Brasilien am 15. Oktober 1980 eigenhändig um. Wagner beteiligte sich in Sobibór und Treblinka persönlich an den Selektionen. Wagner entkam später mit Hilfe des Vatikans nach Brasilien. Er wurde dort zufällig enttarnt und 1978 verhaftet. Da Brasilien alle Auslieferungsanträge ablehnte, entging Wagner einer Verurteilung.

Ronald Reagan (1911-2004, Parteimitglied der "Republikaner") wurde am 4. November 1980 zum 40. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über US-Präsident Ronald Reagan (x068/355-357,361-365): >>... Er wurde Sportreporter bei der lokalen Radiostation in Des Moines, spielte schließlich nach Probeaufnahmen in Südkalifornien lebenslang zweitklassige Rollen als ein zweitklassiger Schauspieler - und brachte Hollywood-Kollegen zur Zeit des McCarthy-Terrors um ihre Existenz.

Seine ökonomisch-politische Karriere begann Reagan in den fünfziger Jahren als "Unternehmensbotschafter" für General Electric und stieg zum Gouverneur von Kalifornien auf, stets gefördert von jenen Reichen und Superreichen, kalifornischen Konservativen, die dann vor allem die Innen- und Wirtschaftspolitik des Präsidenten beeinflussten, das sogenannte Küchenkabinett ... Auch die Schlüsselpositionen der Reagan-Regierung wurden fast ausschließlich mit millionenschweren Industriellen, Börsenmaklern, Managern besetzt, seine Spitzenpolitiker Caspar Weinberger und George Shultz kamen von der multinationalen Baufirma Bechtel in San Francisco.

Reagan ... verachtete das Aktenstudium und ließ sich über das Wichtigste in Kurzmemoranden unterrichten. Die Trägheit freilich sah das Volk, sah die Welt nicht – obwohl sie ihm doch im Gesicht stand. Dafür sah man: Reagan ging geschickt mit den Medien um und wußte sich vor der Kamera zu bewegen, jeder Zoll war kein König, aber ein Schauspieler. Das liebt die Welt, die bekanntlich betrogen werden will.

Der Präsident kam ihr in Haltung, Gestik, Mimik und in Worten, in schlichten Worten, entgegen. Und nicht zuletzt vertraute er so unerschütterlich dem eigenen eng begrenzten Horizont, daß er dieses Vertrauen auf einen Teil der Menschheit, zumal der amerikanischen, auszustrahlen verstand. Obwohl er und weil er Millionen von Armen und Ausgebeuteten kraß betrog, galt er vielen als netter Mensch, zumal er seinen unbezweifelbaren Charme spielen ließ, wo immer es möglich und wünschenswert war.

... Er konnte am Ende seines ersten Präsidentenjahres verkünden, er habe einer Million Amerikaner neue Arbeitsplätze verschafft, obwohl es in Wirklichkeit 100.000 Arbeitslose mehr

gab als im Jahr zuvor. ...

Ronald Reagans "lebenslange Neigung zum Übertreiben" ist ebenso bekannt wie sein "extrem großzügiger Umgang mit Fakten". ...

Beim außenpolitischen Engagement des Präsidenten sah es ganz so aus, als wollte er Wild-West-Filme auch in der Weltpolitik spielen ...

Gegenüber der Sowjetunion ging Reagan, kaum im Amt, sofort auf scharfe Konfrontation, wobei er freilich nur deren von den USA seit Jahrzehnten betriebene Verteufelung fortsetzte. Für Reagan waren die sowjetischen Führer Kriminelle, imstande, "jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen und zu betrügen", wie er offenherzig bekannte; die Sowjetunion war "in der modernen Welt das Zentrum allen Übels".

Und auf einer Tagung amerikanischer Evangelisten rief er zum Gebet auf für all jene, "die in der totalitären Finsternis leben". Scheute er sich doch nicht, einem Reporter der "Los Angeles Times" im Wahlkampf 1980 zu erklären, die Sowjets seien "Monster", und ihre Gottlosigkeit sei es wieder, die "ihnen weniger Respekt vor der Menschlichkeit und dem menschlichen Wesen einflößt". Die Sowjetunion, das "Reich des Bösen", wollte der Schauspieler auf dem Thron "auf den Müllplatz der Geschichte" kippen. ...<<

>>... Alles nahm größere Dimensionen an unter Reagan, alles wuchs. Und was am raschesten im Staatsapparat wuchs, war die CIA: 1.500 neue Mitarbeiter wurden eingestellt. 1987 belief sich der Personalstand der CIA auf 16.000 Mitglieder und der Etat auf 25 Milliarden Dollar. Eine solche Organisation mußte einfach den einstigen Kino-Wildwest-Helden besonders anziehen.

Zum Chef des Human-Unternehmens ernannte Reagan seinen Freund William Casey. Im Zweiten Weltkrieg hatte dieser alliierte Spionageoperationen hinter der deutschen Front geleitet und war später an den Börsen Wall-Streets reich geworden. Reagan erweiterte seinen Einfluß als Spionagechef, indem er covered actions, geheime Kommandoaktionen, unter Carter fast in Mißkredit geraten, wieder als Routinesache der US-Außenpolitik ansah. Ja, der Präsident hatte bald ein solches Faible für derlei mehr als anrühige Operationen, daß Caseys Stellvertreter, Admiral Inman, die Segel strich und in die Privatwirtschaft ging.

Die Regierung Reagan-Bush ließ die CIA in rund 60 Staaten konspirieren und dabei jährlich etwa 600 Millionen Dollar für covered actions verpulvern, vor allem, um mißliebige Regierungen zu erschüttern, in Dutzenden von Fällen. Zum Beispiel tat Präsident Reagan alles, um die Sandinisten Nicaraguas zu stürzen. Die CIA finanzierte nicaraguanische Exilgruppen und bereitete einstige Somoza-Anhänger in Florida und Honduras militärisch auf Invasion und Bürgerkrieg vor. Und während bald im Dschungel an der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua eine Freiwilligenarmee stand, destabilisierte man auf verschiedenen Wegen das Land im Innern.

Während man die Revolutionäre in Managua, die Sandinisten, bezichtigte, ihre Revolution nach Honduras auszudehnen, verwickelte man das benachbarte Honduras in eine Gegenrevolution mit dem Ziel, diese nach Nicaragua zu exportieren. Die CIA kaufte Söldner, warb argentinische Offiziere an, nicht wenige Nazis darunter. Sie verteilte in Nicaragua Gebrauchsanweisungen für das Umbringen der dort herrschenden Linken.

Nazimethoden?

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verurteilte die USA 1986, weil sie, entgegen dem Völkerrecht, nicaraguanische Häfen vermint, den Handel Nicaraguas behindert sowie gegen eine ganze Reihe von Verpflichtungen und Verträgen verstoßen hatte.

Aber die Welt ist böse, böse. Man mußte sich sichern. In sechs Amtsjahren des Präsidenten Reagan gab man allein für den Ausbau der elektronischen Spionage in aller Welt rund 100 Milliarden Dollar aus.

Und wie stand es mit der Mafia? Oh, bestens, bestens. Man hatte sie fest im Griff. Hatte regen

Kontakt, auch und gerade natürlich im nächsten Umkreis des Präsidenten. Nein, man ließ sie nicht aus dem Auge. Dazu war man ja schon beruflich verpflichtet. Etwa Reagan-Freund und CIA-Direktor William Casey. Aber auch Reagans Arbeitsminister Raymond Donovan hatte nachweisbare Mafia-Kontakte und wurde beschuldigt, zum Wahlkampf des Präsidenten 600.000 Dollar beigesteuert zu haben, die aus Mafia-Quellen stammten. Doch Geld stinkt nicht, und Untersuchungen gegen das Gewerkschaftsgangstertum reduzierte Donovan drastisch.

Ronald Reagan selbst traf sich als Präsidentschaftskandidat (am 27. August 1980) privat mit Mafia-Vertretern, Führern der Teamster-Gewerkschaft, mit Roy Williams und Jack Presser. Die berüchtigte Gewerkschaft der Fernfahrer, auch von Richard Nixon schon lange gefördert, wird von Gambino, dem "Paten einer New Yorker Familie", kontrolliert und soll Milliardenbeträge an die Mafia abzweigen.

U.a. wird der Kennedy-Flughafen von dieser Vereinigung systematisch geschröpft. "Jedes Jahr lassen die Fahrer des Syndikates auf Anordnung der Familie Güter im Wert von Milliarden Dollar verschwinden. Das FBI schätzt, daß mehr als ein Drittel der wertvollen Güter auf dem Kennedy-Airport unterschlagen werden - elektronische Geräte, Juwelen, Pelze, Nahrungsmittel - und in die Hände der Mafia fallen" (M. Monestier). Das Treffen Reagans am 27. August 1980 mit dem Vizepräsidenten der Teamster, Roy Williams, diente der Mobilisierung der Gewerkschaftler im Wahlkampf, den er auch "ganz sicher mit finanzieller Unterstützung der Teamster-Gewerkschaft" geführt hat.

Ronald Reagan ist dankbar. Freunde läßt er nicht im Stich. Und so galt einer seiner ersten Besuche als Präsident der Teamster-Gewerkschaft. Von dort holte er sich ja auch seinen Arbeitsminister Donovan, Und schon bald nach der Wahl 1981 wurde Williams Präsident der Teamster, und Reagan lud ihn sogar zu einer Top-Level-Wirtschaftskonferenz ins Weiße Haus.

Freilich war Williams derart belastet, daß er noch im selben Jahr zurücktreten und den Präsidentenstuhl Jack Presser überlassen mußte, dem anderen Verbindungsmann zur Mafia und seiner offenbar in jeder Hinsicht würdig. Trotz laufender Fahndungen, Beschuldigungen, Beweise und Verurteilungen aber ging "die Freundschaft zwischen der Reagan-Administration und der Mafia-kontrollierten Gewerkschaft nicht in die Brüche."

Vielmehr wird "immer dann, wenn der Kongreß oder Gerichtsbehörden die Kooperation der Regierung bei Untersuchungen gegen die Gewerkschaft benötigen, diese prinzipiell nicht gewährt" (J. Roth/B. Ender). Im Gegenteil. Offiziell und öffentlich stützte man Beschuldigte. Ja, das Reagan-Bush-Gespann begann damit, keine neue Operationen gegen das organisierte Gangstertum zu erlauben. Nicht genug, man kürzte wesentlich die Etats gerade jener Stellen, die vordem die gelenkte Kriminalität besonders wirksam bekämpft hatten. Dies alles stand in einem augenfälligen Kontrast zu Jimmy Carters Verhalten, bei dem zumal die Teamster-Gewerkschaft vier Jahre lang abgeblitzt war.

Aber schließlich wurde Carter auch nicht mehr Präsident. ...

Man kann gegen Reagan sagen, was man will, es hatte alles großen Stil. Und Geld war schließlich dazu da, um ausgegeben zu werden. Schon die - ihm freilich nur zu angemessene - theatrale Inszenierung seiner Amtseinführung als Präsident wurde ein 16-Millionen-Dollar-Schauspiel. Ein Lehrer an öffentlichen Schulen, vergleichsweise, verdiente um 1980 höchstens 16.000 Dollar im Jahr, in manchen Staaten sogar weniger; in Mississippi etwa nur 11.000 Dollar jährlich.

Nancy Reagans Garderobe, wieder nur zum raschen Vergleich, eigens für die Inauguration (feierliche Amtseinführung) geschneidert, kostete 25.000 Dollar. Und zur Amtseinführung Reagans 1985, als der Präsident das Ideal des altruistischen, für seine Überzeugung kämpfenden Amerikaners beschwor, mit großer Geste dazu ein paar sentimentale Verse zitierte und

aufrief, "die Wirtschaft zum Motor unserer Träume zu machen", da verschlang die Garderobe der First Lady 46.000 Dollar.

Aber Nancy Reagan hatte überhaupt Sinn für Ausstattung. Und sollte sie den Amerikanern nicht zeigen, wie man sich kleiden, wie man wohnen konnte, wenn man diesen Sinn eben hatte, diesen Geschmack?

So schmückte sie das Präsidentenschlafzimmer im Weißen Haus mit kostbaren Erlesenheiten. Etwa mit einem riesigen französischen Rokospiegel. Oder mit einer handbemalten hauchzarten chinesischen Tapete. Gleich zu Beginn der Amtszeit erwarb sie auch ein altchinesisches Porzellanservice für 200.000 Dollar - na was denn! Und eine Juwelensammlung für das Weiße Haus.

Ja, während Nancy Reagan einer, wie nur Mißgünstige meinten, Neidische, doch etwas aufwendigen Selbstinszenierung frönte, einer Passion für große Auftritte, abendliche Galas, während sie rubin- und diamantenbehängt, in immer neuen Roben erschien, in bodenlangen Nerzen, handgearbeiteten, edelsteinbesetzten Schuhen, in einem schwelgerischen Luxus, der feudale Epochen fast verblassen läßt, da propagierte der Präsident die alten amerikanischen Werte persönlicher Leistungs- und Risikobereitschaft als Voraussetzung für den Aufstieg und unternehmerische Gewinne, predigte er die Ideologie vom wohlverdienten Erfolg.

Debora Silverman bemerkte damals "historische Parallelen zur Endphase des Ancien Régime". Das klingt kritisch. Aber ist es gerecht? Man konnte schließlich nicht immer nur arbeiten, nur schufteten für das allgemeine Wohl. Und begann man nicht auch zu sparen, sofort, denn irgendwo und irgendwie mußte ja damit begonnen werden?

Ja, sofort wurde jetzt der Bundesetat für Sozialprogramme und Schulspeisungen um 41 Milliarden Dollar gekürzt. Das war doch schon mal ein Happen. Und zwei Jahre nach Reagans Amtsantritt waren von den 230 Millionen Amerikanern nach der offiziellen Statistik mindestens zwei Millionen obdachlos, und mehr als 30 Millionen lebten unterhalb der Armutsgrenze.

Am Ende von Reagans erstem Amtsjahr gab es eine Arbeitslosigkeit von fast 9 Prozent und ein geschätztes Haushaltsdefizit von 100 bis 150 Milliarden Dollar. Während Präsident Reagan prahlte, die USA wieder zur "Number one" der Welt gemacht zu haben, erwies eine auf 36 Statistiken der Weltbank und der UNO gestützte Untersuchung der "University of Pennsylvania", daß die USA im Hinblick auf die "Lebensqualität" erst an 27. Stelle standen und damit hinter allen verglichenen europäischen Staaten!

Reagan, dessen Vater einst selbst die staatliche Wohlfahrt in Anspruch genommen hatte, kürzte von Mal zu Mal die staatlichen Sozialleistungen. Die Folgen waren entsprechend. Es gab noch mehr Arme und noch mehr Todesfälle unter den Armen. Und noch mehr Hunger. Nach einer allgemein anerkannten Definition des Begriffs "Hunger" hungerten in Ronald Reagans zweiter Amtszeit in den USA, dem mit Abstand reichsten Land der Welt, acht Millionen Erwachsene und zwölf Millionen Kinder.

Zu diesem Ergebnis kam ein "Hunger in den Vereinigten Staaten" betitelter sachlich-kühler Bericht des renommierten Wissenschaftsblattes "Scientific American". Obwohl das Übel, schrieb "Scientific American", in den 70er Jahren praktisch beseitigt gewesen sei, ist es "durch Kürzungen der Bundesregierung zurückgekehrt."

Und 33,4 Millionen der US-Bürger lebten nach der amtlichen Sprachregelung in Armut. Doch während die Armut der 20 % ärmsten US-Bürger zwischen 1978 und 1987 noch um acht Prozent zunahm, wuchs auch der Reichtum der reichsten 20 % US-Bürger noch um 13 %. Und damit hatte man schließlich wieder den Ausgleich. So ganz wohl freilich fühlen sich selbst die Reichen kaum.

Oder warum schützen sie sich und ihre Einrichtungen durch doppelt so viele Privatpolizisten, wie die Kommunen, die Bundesländer und die Regierung zusammen Polizisten unterhalten?

...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtete später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über US-Präsident Ronald Reagan (x364/231-241):

>>... **XUI. Neuer Star für eine alte Clique**

Während die Vereinigten Staaten unter der argen Last der Carter-Präsidentschaft schwankend in das neue Jahrzehnt der 80er Jahre eintraten und sich die nationalen Krisen in alarmierendem Tempo verstärkten, erhob sich unter der hartbedrängten und überbesteuerten amerikanischen Bürgerschaft der Ruf nach Entlastung.

Nach fünfzig Jahren des liberalen Wahnsinns fast leergeblutet, bestand einerkennbarer Wunsch nach tiefgreifenden Änderungen. Man hatte die flagranten Betrügereien, wie zum Beispiel dem "New Deal", "The New Frontier", der "Great Society" und der himmelschreienden Schwindelei der Carter-Jahre bis zum Überdruß satt und viele Millionen Amerikaner sehnten sich nach der Rückkehr einer gesunden Regierung.

Das amerikanische Volk hatte genug. Am 4. November 1980 hatte es mit überwältigender Mehrheit die liberale Politik zurückgewiesen, die in den letzten Jahrzehnten gedroht hatte, die Vereinigten Staaten unter roten Zahlen, Verbrechen und menschlicher Entwürdigung zu begraben. Es gab einen massiven Ruck nach rechts, der zu dem überwältigenden Wahlsieg von Ronald Reagan zum amerikanischen Präsidenten führte.

Das Phänomen Reagan

Am 20. Januar 1981 stieß die amerikanische Nation gesamthaft einen hart verdienten Seufzer der Erleichterung aus, als die neue Reagan-Administration die Zügel der Regierung in die Hände nahm. Die gleichzeitig damit stattfindende Freilassung der Geiseln im Iran trug zu dem allgemeinen Gefühl der Erleichterung fast einen Hauch Jubel bei.

Mit dem Eintreffen von Ronald Reagan und vielen neuen, verfassungsorientierten Gesetzgebern auf der Washingtoner Szene wehte ein kühler, klarer und frischer Wind durch die staubigen Hallen des Kongresses. Die generelle Haltung der Neuankömmlinge wurde von Jeremiah Danton, dem neuen Senator von Alabama zum Ausdruck gebracht:

"Es ist an der Zeit zu handeln. Bürger haben ihre eigene Selbstachtung und sie wollen, daß diese Nation die ihre zurückgewinnt."

Die neue Reagan-Regierung versprach dem amerikanischen Volk einen "neuen Beginn" eine Rückkehr zu traditionellen Werten. Ende der 70er Jahre wurde der Patriotismus vieler Millionen im ganzen Land zu neuem Leben angefacht, als Ronald Reagan eine lange Serie von Reden hielt, die die Rundfunksender der ABC ausstrahlten. Er sprach über Patriotismus, konservative Politik und persönliche Verantwortung sowie über die Notwendigkeit, den amerikanischen Bürger die "große Regierung" vom Hals und aus ihrem täglichen Leben zu schaffen. Diese bewegenden Botschaften fanden in den Herzen und Köpfen vieler Millionen Amerikaner von Küste zu Küste ein tiefsitzendes Echo.

Vision eines wunderbaren Amerikas

Von jahrzehntelanger liberaler Wahnsinnspolitik verängstigt und frustriert, fingen die Leute an, sich ernsthaft eine Reagan-Administration vorzustellen. Er sprach ihre Sprache und sie schlugen sich auf seine Seite. Sie spürten, daß hier endlich ein Mann von geradem Charakter war, der ihre Wertvorstellungen mit Nachdruck vortragen und eine Hauptrolle spielen könnte, um die Nation wieder zu internationalem Ansehen zurückführen zu können.

Als Reagan seine einträgliche amerikanische Rundfunkarbeit an den Nagel hängte und seine Wahlkampfreise antrat, brauchte er nur noch ins Ziel zu laufen. Schon bald wurde von einer wachsenden Menge "die Vision aufgegriffen" - die Vision von einem wunderbaren, mit neuer Lebenskraft erfüllten Amerika, das die unzähligen nationalen Probleme triumphierend hinter sich läßt. Die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Gouverneurs von Kalifornien wurde von ihnen mit Begeisterung unterstützt. Das Phänomen Reagan nahm rasch Gestalt an.

Was kann das amerikanische Volk von der Reagan-Administration erwarten? Wird sich Reagan als "das Wahre" erweisen - oder wird er sich als ein weiterer Wolf im Schafspelz entpuppen?

Im Jahre 1945, bei Ende des Zweiten Weltkrieges - nach 12 Jahren des leninistischen "New Deal" - befanden sich die meisten Positionen in Regierung, Bildungswesen, Nachrichtenmedien und anderen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens in den verräterischen Händen von Individuen, die ihre Seele an die Verschwörer verkauft hatten.

Die in Hollywood beheimatete Filmindustrie war fast völlig unterwandert. Mit der geschickten Ausnutzung von Filmen, die die subtile Anti-Amerika-Propaganda der Linken verbreiteten, würden die Verschwörer in ungeheuerlicher Weise auf das Denken der Kinobesucher im ganzen Land einwirken können.

Da die meisten Leute ins Kino gehen, um den nur allzuoft grimmigen Tatsachen des täglichen Lebens zu entfliehen, lassen sie ihren formbaren, nichts ahnenden Verstand weit offen stehen, so daß falsche und destruktive Ideen ohne ihr Wissen darin eingepflanzt werden können. Über den Weg eines solchen Mediums können die Bürger für die "Neue Weltordnung" programmiert werden.

Die Roten von Hollywood

Zum Ende der 40er Jahre begannen allerdings die Pläne der Illuminaten zur Subversierung der amerikanischen Gesellschaft von innen heraus schief zu laufen. Dramatische Beweise bezeugen, daß die Regierung Roosevelt mit subversiven Elementen durchsetzt gewesen war und die Mehrzahl von ihnen auch noch in der Truman-Administration verblieben waren.

Der berühmte Broadway- und Hollywood-Drehbuchautor und Ronald Reagan als Schauspieler und im Wahlkampf zur Präsidentschaft. Die wirkliche Macht in Amerika ist auch heute weiterhin "ganz in der Familie Rockefeller".

Produzent Myron Fagan deckte die Methoden auf, die die "roten Termiten" bei ihren subversiven Aktivitäten benutzten. Die sich anschließende Empörung hat die Filmindustrie bis ins Mark erschüttert. Als Folge der Untersuchungen durch den United States Senat und den Staat Kalifornien wurden die ruchlosen "Hollywood Ten" zu Gefängnisstrafen verurteilt und weitere 300 Stars, Produzenten und Regisseure für schuldig befunden, der Sache der Roten gedient zu haben.

Myron Fagan gründete die "Cinema Education Guild" (CEG) in dem Bemühen, das amerikanische Volk über die unheilvolle Bedrohung durch diese massive Unterwanderung zu informieren.

Die Wirkung zeigte sich augenblicklich. Die Besucherzahlen gingen drastisch zurück, so daß einige Kinos zur Schließung gezwungen waren. Unter diesem enormen, landesweiten Druck traten die Roten den Rückzug an und dem amerikanischen Volk wurde versichert, Hollywood säubere seine Bühne. Aber es dauerte nicht lange und die Roten schlichen sich von neuem in Hollywood ein - und nahmen ihre subversive Arbeit erneut auf. Noch einmal riß Myron Fagan ihnen ihren Deckmantel, herunter. Noch einmal gingen die Wellen der Empörung durch die Filmindustrie.

Im Rampenlicht der bestürzenden Enthüllungen durch die CEG bloßstehend und entschlossen, sich nie wieder erwischen zu lassen, haben die subversiven Elemente Hollywoods das Drehbuch umgeschrieben und ein anderes diabolisches Komplott geschmiedet, das die Amerikaner die Tatsachen vergessen machen sollte.

Eingedenk des Erfolges, den die öffentlichen Auftritte von "Stars" in den dunklen Tagen der großen Rezession gehabt haben, beschlossen sie, daß das beste Mittel zur Einschläferung des amerikanischen Publikums, das sie in die Kinos zurückbringen würde, darin besteht, die Hollywood-Prominenz aufs Land zu schicken. Sie würden als Ehrengäste in Clubs auftreten, Pressekonferenzen für die Vertreter der führenden Nachrichtenmedien geben und ganz allge-

mein für ein hohes Ansehen sorgen. Ihre Titelmelodie: "Die Roten sind aus Hollywood abgehauen. Alles ist jetzt wieder in Ordnung in der Filmmetropole."

Viele haben sich energisch dagegen verwahrt, an diesem monströsen Schwindel teilzunehmen. Berühmtheiten wie Clark Gable haben heftig protestiert und sich geweigert, als Botschafter des Betrugs aufzutreten. Andere sind mit beiden Füßen auf diesen Verschwörungszug aufgesprungen.

Zu den bekanntesten von ihnen gehörte ein Filmschauspieler namens Ronald Reagan, Präsident der "Screen Actors Guild" (SAG). Im Verlauf der Senatshearings in Washington im Jahre 1947 war die Guild nachweislich als ein führendes Werkzeug der Subversion in der Filmindustrie entlarvt worden.

Reagans rote Märchen

Reagan bereiste das Land und versicherte den Leuten, daß die subversive Bedrohung vorüber sei. Eine für Reagan typische Erklärung wurde am 27. Juli 1951 in der Victor Reisel Kolumne abgedruckt:

"Der Kommunismus hat in Hollywood versagt, weil die überwältigende Mehrheit der Screen Actors Guild immer gegen den Kommunismus war und ist. Die Roten haben alle Kunststücke aus ihrer Trickkiste ausprobiert, aber die Filmschauspieler unter Führung des Vorstandes der Screen Actors Guild haben sie überlistet und besiegt. Wir haben sie offiziell und inoffiziell bekämpft. Wir haben sie in Versammlungen hinter den Kulissen bekämpft.

Unsere roten Feinde sind sogar soweit gegangen zu drohen, sie würden mir persönlich und anderen Stars Säure ins Gesicht werfen, damit wir niemals wieder im Film auftreten können. Ich habe eine Zeitlang einen Revolver bei mir getragen und Polizisten haben in meinem Haus gelebt, um meine Kinder zu beschützen. Aber diese Tage sind für immer vorbei, ebenso wie die betörten Sympathisanten und Mitläufer der Roten. Heute sind selbst die Mitläufer von der Hollywood-Szene verschwunden."

Die neue Taktik wirkte wie ein Zaubermittel. Wie nicht anders zu erwarten, wurde das neue Leitmotiv von den Zeitungen, Magazinen, Rundfunk- und Fernsehkommentatoren aufgegriffen und im ganzen Land verbreitet. Die sorgfältig konzertierte Schwindelkampagne hatte die gewünschte Wirkung. Die öffentliche Meinung beugte sich erneut unter dem Druck.

Reagans Polit-Show

Es sollten mehr als zehn Jahre vergehen, ehe Ronald Reagan sein Debüt auf der politischen Bühne gab. In wahrlich theaterwürdigem Stil begann er seinen Auftritt im Jahre 1964 mit einer anheizenden Rede, die er für Barry Goldwater auf dem Konvent der Republikanischen Partei hielt.

Seine höchst pro-amerikanischen Erklärungen und seine glattpolierte Rhetorik waren die Ursachen, die ihm weitverbreitete Aufmerksamkeit als einem möglichen Kandidaten für ein hohes politisches Amt einbrachten. Die Tatsache, daß er politisch ein Anfänger war, ohne jede Hausmacht, mit der er operieren konnte, tat seinem politischen "Sex Appeal" keinen Abbruch. Nach der Niederlage von Barry Goldwater begann Ronald Reagans Stern am politischen Himmel aufzusteigen. Ein Jahr später gründeten ehemalige Goldwater-Anhänger einen Verein mit dem Namen "Friends of Ronald Reagan". Zu Beginn reiste Reagan in Kalifornien umher und traf sich zu privaten Gesprächen mit politischen Führern und stellte seine hochkarätige Redekunst den Zuhörern vor.

Reagan sagte immer das Richtige und erhielt stürmischen Applaus von seinem Publikum. Sie brachten ihm stehend Ovationen entgegen, als er gegen die "große Regierung" wettete; Regierungsbestechung in Form von Subventionen an besondere Interessengruppen und die Unzahl von sonstigen Regierungsprogrammen, deren Zweck die Ausdehnung der Administration auf alle Lebensbereiche sei.

Die "Reagan Show" ging auf Tournee durch ganz Amerika und wurde in vielen Großstädten

an der Ostküste gegeben. Das Echo überall im Land war begeistert. Reagan wurde von vielen konservativen Republikanern als ein "konservativer Goldwater" akzeptiert. Er wurde zu einem "heißen Tip".

Erste Schatten zeigen sich

Kurz nachdem er 1966 in den Wahlkampf um den kalifornischen Gouverneursposten eingetreten war, kamen beunruhigende Signale aus dem Reagan-Lager. Die politische Coleur in der engeren Umgebung Reagans veränderte sich. Es fand ein stetiger Exodus derjenigen statt, die sich ihr Leben lang als unverbrüchliche Anhänger der wahren republikanischen Grundsätze bewiesen hatten. Gleichzeitig hielten liberale Dogmatiker und politische Manipulanten ihren Einzug. Es war offensichtlich, daß etwas in dem Image von Reagan als einem hartgesottenen Konservativen fehlte.

Millionen hoffnungsvolle Wähler in Kalifornien nahmen das Image von Ronald Reagan als Ritter ohne Furcht und Tadel, der ein "konservativer Gouverneur" sei und sie von dem ewig wachsenden Fluch der "großen Regierung" befreien würde, für bare Münze.

Im ganzen Bundesstaat herrschten hochgesteckte Hoffnungen, als Ronald Reagan am 5. Januar 1967 in sein Amt als Gouverneur eingeführt wurde. In seiner Einführungsrede versprach Reagan, daß seine Administration um "Straffung, Kürzung und Senkung" bemüht sein werde, "bis die Staatsausgaben verringert sind. Es wird nicht einfach sein, noch angenehm, und es wird jedes Ressort betreffen, angefangen beim Amt des Gouverneurs selbst".

Knapp einen Monat später, in seiner Haushaltsrede vor der Legislative, zeigte Reagan mit dem Finger auf die Ursachen für die finanziellen Nöte des Staates, den politischen und finanziellen Mumpitz der Pat Brown Regierung. Kalifornien war mit 500 Millionen US-Dollar im Minus. Reagan gelobte, daß seine Regierung "kein Interesse an der Fortsetzung eines solchen fiskalischen Schwachsinn" habe.

Rhetorik und Wirklichkeit

Die Haushaltsvorlage des neuen Gouverneurs schien die Antwort auf die Gebete der Konservativen zu sein. Sie gewann ihm die spontane - fast jubelnde Zuneigung der Konservativen überall. Er legte darin Einzelheiten eines Reformpaketes dar, das dem Staat Kalifornien fiskalisches Verantwortungsbewußtsein und Solvenz zurückbringen würde.

Der kalifornische Senator John Schmilz, den neuen Gouverneur bei seinem Wort nehmend, geriet in Ekstase: "Nun haben wir zu guter Letzt einen Gouverneur in Kalifornien, der den Leuten die Wahrheit sagt - und seine Versprechungen hält. Der Haushaltsentwurf von Gouverneur Reagan deckt das ganze Ausmaß der staatlichen Finanzkrise auf und verwirft die leichte, aber ruinöse Lösung, die Steuern drastisch zu erhöhen. Er hat getan, was er versprochen hat. Er hat den Mut gehabt, die Wirtschaft an die erste Stelle zu setzen, die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um eine Viertel Milliarde Dollar zu kürzen."

Leider war die Bewertung von Senator Schmilz etwas voreilig. Er hatte Reagan für einen Mann gehalten, dem man vertrauen kann, daß er sein Wort hält. Er hatte in dem Moment vergessen, daß in der Politik Rhetorik und Wirklichkeit gewöhnlich weit voneinander getrennt sind. Integrität ist ein höchst ungewöhnlicher politischer Charakterzug.

Noch ehe der Widerhall seines "Reformprogrammes" verklungen war, befand sich eine neue Reagan-Vorlage auf dem Weg vor die Gesetzgeber, die 865 Millionen US-Dollar an neuen Steuern vorsah. In einer Haushaltsrede vor dem gesamten hohen Haus verkündete Reagan, daß er einen endgültigen Staatsetat vorlegen werde, der 488 Millionen US-Dollar kompletter Neuausgaben vorsieht.

Noch bevor die Legislaturperiode um war, hatte "der konservative Gouverneur", der geschworen hatte, "den Willen des Volkes zu ehren", mit seiner Unterschrift eine Steuererhöhung von insgesamt 943.300.000 US-Dollar zum Gesetz erhoben, die höchste einzelne Steueranhebung, die es jemals in der Geschichte eines amerikanischen Staates gegeben hat. Senator Schmilz

flehte den Gouverneur Reagan an, jenen "nicht das Vertrauen und die Herzen zu brechen", die an ihn geglaubt hatten. Aber es half nichts.

Hat sich Ronald Reagan seit seiner Gouverneurszeit drastisch geändert? Hat er seiner nachweislich liberalen Vergangenheit abgeschworen? Geht er heute auf der rechten Spur? Der heutige amerikanische Präsident Ronald Reagan antwortet mit einem Ja.

Im Verlauf des Wahlkampfes von 1980 und in den ersten Monaten seiner Amtszeit hat Ronald Reagan beredt die Narrheiten des Sozialismus dargelegt und ihnen abgeschworen. Er hat deutlich gezeigt, daß es Idiotie ist, wenn die amerikanische Nation auf dem Weg weitermacht, den sie seit den Tagen von Roosevelt eingeschlagen hat.

Es besteht kein Zweifel an der Tatsache, daß Reagan der Nation eine psychologische Kraftspritze verabreicht hat. Unter dem Einfluß seiner ruhigen und zuversichtlichen Führung ist es zu einer Trendwende der Ansichten gekommen, die die meisten Amerikaner über die Zukunft haben. Neue Zuversicht hat die Nation ergriffen.

Das Attentat ein Komplott?

Diese Sinneswandlung Ronald Reagans ging den Internationalisten gegen den Strich, da er einen Großteil der Abbrucharbeiten wieder zunichte macht, die unter dem Carter-Regime vollbracht wurden. Sie könnten Reagan aus dem Weg haben wollen und zwar so schnell wie nur möglich.

Die Establishment-Medien brachten den Mordanschlag auf den Präsidenten am 30. März 1981 als die Tat eines "Spinners". Es wurde vielerorts erklärt, John W. Hinckley sei ein Einzelgänger, der ohne Auftraggeber gehandelt habe. Dagegen deuten neuere Beweise darauf hin, daß die Medien erneut an einer massiven Verdunklungskampagne arbeiten könnten, die an das erinnert, was nach der Ermordung Kennedys in Dallas im Jahre 1963 passiert ist.

Berichte aus einer Vielzahl unabhängiger Quellen wecken den Verdacht, daß der Anschlag auf das Leben von Reagan einen sehr viel merkwürdigeren Hintergrund hat. Drei Wochen bevor die Schüsse vor dem Washingtoner Hilton-Hotel fielen, haben mehrere christliche Kirchenämter einen Hinweis erhalten, daß an dem Wochenende vom 13./14. März ein großer Hexensabbat stattfinden soll.

Vor kurzem von dem Hexenglauben Konvertierte haben ausgesagt, daß die Anhänger der okkulten Kräfte in Amerika planten, spezielle Zauber und Flüche auf die Reagan-Regierung zu legen. Einige Tage vor dem Hexensabbat hat Hinckley seine Wohnung in Evergreen, Colorado, verlassen und ist in ein Motel gezogen. Da er kurz davor seine Gitarre und Schreibmaschine ins Pfandhaus gebracht hat, scheint es sicher zu sein, daß eine andere Person seine Auslagen bezahlt hat.

Und eine weitere, höchst interessante Entwicklung. Am 31. März hat Max Robinson von Kanal 25 PBS in dem Gebiet von Akron Canton (Ohio) berichtet, daß Hinckley "jeden Tag vor einer Telefonzelle auf einen Anruf gewartet hat, obwohl ein Telefon in seinem Zimmer vorhanden war." Das deutet klar darauf hin, daß der zukünftige Attentäter tägliche Mitteilungen erhalten hat, die für ihn so belastend sein würden, werden sie zufällig mitgehört, daß er sie in einer öffentlichen Telefonzelle entgegennehmen mußte.

Am 2. April brachte eine Zeitung in Cleveland Beweise dafür, daß die Sicherheitsmaßnahmen um den Präsidenten während seines Erscheinens im Washingtoner Hilton-Hotel drei Tage zuvor erheblich durchbrochen worden waren. Nicht nur, daß dem Publikum erlaubt worden war, ungewöhnlich nahe an dem Ausgang zu stehen, den der Präsident benutzte, sondern es fehlten auch andere Sicherheitsvorkehrungen.

Edward V. Kelley, ein Freund der beiden Sicherheitsbeamten, die sich auf Hinckley warfen, nachdem er zu schießen anfang, gab eine aufschlußreiche Beobachtung bekannt: "Auf den Dächern befanden sich keine Männer mit Gewehren, wie damals, als Carter hier im letzten Jahr auf dem Konvent war."

Einladung zur Ermordung

Zusammen gesehen sprechen diese Ereignisse für die Wahrscheinlichkeit, daß damit eine "Einladung" zur Ermordung von Präsident Reagan gegeben wurde. Nur durch ein Wunder ist er dem Tod beziehungsweise seiner Beseitigung von der nationalen Bühne entgangen. Zweifellos hat Reagan beträchtliche Kompromisse auf dem Weg ins Weiße Haus schließen müssen. Ohne diese Kompromisse wäre der Sieg unmöglich gewesen.

Im Frühjahr und Sommer 1980, als die öffentliche Meinungsumfragen anzeigten, daß der politische Stern Ronald Reagans am Aufsteigen war, wurde es der "unsichtbaren Regierung" klar, daß das Jahr 1980 sehr wohl ein "Reagan-Jahr" werden könnte. Sofort nach Reagans auffälligem Sieg über ihren eigenen, elitären Kandidaten, George Bush, in den Vorwahlen von New Hampshire, hat das "Eastern Establishment" Schritte unternommen, um die volle Kontrolle über Reagans Wahlkampf und das Management des bevorstehenden republikanischen Konvents zu erlangen.

William Casey, ein Mitglied des von Rockefeller beherrschten Council on Foreign Relations (CFR) - die unsichtbare Regierung - wurde als Reagans Wahlkampfmanager eingeschleust. Von da an lag die gesamte Aktion bei den Liberalen, wenngleich die konservative Wahlpropaganda und Jahrmarktakrobatik an Intensität gewannen.

Casey hat einen höchst interessanten Werdegang. Als ein Schützling von Henry Kissinger hatte er sich als ein so fleißiger und ergiebiger Diener erwiesen, daß man Richard Nixon empfahl, ihn auf den Spitzenposten der Export-Import Bank zu setzen. Als Präsident dieser höchst einflußreichen Organisation gehörte Casey zu den "Denkern", die die Finanzierung für das Kama-Lastwagenprojekt in der Sowjetunion zusammengebastelt haben, das von einmaliger Größe ist. Diese Anlage soll mehr Schwerlast herstellen als alle US-Konzerne zusammen. Die Lastwagen aus diesem Werk wurden für die Invasion von Afghanistan eingesetzt.

Die Finanzierung des Kama-Projektes ist zu 45 Prozent von der Export-Import Bank bereitgestellt worden - einer amerikanischen Bundesbehörde, das heißt also von den amerikanischen Steuerzahlern. Weitere 45 Prozent hat Rockefellers Chase Manhattan Bank zur Verfügung gestellt. Die Roten haben nur 10 Prozent des benötigten Kapitals aufgebracht.

Der erste handfeste Beweis für den unglaublichen Druck, den die unsichtbare Regierung der Geldmonopolisten auf Ronald Reagan ausübte, wurde auf dem Nationalkonvent der Republikaner in Detroit geliefert, nachdem er mit überwältigender Mehrheit zum Präsidentschaftskandidaten dieser Partei gewählt worden war.

Politik macht merkwürdige Bettgenossen Während seines gesamten Wahlkampfes hatte Reagan seinen Anhängern versichert, er werde für die Vizepräsidentschaft einen Mann als Mitstreiter wählen, der seine konservative Weltanschauung teilen würde. Viele seiner Anhänger glaubten zuversichtlich, er werde entweder Philip Crane oder Jack Kemp als seinen Mitstreiter wählen, da beide tadellose Referenzen als Konservative haben.

Die hochfliegenden Hoffnungen der Delegierten wurden zertrümmert, als Reagan, umgeben von Rockefeller, Kissinger, Ford und anderen Trilateralen und CFR-Manipulanten, beide Männer zurückstieß. Er ging in das Trilaterale Lager hinein und griff sich George Bush heraus.

Bush, der in den Vorwahlen Reagans Wirtschaftsprogramm verächtlich als "Hexereipolitik" beschimpft hatte, hatte wiederholt Strategien befürwortet, die denjenigen Reagans diametral entgegengesetzt waren. Nach seiner Ernennung behauptete Bush aus voller Brust, er nehme Reagans Standpunkt voll und ganz ein. Die Politik macht merkwürdige Bettgenossen.

Allerdings ist die wunderbare Wandlung von Bush leicht zu erklären. Seit Jahren gehört er zu dem "in-Haufen". Er ist ein vertrauenswürdiges Mitglied der Rockefeller-Clique. Ehrlichkeit und Integrität zählen nicht zu ihren Spielregeln. Zu den roten Warnsignalen, die nach der Ernennung von Bush aufblinkten, haben sich am 6. November 1980 heulende Sirenen gestellt,

als Reagan die Namen des Übergangssystems bekannt gab, das mit der Vorbereitung seiner Regierungsübernahme am 20. Januar 1981 betraut wurde. Es war voll mit Mitglieder des CFR beziehungsweise der Trilateralen Kommission.

Eine solche Kollektion von Eine-Weltlern konnte nur einen Regierungsapparat aufbauen, der zu ihren Gunsten gezinkt sein würde. Die wirkliche Macht würde "ganz in der Familie" bleiben. Mit der Bekanntgabe der Namen jener, die die verschiedenen Ressorts unter der neuen Regierung leiten würden, kam die Bestätigung dieser Macht. Sämtliche politische Spitzenposten der Reagan Administration liegen in den Händen von Rockefeller-Agenten.

Richard Viguerie, Herausgeber des "Conservativ Digest" hat die Gefühle vieler amerikanischer Patrioten in Worten ausgedrückt: "Es sind dieselben alten Establishment-Republikaner, die Geschäftswelt, das Eastern Establishment. Diese Regierung ist eindeutig keine Regierung der Konservativen. Die Leute, die Ronald Reagan gewählt haben, die 16 Jahre zu ihm gehalten haben, haben einen Faustschlag ins Gesicht erhalten." <<

Nach seiner Wiederwahl bildete Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. November 1980 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski (1934 in Ostpreußen geboren, Ende 1945 vertrieben) berichtete im Jahre 1980 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x039/72): >>... Warum nicht schweigen? Warum setzen wir uns 35 Jahre danach mit Dingen auseinander, die irreparabel sind, die keinen Toten zum Leben erwecken können? ...

Es hat nichts mit dem Wachhalten eines Revanchegedankens zu tun, auch geht es nicht um die Wahrung irgendwelcher deutschen Rechtspositionen. Nicht einmal zur Aufrechnung mit deutschen Untaten während des 2. Weltkrieges ist die Erinnerung an das Kriegsende 1945 im Osten geeignet.

Letztlich geht es um ein persönliches und ein allgemeingültiges Anliegen. ... Ich habe ein schlechtes Gewissen bei dem Gedanken, daß Hunderttausende, die spurlos verschwunden sind, ohne Postskriptum aus den Listen der Lebenden gestrichen sein sollen. Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Straßengraben verweseten, die irgendwo aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zum Schluß nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, sie verdienen es, wenigstens erwähnt und nicht um des lieben Friedens willen vergessen zu werden. ...

Was damals geschah, spielte sich außerhalb der geläufigen Denkkategorien ab. Noch heute stehen die Überlebenden fassungslos davor. Wir dürfen deshalb nicht aufhören zu fragen: Was ist da schiefgegangen. Welche Sicherungen sind damals durchgebrannt? Nur so können wir Dämme errichten, damit dergleichen nicht wieder vorkommt. Über diese Dinge zu sprechen, gehört auch zur Friedensforschung.<<

Der iranisch-irakische Grenzkrieg (1. "Golfkrieg" von 1980-1988) spaltete das arabische Lager und führte zu einer drastischen Reduzierung der Erdölförderung.

Der Kameruner Schriftsteller Mongo Beti (1932-2001) schrieb im Jahre 1980 über den Einfluß der französischen Sprache in Afrika (x149/180): >>Die Alleinherrschaft der französischen Sprache (war) gleichsam ein vergifteter Boden, aus dem nichts anderes als Unkraut sproß: die lange Zeit, die das Eindringen in ihre Raffinesse erforderte, hemmte unsere geistige Entwicklung.

Da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unvermeidlich oder mit Vorbedacht aus diesem Paradies ausgeschlossen war, kam es zu finsternem Aberglauben, sozialem und politischem Stillstand und zu Enttäuschung.

Weil die Elite, diese Auserwählten, die alle Hindernisse überwunden und ein Diplom erkämpft hatten, so ungeheuer selten waren, wurden sie zu schwächlichen Ziergewächsen, die in das Treibhaus der besonderen Stadtviertel gepflanzt wurden, wo ihre eigene Persönlichkeit verkümmerte. ...<<

1981

Rudolf Mühlfenzl (1919-2000, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens) kritisierte am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestierten am 28. Februar 1981 trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe. Bei der "Schlacht um Brokdorf" wurden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

Bei den DDR-Volkskammerwahlen entschieden sich 99,86 % der Wähler am 14. Juni 1981 für die Einheitsliste. Die Kandidaten dieser Liste waren nicht frei wählbar und die Sitzverteilung der Volkskammer wurde bereits vorher festgelegt.

Zum 20. Jahrestag des Berliner Mauerbaues marschierten am 13. August 1981 in Ost-Berlin Truppen zu einem "Kampfpappell" auf.

In Bonn demonstrierten am 10. Oktober 1981 etwa 300.000 Menschen für Frieden und Abrüstung.

Rund 100.000 Teilnehmer demonstrierten am 14. November 1981 gegen den geplanten Bau der Startbahn West in Frankfurt am Main. Am folgenden Tag ereigneten sich auf dem Baugelände schwere Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

Bundeskanzler Schmidt reiste am 11. Dezember 1981 in die DDR. Während des Staatsbesuches (vom 11. bis zum 13.12.1981) verhängte die polnische Regierung das Kriegsrecht (x101/121).

Bundeskanzler Helmut Schmidt (1918-2015, deutscher Bundeskanzler von 1974-82, herausragender Politiker der deutschen Sozialdemokratie) warnte im Jahre 1981 während einer DGB-Versammlung in Hamburg (x268/180): >>... Wir können nicht noch mehr Ausländer verdauen, das gibt Mord und Totschlag.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die vielfältigen Probleme der Einwanderung (x268/180-183): >>... Sachkenner wie der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Heinz Kühn (SPD), haben schon vor vielen Jahren erkannt: "Übersteigt der Ausländeranteil die Zehnprozentmarke, wird jedes Volk rebellisch."

Zählt man die offiziell eingereisten Ausländer und die illegalen zusammen, so stand Deutschland zur Zeit der Jahrtausendwende genau an dieser ominösen Marke, und schon Bundesinnenminister Schily (SPD) mußte zugeben: "Die Zuwanderung hat die Grenzen der Belastbarkeit überschritten." ...

Auch ohne Gewalttätigkeit ist die Entwicklung vorgezeichnet: Die Gastfreundschaft der neuen Heimat wird sehr bald nicht mehr als Großzügigkeit angesehen, sondern als eine Verpflichtung der "Reichen" gegenüber den "Armen". Man verweigert die Assimilation; der Gastgeber möge sich gefälligst dem Gast anpassen.

Schon seit Jahren verlangen polnische Vereine für ihre Landsleute in Deutschland Anerkennung als offizielle Minderheit in Verkennung der Tatsache, daß der Minderheitenschutz des Völkerrechts die alteingesessene Bevölkerung vor Überfremdung durch Zuwanderer schützt und nicht umgekehrt und außerdem den Besitz der Staatsangehörigkeit des betreffenden Landes voraussetzt.

Ähnliche Bestrebungen zeichnen sich auch bei türkischen Organisationen ab.

Sehr deutlich wurde ein Afghane mit deutschem Paß ... am 19. September 2000 in der "Süddeutschen Zeitung": ... "Ihr könnt uns herabsetzen, beleidigen, demütigen oder verletzen, aber ihr werdet uns nicht los. Ein Leben ohne uns wird es für euch nicht mehr geben. Die Ibrahims, Stefanos, Marios, Laylas und Sorayas sind deutsche Realität. Ihr werdet es nicht verhindern können, daß bald ein türkischsprachiger Richter über euch das Urteil fällt, ein pakistanischer Arzt eure Krankheiten heilt, ein Tamile im Parlament eure Gesetze mit verabschiedet und ein

Bulgare der Bill Gates eurer New Economy wird.

Nicht ihr werdet die Gesellschaft internationalisieren, modernisieren, sondern wir werden es tun – für euch. Ihr seid bei diesem leidvollen Prozeß lediglich Zaungäste, lästige Gaffer. Wir werden die deutsche Gesellschaft in Ost und West verändern. Wir Ausländer." ...

Die Bürger von Marseille und Manchester, von Los Angeles und Johannesburg wissen Bescheid.

Aber bleiben wir in Deutschland, in Berlin. Dort hat sich in mehreren Bezirken seit Beginn der 80er Jahre ein türkischer Mikrokosmos herausgebildet, in dem Türken leben können, ohne auf Kontakte mit Deutschen angewiesen zu sein; sie haben ihre eigenen Gaststätten, Läden, Banken, Reisebüros, Anwälte, Videotheken. Zu Hause spricht man nur türkisch, und fast die Hälfte der türkischen Erstkläßler versteht kein Deutsch, obwohl sie der zweiten und dritten Einwanderergeneration angehören. ...

Die Berliner Schulverwaltung hat 2001 72 Grundschulen aufgelistet, in denen mehr als 50 Prozent der Kinder nichtdeutscher Herkunft sind. Ein Viertel aller türkischen Jugendlichen verläßt die Schule ohne Abschluß, etwas mehr als die Hälfte erreicht gerade den Hauptschulabschluß, nur 8 Prozent schaffen das Abitur. Was wiederum zur Folge hat, daß in Berlin 42 Prozent aller Türken in erwerbsfähigem Alter arbeitslos sind. Ein Teufelskreis: kein Deutsch, kein Schulabschluß, keine Arbeit.

Berlins Schulsenator und Bürgermeister Klaus Böger (SPD) betont: "Da tickt eine sozialpolitische Zeitbombe, zumal ganze Stadtteile umzukippen drohen. ... Bislang wurden die Probleme mit der Integration durch Schönreden vernebelt. ...

Diese Probleme sind nicht auf Berlin beschränkt; an Münchens Hauptschulen übertrifft der Ausländeranteil schon seit 1993 den der einheimischen Kinder.

Der beschriebene Teufelskreis endet aber noch nicht bei der Arbeitslosigkeit. Die natürliche Fortsetzung ist oft die Kriminalität.

1999 stand in der "Süddeutschen Zeitung", Nr. 17: "Hinter Gitter ist die multikulturelle Gesellschaft längst Realität. 40 Prozent oder 5.200 der 13.000 Häftlinge (in Bayern) sind Ausländer, die aus weit über 100 Nationen stammen. Auch die Hälfte der 4.000 Untersuchungshäftlinge hat einen anderen Paß."

In Hessen waren zur gleichen Zeit 50 Prozent der Knackis keine Deutschen.

Unübersehbar sind auch die internen Auseinandersetzungen der Ausländer, allein unter türkischen Staatsangehörigen die zwischen Rechts- und Linksradiكالen, zwischen Kemalisten und Islamisten oder zwischen türkischen und kurdischen Nationalisten. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schrieb später (x268/196):
>>... Es gibt 2 Typen von Einwanderungsländern.

Die einen, wie die USA, legen pedantisch fest, welche Leute sie hereinlassen, ökonomisch und sozial integrieren können. Die anderen, für die es bis jetzt nur ein historisches Beispiel gibt, bevorzugen Zuwanderer, mit denen sie nichts anfangen können, aber die sie wenigstens unterstützen wollen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete (später im Juli 2018) im COMPACT-Spezial Nr. 18 (x322/33-35): >>Erdogans Fünfte Kolonne

_ von Daniell Pföhringer

Berlin, Sonntag, 24. Juni 2018: Auf dem Kursfürstendamm vor der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin feiern in der Dämmerung hunderte Türken ausgelassen den Wahlsieg ihres Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Ganze Wagenkolonnen fahren durch die Straßen, es gibt ohrenbetäubende Hupkonzerte, man hört lauten Jubel und sieht ein Meer roter Halbmond-Fahnen. Szenen wie diese spielen sich an jenem Abend nicht nur in Berlin ab. Auch im Ruhrgebiet, in München, auf der Frankfurter Zeil oder in der Leipziger Eisenbahnstraße gibt es die große Osmanen-Sause. Viel mehr als sonst wird sichtbar, daß ganze Viertel deutscher Groß-

städte bereits zu Klein-Istanbul geworden sind.

Erdogan hatte sich am selben Tag bei der Präsidentenwahl mit rund 53 Prozent der Stimmen schon im ersten Wahlgang souverän gegen seine Mitbewerber durchgesetzt, seine AKP wird bei der zeitgleich stattfindenden Parlamentswahl mit gut 43 Prozent stärkste Partei. Der Jubel auf deutschen Straßen für den faktischen Alleinherrscher am Bosphorus kommt nicht von ungefähr: 67,5 Prozent der Türken in Deutschland - zwei Drittel - hatten ihm ihre Stimme gegeben, in der Hochburg Essen sogar 76,3 Prozent. In der Bundesrepublik lebt knapp die Hälfte aller wahlberechtigten Auslandstürken. Von diesen 1,4 Millionen ging jeder zweite zur Urne. Am Wahlsieg des Sultans von Ankara hatten sie einen großen Anteil.

Am Bosphorus rechts, im Ruhrgebiet links

Auch wenn es zunächst einmal verrückt klingt: Die gleichen Türken, die mehrheitlich den Autokraten Erdogan und seine islamisch-konservative AKP wählen, votieren, sofern sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, bei Bundestagswahlen regelmäßig zu 90 Prozent für linke Parteien.

Ein politischer Widerspruch, der für den Ex-Chefredakteur der Zeitung Cumhuriyet, Can Dündar, jedoch einfach zu erklären ist: "Die meisten sind nicht fanatisch, vielmehr verhalten sie sich migrationsbedingt pragmatisch rational. In der Türkei wählen sie überwiegend den rechten Politiker, der ihnen Selbstvertrauen gibt, in Deutschland Sozialdemokraten und Grüne, die sich für ihre Rechte einsetzen."

Tatsächlich ist es vor allem die SPD, die den sogenannten Deutsch-Türken schon seit vielen Jahren jeden Wunsch förmlich von den Lippen abliest und sich deren Zustimmung mit zahlreichen Wohltaten erkaufte hat. Den Grundstein für die Anatalisierung Deutschlands hat - mit dem Gastarbeiterabkommen - jedoch die CDU im Verein mit den Industrie-Bossen gelegt.

Als die Bundesrepublik in den 1950er Jahren die ersten Arbeitskräfte aus dem Ausland anwarb, florierte die westdeutsche Wirtschaft, und es herrschte nahezu Vollbeschäftigung. Ganz anders in der Türkei: Dort brachten weder Programme zur Stärkung der Landwirtschaft noch Fünfjahrespläne zum Aufbau der Industrie nennenswerte ökonomische Fortschritte. Angesichts des starken Wachstums und der Verknappung des Arbeitskräfteangebots im Inland fürchteten die großen Wirtschaftsverbände der Bonner Republik Lohnsteigerungen, andererseits schien ein weiterer Sprung nach vorn nur durch eine Ausweitung der Automatisierung und damit hohen Investitionen möglich zu sein - oder durch die wesentlich billigere Variante der Ausdehnung der Produktion mittels zusätzlicher Arbeitskräfte.

Man entschied sich für Letzteres. 1955 schloß die Bundesrepublik zunächst ein Gastarbeiterabkommen mit Italien ab, 1960 dann mit Spanien und Griechenland. Ein Jahr später folgte die Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens durch den christdemokratischen Außenminister Heinrich von Brentano. Das hatte nicht nur innenpolitische Gründe. Die türkischstämmige Soziologin Necla Kelek schreibt dazu in ihrem Sammelband Chaos der Kulturen: "Eigentlich brauchte man in Deutschland die türkischen Arbeiterinnen und Arbeiter so dringend nicht. Aber es gab geopolitische Gründe. Die Vereinigten Staaten drängten die Deutschen, die Türkei wirtschaftlich zu stützen."

USA und NATO machten Druck

Zuvor hatte das türkische Militär erfolgreich gegen Ministerpräsident Adnan Menderes geputscht, der den Laizismus zugunsten eines islamischen Staatssystems beseitigen wollte. Die NATO-treuen Generäle forderten für ihre Unterstützung der Eindämmungspolitik des Westens gegenüber Moskau und vor allem Fidel Castro auf Kuba eine Teilhabe am wirtschaftlichen Aufschwung Europas. Ein Hebel war hierbei das Anwerbeabkommen mit Deutschland, ein anderer das Ankara-Abkommen von 1963, das den Türken den Weg in die Zollunion und später zur Assoziierung mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) ebnete sollte. Gleichzeitig sorgte das Gastarbeiterabkommen mit Deutschland für eine Entlastung des Arbeitsmarktes der

von Wirtschaftsmisere, Landflucht und Bevölkerungswachstum geplagten Türkei.

Zwar gab es zunächst Widerstand vom Arbeitsministerium unter Theodor Blank (CDU) und den Gewerkschaften gegen den Zuzug weiterer Gastarbeiter, zumal aus einem ganz anderen Kulturkreis, doch wurden diese Einwände von Brentano beiseite gewischt. Dies geschah nicht zuletzt auch deshalb, weil die Bundesrepublik massiv von den USA unter Druck gesetzt wurde. Immerhin konnte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zunächst erreichen, daß die Arbeitsverträge für türkische Gastarbeiter auf zwei Jahre begrenzt wurden. Man setzte auf das Rotationsprinzip:

Nach Ablauf der Zeit sollte ein Arbeiter aus der Türkei durch einen anderen ersetzt werden. Auch sonst gab es - im Unterschied zu den Abkommen mit europäischen Ländern - spezielle Besonderheiten: Die Anwerbung war ausschließlich für Unverheiratete vorgesehen und ein Familiennachzug wurde explizit ausgeschlossen. Ende der 1960er Jahre - mittlerweile gab es weitere Abkommen mit Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien - wurden allerdings diese Hürden für eine dauerhafte Zuwanderung auf Druck der Arbeitgeber beseitigt.

Die Folge war ein rasanter Anstieg der türkischen Bevölkerung in Westdeutschland. Lebten im Jahr 1960 nur etwa 3.000 Türken in der Bundesrepublik, stieg deren Zahl 1961 auf knapp 7.000 und bis 1971 auf 652.000. Bis 1973 wurde der türkische Arbeitsmarkt um 857.000 Erwerbssuchende entlastet, die Gesamtzahl der Türken hatte sich hierzulande auf 910.000 erhöht. Von der Arbeitsmigration profitierten auch die Angehörigen in der Heimat.

Necla Kelek hierzu: "Die Gastarbeiter, die in der Türkei bald Almancis, Deutschländer, genannt wurden, schickten monatlich einen Teil ihres Lohns aus dem kalten Norden nach Hause. Das war für Anatolien und jede Familie ökonomisch ein Segen. Geschätzt lebten um 1970 bis zu zehn Prozent der dreißig Millionen Menschen in der Türkei teilweise oder ganz von Überweisungen aus Deutschland - die Geburtenrate lag damals in der Westtürkei bei etwa 4,7 Kindern pro Frau und im Osten des Landes bei 7,4 Kindern. Vom damals in Deutschland ersparten Lohn - er war im Durchschnitt viermal so hoch wie in der Türkei - und dem Kindergeld konnte eine ganze Familie leben. ...

Ende der 1970er Jahre betrug die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Türken und 1,2 Millionen. 1981 über 1,5 Millionen. Nach der Wiedervereinigung setzte sich diese Tendenz fort. Im Jahr 1993, also zwanzig Jahre nach dem Anwerbestopp, lebten - trotz der von der Regierung Kohl in den Achtzigern zögerlich in Gang gesetzten Rückkehrförderung - schon 1,8 Millionen Türken in Deutschland, im Jahr 2001 rund zwei Millionen. Derzeit leben in Deutschland etwa 1,5 Millionen Türken, mit den Eingebürgerten sind es rund drei Millionen. ...<<

Der evangelische Theologe und Hochschullehrer Georg Huntemann (1929-2014) berichtete im Jahre 1981 in seinem Buch "Die Zerstörung der Person. Umsturz der Werte – Gotteshaß der Vaterlosen - Feministen" (x889/...): >>... Alle wissen es, daß wir heute in einem Traditionsbruch leben, den man ohne Zögern "gewaltig" nennen kann. Vielleicht kommt da ein ganz neuer, in seinem Denken, Fühlen und Urteilen ganz anderer Mensch auf uns zu!

Zweifellos leben wir in einem Umsturz aller Werte und in einer Auflösung herkömmlicher Ordnungen. Woher kommt das, und wohin führt das? Was ist der Kernprozeß in diesem Umbruch, der uns allen unter die Haut geht? Auf diese Frage will dieses Buch antworten. Hier wird nicht Moral gepredigt, sondern aufgedeckt, warum Moralpredigten sinnlos sind in einer Zeit, in der gerade eben Wert und Sinn des Lebens in die Phase einer Revolution geraten sind. Wer gegen herkömmliche Lebensordnungen revoltiert, will und kann keine Moralpredigten hören! ...

1. Kapitel

Umsturz der Werte

– Ursache und Zukunftsfolgen der Moralrevolution

– Im Prozeß der Auflösung

Es war einmal ein christliches Abendland. In diesem christlichen Abendland galten die in der Bibel geoffenbarten Gebote Gottes als absoluter Maßstab, als ein für die ganze Gesellschaft verpflichtendes Ethos. Dieses christliche Abendland war kein Ort moralischer Vollkommenheit. In diesem christlichen Abendland wurden grausame Kriege geführt, Menschen unterdrückt, ausgebeutet und verfolgt. In diesem christlichen Abendland wurde gegen die Gebote Gottes gelebt und gehandelt. Aber niemals, bis in die Neuzeit hinein und dann zunächst nur am Rande, in den Köpfen einiger revolutionärer Philosophen, wurde das biblische Ethos als solches in Frage gestellt.

Die Gebote Gottes waren nicht wegzudiskutierende Maßstäbe des Lebens, sie stellten vielmehr ihrerseits das Tun und Treiben der Gesellschaft in Frage. Der unangefochtene Anspruch eines absoluten, eben biblisch offenbarten Ethos, war eine Kraft, die aus jedem Dilemma wieder zur Verantwortung rief, die das Böse als Böses und Schuld als Schuld offenbarte. Es gab diese letzte Instanz endgültiger Werte, die in der Unordnung zur Ordnung und in der Ungerechtigkeit zur Gerechtigkeit rufen konnte. Solange das Gebot Gottes als unfehlbare Autorität galt, solange konnte unsere europäische Gesellschaft durch eine permanente Reformation immer wieder zum ursprünglichen Gehorsam zurückgerufen werden.

Unsere gegenwärtige Situation ist die Auflösung dieser Werte nicht in dem Sinne, daß wir gegen das herkömmliche Ethos leben, sondern daß wir es grundsätzlich verneinen. Diese unheimliche, radikale Verneinung ist neu, wir sind ihre Zeugen, obgleich erstaunlich wenig Bürger in unseren europäischen Ländern sich dieser unverhohlenen Zerstörung biblischer Werte bewußt sind. Dem Zusammenbruch der Werte steht der "Abendländer" hilflos gegenüber, weil er gewissenlos geworden ist.

Wo und wie zeigt sich der Zerfall der Werte? Hierzu einige Beispiele:

Eine ausdrücklich unter Gottes Gebot gestellte Ordnung ist die Familie. Das fünfte Gebot "Du sollst Vater und Mutter ehren" schützt eine Lebensordnung, die nach biblischem Verständnis wichtiger ist als der Staat. Die Geschichte des alttestamentlichen Gottesvolkes zeigt, bevor es die Nation, den Staat oder die Gesellschaft gab, war die Familie: Bevor Israel war, war Abraham.

Vater und Mutter stehen in der unmittelbaren Verantwortung vor Gott für ihre Kinder. Aus dieser Verantwortung empfangen sie ihre Autorität, das Leben ihrer Kinder nach Gottes Gebot zu leiten. Diese gottesunmittelbare Autorität und Ordnung der Familie war seit je ein Bollwerk gegen die Verabsolutierung des Staates.

Diese Autorität der Familie, ihre von Gott gesetzte Ordnung wird heute verneint. Abrahams und Noahs Autorität beruhte auf dem Vertrauen zur Autorität Gottes - deswegen konnte Noah die Sintflut überleben und Abraham der Urvater eines Gottesvolkes werden. Sie setzten ihre Autorität nicht aus sich selbst, sondern empfangen sie von Gott, weil sie auf das Wort Gottes hörten. Der Kampf gegen die Autorität der Familie verneint, daß überhaupt Autorität von Gott empfangen und vor Gott verantwortet werden soll.

Die Verneinung der Autorität der Familie ist aber auch die Verneinung der Freiheit der Familie, sie bedeutet (und will dies auch bewußt) die Auflösung der Familie. Der Familie übergeordnet wird heute die Gesellschaft. Eltern haben nicht mehr die "elterliche Gewalt" (Vollmacht im Sinne einer Gott gegenüber zu verantwortenden Autorität), sondern nur noch ein "Sorgerecht", das sie in der Verantwortung nun nicht mehr gegenüber Gott, sondern gegenüber der Gesellschaft wahrnehmen.

Das Wort Gott, Name oder Inhalt der Gebote, überhaupt ein absolutes Ethos, das man anerkennt, sind aus allen Texten, die heute Regeln menschlichen Zusammenlebens vorschreiben, verschwunden. Diese Gesellschaft verlangt (vgl. den Zweiten Familienbericht des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit von 1975), gegen noch geltendes Recht, "daß

die Eltern der einsichtsfähigen Kinder nach Möglichkeit Rücksicht nehmen und bei Maßnahmen im Rahmen des Sorgerechtes durch verständnisvolle Aussprache eine Einigung mit dem Kinde anstreben".

Was ist unter dieser "Einigung" zu verstehen? Auf alle Fälle müssen die Regeln dieser Einigung dem "sozialen und gesellschaftlichen Wandel", angepaßt sein. Diesem Zweck soll die Wissenschaft dienen. Aber – "da sich die gesellschaftliche Realität im Zeitablauf ständig wandelt und auch die politischen Maßnahmen Veränderungsprozessen unterliegen, kann dieser Erkenntnisprozeß zu keinem Zeitpunkt als abgeschlossen angesehen werden".

Was also in einer Familie verbindlich zu geschehen hat, sagt eine sich fortwährend ändernde Gesellschaft mit einer sich ebenfalls fortwährend ändernden Erkenntnis der Wissenschaft. Alles ist und bleibt für alle Zeiten im Fluß, heute so, morgen anders. Heute kann die geforderte Einigung mit dem Kinde darin bestehen, daß dem Kind Recht auf sexuelle Selbstverwirklichung eingeräumt wird, und morgen kann dieser Anspruch auf geschlechtliche Verwirklichung die Zulassung homosexueller Praktiken bedeuten.

Man möchte hoffen, daß solche Ansprüche auf Selbstverwirklichung doch wohl übertrieben sind. Die Realität ist aber nun einmal, daß ein vierzehnjähriger Schüler 1979 in Bonn anläßlich einer Feier zum "Jahre des Kindes", in Gegenwart des damaligen Bundespräsidenten Scheel und der Ministerin Huber öffentlich folgende Forderung nach Selbstverwirklichung bekundete:

"Ich bin ein sexuelles Wesen und will diese Sexualität auch voll ausleben - mit Erwachsenen, mit Vierzehnjährigen, mit Sechzehnjährigen, mit Achtzehnjährigen, mit Jungen und Mädchen, mit Männern und mit Frauen; es ist egal, welches Geschlecht und wie alt. Liebe brauche ich mehr als alles andere, aber gerade Liebe bekomme ich keine, weil andere Sachen angeblich wichtiger sind - wie Schule, Lernen, Studieren, Geld verdienen.

Deshalb darf ich meine Gefühle nicht ausleben, deshalb gibt es Gesetze, die mich zwingen, sechs Stunden am Tage irgendeinen Mist zu lernen; da mache ich nicht mehr mit, ich lerne nur noch die Sachen, die ich lernen will, ich werde nur noch nach meinen Gefühlen leben, ich werde versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, frei zu sein, und ihr werdet versuchen, mich totzuschlagen, werdet mich auslachen und mich für verrückt erklären, nur um nicht über eure eigene Kaputtheit nachzudenken.

Ich brauche euch nicht! Ich finde, in Familien ist es so gut wie unmöglich, daß die Kinder frei leben, und daß sie lernen, ihre Wünsche zu artikulieren und auszuleben. In der Familie lernt das Kind nur eins: Zu gehorchen und seine Wünsche zu unterdrücken. Das soll man aber nicht tun; nur wer sich einmal gegen seinen Vater wehrt, der gehorcht auch später vielleicht seinen Lehrern nicht und noch später seinem Chef nicht.

Für solche Kinder gibt es dann die staatlichen Erziehungsheime. Diese Gefängnisse sind zur Zeit die einzige Alternative zur Familie. Auf die Idee, daß wir selbst am besten wissen, was gut für uns ist, kommt keiner. Entweder werden wir von unseren Eltern bevormundet oder vom Staat. Was wir wollen, ist scheinbar egal, wir sollen vergessen, was wir wollen." (Zitiert von Christa Meves in "Godesberger Resolution. Beiträge, Proteste". Bremer Studienhefte, 1980)

Die Gesellschaft - wir werden noch auf die Bedeutung dieses neuen Abgottes zu sprechen kommen - ist allmächtig und allwissend. Sie selbst kennt keine absoluten Maßstäbe, da sie im ständigen Fluß der Veränderungen lebt und mit ihr Gut und Böse, Wahrheit und Lüge, Richtig und Falsch.

Je weniger Autorität bei der Familie, um so mehr Macht hat die Gesellschaft. Alle Macht der Gesellschaft - das ist das äußere Kennzeichen einer Moralrevolution, die an jedem Verstoß gegen jedes einzelne der zehn Gebote nachgewiesen werden kann. Moralrevolution ist Entautorisierung des biblischen Gebotes zum Zwecke der Autorisierung des Kollektivs!

Das Gebot "Du sollst nicht stehlen" schützt die von Gott gesetzte Ordnung des Eigentums. Eigentum ist nicht der Gesellschaft, sondern der Familie zugeordnet. Das biblische Gesetz schützt nicht nur das Eigentum, sondern in der mosaischen Ordnung des Sabbat und Jubeljahres soll jeder - auch wenn er sein Eigentum schuldhaft verloren hat - wieder zu seinem Eigentum kommen können. Die Verproletarisierung der Gesellschaft soll nicht sein. Gottes ist die Erde, er hat sie dem Menschen anvertraut - nicht der Gesellschaft, sondern dem einzelnen. Dieser soll zum Bilde Gottes geschaffen in freier, persönlicher Entfaltung seine schöpferischen Kräfte in dem ihm eigenen, d.h. ihm zugeeigneten Schöpfungsbereich, durch sein personales Tätigsein entfalten.

In einem gigantischen Prozeß technokratischer und gesellschaftlicher Revolution spielt sich ein ebenso gigantischer Prozeß der Enteignung des einzelnen ab. Wie weit im industriellen Mammutismus überhaupt noch Eigentum praktizierbar bleibt, ist eine Frage - ob wir aber Eigentum als Gottesgebot und damit als Ziel gesellschaftlichen Lebens trotz aller Widerstände technokratischer Lebensgestaltung bezeugen, zum Sinn und zur Aufgabe eines personalen und freiheitlichen Daseins erheben wollen, ist die andere Frage.

Diese Frage wurde in der Moralrevolution mit Nein beantwortet und praktiziert. Inflation und steuerliche Konfiskation, industrielle Expansion und Konzentration treiben die Enteignung des Lebens mit eskalierender Geschwindigkeit voran. Die Monopolstellung des Staates in Verwaltung, Bildung und Wirtschaft weitet sich immer mehr aus:

Nur im Sozialismus vollendet sich die Demokratie - das ist das Grundpostulat der gesellschaftlichen Moralrevolution. Die Fundamentaldemokratisierung der Wirtschaft hat die totale Disparität von Einzelverantwortung und Eigentum zum Ziel.

Das Postulat Mitbestimmung erstreckt sich dabei nicht nur auf die wirtschaftliche Produktion (vgl. Herbert Marcuse "Repressive Toleranz", 1969, S. 121), sondern auch auf die geistige Tätigkeit, wenn die Aufhebung des Tendenzschutzes verlangt wird und Mitbestimmung in letzter Konsequenz die private Meinungsäußerung in Wort, Bild, Ton und Schrift aufheben will mit dem Ziel, daß eben nicht der einzelne, sondern nur das Kollektiv "schöpferisch" sein darf.

In dieser letzten Konsequenz hätte die Sekretärin, die eine Doktorarbeit mit der Schreibmaschine schreibt, das Mitbestimmungsrecht über den geistigen Inhalt. Wissenschaftliche Arbeit soll der Gruppe zugeordnet werden. Das sind nicht nur gegenstandslose Ängste, sondern klipp und klar ausgesprochene Zielsetzungen politischer Sozialrevolutionäre. So schreibt Fritz Vilmar (in "Strategien der Demokratisierung", Bd. 1, 1973):

"Die Revolution hat schon begonnen. Orthodoxe Linke halten immer noch Ausschau nach Opas Revolution als einer, die hereinbrechen soll, wie ein grandioses Gewitter ... Der vom autoritären Vater, Lehrer, Fernsehen und Pfarrer vorgeprägte Sechzehnjährige wird in der Disziplinierung und Leistungskontrolle des Kapitals, die in Gestalt seines Meisters oder Bürochefs ihm begegnet, keine besonders fragwürdige, gar menschenunwürdige Herrschaft empfinden.

Daher gilt auch umgekehrt: Bröckeln die autoritären Strukturen in Familie und Schule, Universität und Kirche, Verwaltung und Massenmedien ab, so wird die Aufrechterhaltung eben dieser Strukturen im Zentralsystem der profiterzeugenden Arbeitswelt immer schwieriger." Durch eine "multifrontale Transformationspraxis", d.h. durch die Praxis an vielen Fronten (Familie, Schule, Massenmedien, Arbeitswelt) soll die Revolution aller Lebensbereiche im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung verwirklicht werden.

Anscheinend geht der Kampf gegen Profitsucht, Kapitalismus und Ausbeutung - im Kern aber wird die totale Vergesellschaftung jeden menschlichen Tätigseins gewollt und mit einer von der Mehrheit der Bevölkerung gar nicht verstandenen Strategie Zug um Zug verwirklicht:

– Du bist nichts, dein Volk ist alles – war ein Schlagwort des Nationalsozialismus.

– Du bist nichts, die Gesellschaft ist alles, ist das Leitwort der modernen Moral - Gesellschaftsrevolution.

An Beispielen aus den Schöpfungsordnungsbereichen Familie und Eigentum sind einige wertumstürzende Faktoren aufgezeigt worden. Die Beispiele zum Gebot "Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten" könnten vor allem aus dem Bereich der Massenmedien entnommen werden, die Tag für Tag ein Bild über die Wirklichkeit aufrichten, das eben Wirklichkeit nicht übermittelt, sondern entstellt.

In diesem Zusammenhang hat ein klassischer Vertreter der sogenannten moralrevolutionierenden kritischen Theorie, Herbert Marcuse die Theorie aufgestellt, daß die Lüge die Wahrheit des zukünftigen Sozialismus bewahren kann. Er verteidigt damit die Propaganda des Sowjetkommunismus und dessen Diskrepanz zwischen Illusion und Realität.

Er meint, die Theorie dieses Kommunismus sei zwar unwissenschaftlich und verlogen, aber die Illusion solle das Verhalten der Bürger anleiten, und die Lüge entfalte schließlich die Idee des Sozialismus. Die selektive Methode moderner Massenmedien, nämlich durch Tendenz geleitet, jeweils Ausschnitte aus Wirklichkeitsbereichen zu vermitteln, wird hiermit genauso gerechtfertigt wie die totale Entstellung von Wirklichkeitsgehalten, wenn nur die Lüge den zukünftigen Sozialismus bewahrt.

Wird die ethische Ordnung einer Gesellschaft zerstört, dann wird über kurz oder lang die Rechtssprechung mit einer Veränderung des geschriebenen Rechtes folgen. Das ist die letzte Konsequenz: Aus dem Rechtsstaat wird ein Unrechtsstaat. Dazu ein Beispiel, das für viele andere gelten kann. Der Strafrechtler Eberhard Schmidhäuser schrieb schon 1970 in seinem "Strafrecht allgemeiner Teil", daß das Rechtsgut nicht als absolut gelte, sondern abhängе vom Urteil des Gemeinwesens:

"Nur soweit etwas in einem Gemeinwesen für wertvoll erachtet, also als gut anerkannt wird, kann eine Mißachtung dieses Gutes und damit ein Verbrechen vorliegen." Entscheidend für die Beurteilung über Gut und Böse, Recht und Unrecht ist nicht eine absolute Moral: "Maßgebend ist also die allgemeine Moral, verstanden im Sinne derjenigen ethischen Werte, deren Anerkennung im Bereich unserer Kultur beim Erwachsenen regelmäßig vorausgesetzt werden darf".

Strafrecht orientiert sich also nicht mehr nach dem offenbarten Gesetz Gottes oder nach dem als unwandelbar angesehenen Naturrecht des Menschen, sondern nach den wechselnden Verhaltensweisen eines sich wandelnden Kollektivs. Da die Gesellschaft permanent in einem tiefgreifenden Wandel ist, wächst die Unsicherheit und damit die Flut der Gesetze, die für eine jeweils neue Situation mit einer neuen Verordnung Regulative schaffen müssen. Die Inflation des Geldes meldet den steigenden Wertverlust des Geldes. Die Inflation der Gesetze meldet den Rechtsverlust einer Gesellschaft. Unsicherheit der Währung und Unsicherheit des Rechtes zeigen aber immer die Auflösung einer Gesellschaft.

Die Unbestimmtheit der nun zu erwartenden Gesetze, ihre Willkürlichkeit angesichts einer sich verändernden Gesellschaft produziert Rechtsunsicherheit. Gleichzeitig aber wird jeder in dieser Gesellschaft schuldig. Weil er die Gesetze nicht mehr übersieht, muß jeder Bürger damit rechnen, gegen Gesetze, die er gar nicht kennt, permanent zu verstoßen.

So wird jeder zu einem Angeklagten und die Gesellschaft zu einer Gesellschaft von Angeklagten. Angst, Unmündigkeit, schlechtes Gewissen, Furcht vor Funktionären und "Rechtsunlust" - diese Elemente betreiben die Auflösung eines Staatswesens, an dessen Ende nur die Diktatur - als Gipfel willkürlicher Machtausübung - die Funktionsfähigkeit eines Gemeinwesens "retten" kann.

Christliche Existenz gibt es schon heute nur noch in einer nach modernen Maßstäben zu beurteilenden Randgruppenmoral, denn wer - um nur ein Beispiel zu nennen - die Ehe als Gebot Gottes wertet und ihre Auflösung als Schuld, der setzt Schuldprinzip gegen Zerrüttungsprin-

zip - und moderne Rechtspflege hat ja gerade dieses Schuldprinzip durch das Zerrüttungsprinzip aufgehoben. Die Sprache des Rechts ist so sehr "christentumsverfremdend" geworden, daß beispielsweise Homosexualität nicht mehr in einen Zusammenhang gebracht wird mit "Schuld" oder "abnorm", "unmoralisch" oder "sittenwidrig", sondern einfach als "anderes Verhalten" eingestuft wird.

Am Ende einer solchen, biblisches Ethos zerstörenden Moralrevolution, steht schließlich das Verbot der Bibel, denn nach den Regeln einer "repressiven Toleranz" muß, was sich selbst absolut setzt, von einer werterelativierenden Gesellschaft als friedestörend verneint werden.

Die Doktrin der Moralrevolution

Die letzte Ursache der Auflösung des biblischen Ethos für unsere Gesellschaft liegt in der Gottesverlorenheit gegenwärtigen Menschseins. Glaube an Gott und Gottes Gebote sind untrennbar - es gibt kein Gebot ohne den Gebieter. Wir werden diesen unauflösbaren Zusammenhang, der nur von der Bibel her zu verstehen ist, noch weiter bedenken.

Zunächst müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die gegenwärtige Moralrevolution eine klare, begrifflich faßbare Doktrin hat. Die Revolution der Moral hat ihre Strategie und ihre Strategen - eine Armee von Professoren, Lehrern, Soziologen und Journalisten.

Sie alle haben direkt oder indirekt ihre geistigen Väter in der sogenannten "kritischen Theorie, die mit dem Schlagwort **"Frankfurter Schule"** sei es zu Recht oder zu Unrecht - bekannt wurde und mit Namen wie **Adorno, Horkheimer, Marcuse und Habermas** verbunden ist. Diese sogenannte **"Frankfurter Schule"** oder "kritische Theorie" versteht sich nicht als ein Philosophenclub unter anderen, sondern als sichtbarer **Gipfel eines Eisberges aus dem gewaltigen Untergrund des Umsturzes aller Werte.**

Die Begriffswelt der kritischen Theorie, wie sie sich unter anderem in der Frankfurter Schule darstellt, ist mittlerweile schon so bekannt und regiert unsere Universitäten, Schulen und Massenmedien bereits in einem solchen Maße, daß eine zusammenfassende Darstellung dieser intellektuellen Repräsentation gegenwärtiger Moralrevolution genügt.

1. In der Absicht, über die Natur herrschend zu werden, ist der Mensch - so meint die kritische Theorie, selbst in Herrschaft hineingeraten. Herrschaftsdenken ist instrumentales, technokratisches Denken im Willen zur Macht. Durch diesen Willen zur Macht wurden Herrschaftsstrukturen geschaffen, in denen der Mensch über den Menschen herrscht.

Die Geschichte ist nach dem Verständnis dieser Philosophie nach dem Verlust eines glücklich ausgesöhnten Lebens mit der Natur zur Geschichte eines Irrweges der Macht geworden, der in den Gaskammern von Auschwitz sein vorläufiges Ende gefunden hat. Auch zweitausendjährige Geschichte christlichen Abendlandes sind zweitausend Jahre eines Herrschaftssystems innerhalb dieses beklemmenden Irrweges von der Steinschleuder bis zum Holocaust.

2. Jegliche Art von Herrschaft und damit auch jegliche Form von Autoritätsanspruch muß - so fordert die kritische Theorie - verneint werden. Das heteronome, etwa durch ein Gebot, durch ein "du sollst" an den Menschen herangetragenethos, ist schon Herrschaftsanspruch und deswegen zu verneinen. Spontanes und kreatives, fröhliches und glückspendendes Denken und Fühlen, Seele, Trieb, Herz und Kopf sind durch die in Fleisch und Blut eingegangenen Herrschaftsstrukturen kaputt gemacht worden.

Analytisches Denken und Sprechen, also daß es Subjekt und Objekt in einem Satz gibt, daß es Haupt- und Zeitwörter gibt, daß einige Worte groß und andere klein geschrieben werden, zeigt den Triumph von Herrschaftsstrukturen, die durch eine moderne Pädagogik (vgl. Ganzheitsmethode, Kleinschriftsystem usw.) schnellstens überwunden werden müssen.

Die Beherrschung der Sexualität, Gehorsam gegenüber Eltern, Scham, Ehrfurcht und Tabu sind Beispiele für - so meinen die Moralrevolutionäre - Unterdrückungsmechanismen in menschlicher Selbstverfremdung. Der archaische Urstand, der als Idylle einer Herrschaftslosigkeit verstanden wird, muß auch der Endzustand der Geschichte werden. Der Kampf gegen

die Repression ist Kampf gegen Autorität und gegen die Unterdrückung der Lust. Autoritätslos und lustbetont soll der Mensch leben, um die Freiheit wiederzugewinnen, die er in einer Geschichte verloren hat, die durch sukzessive Unterdrückung und Verdrängung von Lust ihren traurigen Lauf nahm (Marcuse).

3. Auch Personsein, als Individuum leben, bedeutet durch Herrschaftsstruktur entstelltes, dem wirklichen Dasein entfremdetes Leben. Theodor W. Adorno fordert (in seiner "Negativen Dialektik" 1966, S. 272) die Auflösung des Subjektes, "die opferlose Nichtidentität". Human sind Menschen nach seiner Meinung nur dort, "wo sie nicht als Person agieren und gar als solche sich setzen; das Diffuse der Natur, darin sie nicht Person sind, ähnelt der Linearität eines intelligiblen (erkennbaren) Wesens, jenes Selbst, das vom Ich erlöst wäre."

Die repressionsfreie Identität meint ein Leben, das frei wird von der Herrschaftsstruktur des Willens, der Triebunterdrückung, der Qual, anders sein zu wollen als die anderen, weil man eben "selbst" sein will. Jürgen Habermas erwartet (in seiner "Rekonstruktion des historischen Materialismus" 1976) am Ende der Hochreligionen, zu denen für ihn natürlich auch das Christentum zählt, eine neue kollektive Identität: Nach der Auflösung herkömmlicher, herrschaftsstrukturierter Gruppen wie Familie, Staat, Nation wird der personfreie Mensch ganz in die Gruppe, also in das Kollektiv aufgehen.

Die Identität hat dann in der Gruppe keine festen Inhalte mehr, Rollen und Normen sind beliebig austauschbar, die Hausfrau wird Kauffrau, der Kaufmann wird Hausmann, der Vater wird Mutter und die Mutter wird Vater - bis zu der Grenze, die die Natur selbst (wohl zum Ärger dieser Moralrevolutionäre) gesetzt hat. Das eigene, individuell geprägte Personsein wird aufgehoben, alles was der einzelne tun darf, sollen Funktionsbezüge der Gruppe sein. Ohne die Gruppe, die ihm austauschbare Funktionen zuweist, ist er nichts, in und mit der Gruppe ist er alles. Die gruppenspezifischen Experimente, vor allem das in ihnen praktizierte Rollenspiel, sollen die Person "verflüssigen", "entsteinen" und letztlich aufheben.

In diesem Zusammenhang ist von der "Reziprozität der Rollen", die Rede. Dieser Ausdruck meint, daß Gruppenerwartung und Rolle einander entsprechen müssen. Der einzelne verantwortet sich der Gruppe, sie überträgt ihm die immer neuen, immer wieder auszuwechselnden Verhaltensweisen. Dadurch bleibt ausgeschlossen, daß sich Individualität bildet. Die Identität des einzelnen mit sich selbst soll es nicht geben, sondern nur die Identität des einzelnen mit der Gruppe.

4. Herkömmliche Autorität soll zerstört werden - die neue Autorität ist die Gruppe oder das Kollektiv. Das Kollektiv setzt Ethos aus sich. Das Ethos entsteht erst durch die Diskussion in der Gruppe. Voraussetzung für diese Diskussion ist der herrschaftsfreie Raum. Diskutieren darf nur, der nicht unter einem "herrschaftslegitimierenden Weltbild", steht. Ein herrschaftslegitimierendes Weltbild hat aber nach Meinung der Sozialrevolutionäre der christliche Glaube. Wer Gott als den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde bekennt, steht unter einem herrschaftslegitimierenden Weltbild, muß also außerhalb des Diskurses der Gruppe bleiben, die Ethos "macht".

Natürlich sind keinerlei ethische Maßstäbe erlaubt - wer an diesem Diskurs teilnimmt, darf "nichts mitbringen". Herkömmliches Ethos muß an der Tür abgegeben werden, denn die Kriterien in der Unterscheidung zwischen Gut (gleich gesellschaftlich adäquat) und Böse (gleich gesellschaftsfeindlich) werden ja erst im Prozeß der Diskussion entfaltet. Es geht in diesem Diskurs der herrschaftsfreien Gruppe nicht um "die Idee der Wahrheit", das wäre ja wieder Herrschaftsstruktur, sondern um den "Konsensus" (man spricht deswegen von einer Konsensethik der kritischen Theorie) der Gruppe.

Der Konsensus ist die Einigung einer Gruppe durch Diskussion darüber, welche Verhaltensregeln für das Zusammenleben jeweils für eine bestimmte Zeit aufgestellt werden sollen. Denn auch die Gruppe kommt zu keinem endgültigen, sondern immer nur zu einem vorläufigen Er-

gebnis durch den jeweiligen Konsensus. Der Diskurs ist unendlich, er setzt immer wieder einen neuen Konsensus, der immer wieder in Frage gestellt wird und den immer wieder neuen Diskurs fordert. Die unendliche Diskussion in der Gruppe ist also der neue Gott, der neue Gebote gibt, der immer wieder andere Gott, der immer wieder andere Gebote setzt.

5. Das Absolute (wie in der Bibel offenbart) darf es also nicht geben - alles ist in einem stetigen Fluß. Aus biblischer Sicht ist das ein Rückfall in das Heidentum. Wechselhafte Schicksale und der Natur unterworfenen Götter, die nach Paulus (1. Korinther 10) Nichtse im Sinne aggressiver Dämonen sind, die zerstören wollen was ist, kehren zurück! Die kritische Theorie verneint den Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit, der unwandelbar ist, den Felsen Israels, der dem, was nicht ist, ruft, daß es sei. Durch die Strategie des "Konfliktes" und der "Hinterfragung", wird der Anspruch des Absoluten destruiert. Vor allem wird die Konfliktstrategie und Hinterfragung gegen ein sich absolut verstehendes Ordnungsethos eingesetzt.

Durch die Hinterfragung soll herauskommen, daß alle absoluten Werte und Ordnungen durch Herrschaftswillen und Lustverdrängungen motiviert sind: Ehe und Familie sind motiviert durch den Machtwillen des Vaters, der Glaube an den gnädigen Gott im Zusammenhang mit Sündenbewußtsein ist motiviert durch den Ödipuskomplex.

Die Strategie der Hinterfragung darf nicht als eine Interview-Technik verkannt werden (die es übrigens auch gibt), sie ist die Art einer Darstellung von Überzeugungen in Massenmedien und Schulbüchern, durch die Werte wie Gott, Staat, Glaube, Familie, Kirche, Scham und alle Gebote in Frage gestellt werden dadurch, daß eben diese Werte (übrigens hier analog dem Marxismus) als jeweiliger Überbau gesellschaftlicher Verhältnisse madig gemacht werden.

6. Die Konfliktstrategie ist das andere, ebenfalls strategische Element der Zerstörung herkömmlicher, biblisch bezeugter Ordnung. Die - nach der Meinung der kritischen Theorie - durch herrschaftslegitimierende, repressive Weltbilder entstandenen Lebensordnungen wie Ehe, Familie, eigentumsorientierte Wirtschaft müssen in ihrem Konflikt mit dem eigentlichen, lustbetonten, sich nach Gruppengeborgenheit sehnenden Bedürfnissen aufgezeigt werden. Arbeitswelt, Ehe, Familie, Geschichte usw., also alle herkömmlichen Werte werden nur im Konflikt dargestellt.

Die Welt überhaupt ist kaputt und muß als kaputte Welt vorgestellt werden. Es gibt keine glückliche Ehe, sondern nur die kaputte Ehe; es gibt keine Geborgenheit in der Familie, sondern es gibt nur Unterdrückung in der Familie, die unter dem Herrschaftswillen des Vaters dahinsiecht.

Der Massenmedienkonsument sieht also nur noch eine ruinierte, sich dahinschleppende Umwelt. Der Konflikt soll die Ordnungen aber eben nicht als gestörte Ordnungen heilen, sondern als unmögliche Herrschaftsstrukturen verneinen. Kleine Anlässe alltäglicher Art werden zum Konflikt aufgebaut, wie der Streit um ein Schauspiel- oder Jugendhaus, um leerstehende Wohnungen, um Protest gegen einen politisch unbeliebten Redner. Der Konflikt schafft revolutionäres Bewußtsein, das zur Aktion gegen bestehende Autorität motivieren soll.

Hinterfragung und Konflikt sind für die junge Generation schon so sehr zu einem Bestandteil ihres Lebensstiles geworden - sie sind bereits so sehr indoktriniert - daß sie gar nicht hören oder sehen können, ohne das Gehörte und Gesehene zu unterfragen und als Konflikt zu erleben. Der Konflikt wird schließlich in jede Lebenssituation hineinprojiziert. Selbstzerstörung als Klassenkampf in allen Bereichen unserer Gesellschaft ist in voller Entfaltung ohne daß die Strategie dieser Zerstörung in ihrer heimlich-unheimlichen Untergründigkeit eingesehen und erkannt wird.

Ohne Gebieter kein Gebot

Wer heute als Funktionär Gesellschaft repräsentiert, eben Wirtschaft, Schule und Medien funktionieren läßt, hat keine Grundsätze und darf sie nicht haben, denn "Anpassung" und nicht "überzeugt sein", lautet die Forderung der Gruppe. Nicht Charakter, sondern Charakter-

losigkeit ist gefragt. Persönlichkeit kann eine Gruppe nicht ertragen, an die Stelle der Persönlichkeit tritt der Funktionär.

Der "Funktionär" ist die passende und damit klassische Bezeichnung für die Wirklichkeit der gegenwärtig Herrschenden, weil sie ja Persönlichkeit aufgegeben haben und sich gern "verflüssigen" lassen, um sich ganz und gar der Gruppe einzufügen. Diese verflüssigten, damit austauschbaren und zu verfunktionierenden Gestalten sind die Herren unserer Zeit.

Ohne die Gruppe, ohne Partei, Elternrat, Betriebsrat, Gewerkschaft - also ohne Verpolitisierung aller Lebensbereiche wären sie sinn- und arbeitslos. Sie sind pausenlos tätig - aber völlig unschöpferisch. Ihr Feind ist das Feste, Grundsätzliche und Unwandelbare. Sie betreiben den Weg des Uferlosen im Kollektivieren. Sie sind perfekt - und das ist ihr Sinn und Wert - im Herstellen des Konsensus einer Gruppe. Ihre Gabe, die sie so mächtig macht, ist ihre Fähigkeit, zu sensibilisieren, was die Gruppe will. Das setzt totale Anpassungsfähigkeit mit der Bereitschaft, charakterlos zu agieren, voraus.

Ihre totale, charakterlose und Werte abschwörende, in jedem Fall auch gewissenlose Anpassungsfähigkeit um jeden Preis, ihre Hingabe an jede Situation und jedes Verlangen der Gruppe kann als Prostitution der Persönlichkeit vom biblischen Personverständnis her beurteilt werden. Sie sind nie in Verantwortung zu nehmen, sie sind immer durch die Gruppe, mit der sie sich identifizieren, gedeckt. Sie selbst bleiben anonym und damit für Verantwortung unfassbar. Das "Regime der Manager", in einem der großen Analysen unserer Zeit von J. Burnham 1948 vorausgesagt, strebt in lautloser Revolution seiner Totalität entgegen.

Diese Revolution des Kollektivismus ist eine brutale Herausforderung des biblischen Personalismus. Person kommt von personare: durchrufen! Personsein lebt vom Anruf Gottes, von diesem einen, klaren Ruf, der nicht *aus* uns, sondern *über* uns kommt: "Höre Israel, der Herr unser Gott ist ein einziger Gott!" Person ist frei, weil Gott frei ist, ist alles erlaubt, nur der Wille Gottes regiert. Die Person ist nicht der Gruppe, der Natur, den Schicksalsmächten, den Göttern, den Halbgötter-Diktatoren unterworfen. Der von Gott Angerufene ist nur ihm, seinem Gebot, seinem Anruf gegenüber verantwortlich.

Heidentum bedeutet Unfreiheit, Diktatur des unwiderstehlichen und unbegreiflichen Schicksals, heißt unterworfen sein dem Kreislauf der Mächte der Natur, Verfallenheit an Todesmächte, Diktatur der Pharaonen und Cäsaren, die sich als Halbgötter nur auf sich berufen und verantwortungslos ihrer Willkür leben.

Das nachchristliche Heidentum will in diese anonyme, grauenhaftwillkürliche, gottverlassene Sklaverei zurückführen. ...

2. Kapitel

Gottshaß der Vaterlosen

– Krise und Kampf um die Vollmacht der Autorität

– Die Stunde der Chaoten

Bilder des Aufruhrs verhäßlichen die Städte westlicher Demokratien zu verschiedenen Zeiten mit verschiedenen Schwerpunkten: Paris, Amsterdam, Zürich, Berlin, Bremen, Brokdorf, Frankfurt, Freiburg, Nürnberg und fast überall in Amerika. Unerwartet und zunächst unerklärlich können Wogen chaotischer Unruhe emporschnellen. Plötzlich sind sie da mit langen Beinen, in farblosen Jeans, kaum zu unterscheiden Männlein und Fräulein!

Bei aller Unordnung waltet erstaunliche Disziplin im Aufmarsch mit Kindern, Kinderwagen und Sturzhelmen. Der Protest ist wie eine Stimme, das Gebrüll meldet Kampftenschlossenheit. Straßen werden aufgerissen, Steine fliegen. Wir sehen die geschlossenen Formationen der Polizei und spüren die unmittelbar unter die Haut gehende Atmosphäre – unheimlich und bedrückend, geprägt durch Haß und Angst.

Was melden diese vulkanischen Aufbrüche in unserer Gesellschaft? Eigentlich sollte es keiner Frage bedürfen. Die da protestieren sagen ja, warum sie sich zusammenrotten: Sie wollen frei-

stehende Wohnungen, einen verhassten Politiker am Reden hindern, die Errichtung eines Jugendhauses erzwingen, die Vereidigung von jungen Soldaten stören, die Errichtung eines Atomkraftwerkes stoppen, die Freiheit für Abtreibung proklamieren, die Erhöhung eines Verkehrstarifs unterbinden usw.

Aber zeigen diese Postulate die eigentliche Ursache des Aufbruchs? Es geht sicherlich *auch* um diese konkreten Ziele bei chaotischem Aufruhr – aber sicherlich sind sie nur seichte Vordergründigkeiten eines unheimlichen Hintergrundes.

Die nach allen bürgerlichen Maßstäben unordentlichen, blassen, manchmal böartig blickenden, sich dann wieder wie Kinder aneinander festhaltenden und auf bunten Wiesen träumenden und wie Hirtenknaben spielenden, mit Mofas röhrend durch die Straßen orgelnden und dann wieder in Zärtlichkeit prassenden, eben äußerlich gar nicht voneinander zu unterscheidenden, viel zu lang geratenen Knaben und Mädchen wollen mehr als das, was sie gerade hier oder da, bei diesem oder jenem Happening in Sprechchören oder auf Transparenten bekunden – sie wollen letztlich den Gottes- und Vaternord.

Sie wollen sich aneinander festhalten – sie ersehnen Schutz in der Macht ihrer Gesellschaft, in ihren Kommunen, in ihren Kollektivs. Sie begehren nicht den Himmel, sie wollen die Erde. Sie hassen den Vater, aber lieben den Bruder. Sie wollen nicht hören, sie möchten fühlen und schreien, sie wollen nicht wollen. Paradox also: Sie wollen, daß sie nicht wollen müssen!

Sie erstreben nicht den Fortschritt – weder für sich noch für die Gesellschaft -, sondern sie möchten Ruhe und Frieden – die Idylle. Ihr Leitwort heißt nicht Pflicht, sondern Lust – sie wollen nicht inneres Chaos überwinden, sondern ohne Schlips und Kragen tun, wozu sie Lust haben. Sie haben und erstreben kein Ziel. Sie möchten sich treiben lassen. Ihr Wunsch ist nicht Verantwortung, Beruf und Eigentum, sondern ihr Verlangen zielt nach verantwortungsloser Geborgenheit im Kollektiv der Gütergemeinschaft.

Sind diese Horden junger Menschen harmlose Sekten unter anderen Sekten? Geht es hier nur um bunte Randerscheinungen einer einfarbig und langweilig gewordenen Zivilisation? Wird sich alles wieder normalisieren, wenn die Knaben Männer geworden sind? Oder leben wir – ohne es zu wissen – in einer tiefgreifenden Revolution, die bislang nur einige Soziologen, aber längst noch nicht alle Bürger erkannt haben?

Ich meine, wir leben in solch einer Revolution, und ich nenne sie die Revolution des Gottes- und Vaternordes. Wenn ich von dieser Revolution des Gottes- und Vaternordes schreibe, dann denke ich natürlich nicht nur an die Krawalle, die unseren Städten solch unerfreuliche Abwechslung verschaffen. Das Außergewöhnliche ist nur der Gipfel eines Eisberges, einer tiefgreifenden Umwälzung eines Lebensgefüges, das wir christlich-abendländisch nannten. Diese Revolution hat auch nicht nur jene erfaßt, die hin und wieder in Horden durch die Straßen unserer Städte toben, sondern heimlich unheimlich ist sie in uns alle eingebrochen.

Diese Revolution hat ihre Doktrin, sie hat ihren Lebensstil, sie hat ihre eigene Sprache, sie hat – in der Politik, in Universitäten und Schulen – ihre Strategie, und sie hat ihre Funktionäre – kurzum, sie hat alles, was eine Revolution braucht. Sie hat vor allem – und damit sind wir als Christen angesprochen – ihre Stunde: die Stunde der leeren Kirchen, der zerfallenen Gemeinden, der Auflösung der Bekenntnisse!

Dieser Revolution steht nichts entgegen!

Bedenken wir zunächst: Diese Revolution hat ihre Ideologie.

Geschichte der Menschheit – so hörten wir es in der kritischen Theorie der Frankfurter Schule – sei die Geschichte der Herrschaft des Menschen über den Menschen. Des Menschen Leid sei die Struktur der Herrschaft – damit eben auch das System der Autorität, wo immer wir ihm begegnen, sei es in der Familie, sei es in der Schule, sei es in der Gesellschaft. Die Geschichte – bis jetzt – sei nach dem Urteil jener Philosophen nur ein Irrweg gewesen. Das Anarchische und Naturhafte am Anfang der Menschheit – sagen wir die Idylle vor aller Zivilisation – wäre

das Paradies gewesen.

Der einflußreiche österreichische Sozialpsychologe Ernest Borneman hat in seinem Buch "Das Patriarchat" (1975), das eigentlich wie eine Art Bibel der Revolution des Gottes- und Vatermordes angesehen werden könnte, folgende These aufgestellt:

Im Anfang der Geschichte der Menschheit gab es eine glückliche Urhorde, in der Menschen der Natur nur das Nötigste entnahmen, um ein bedürfnisloses und glückliches Leben zu führen. Es gab weder Ehe noch Familie. In den Horden Früchte sammelnder und wilde Tiere jagender Menschen waltete sexuelle Promiskuität:

Jeder in der Horde hatte mit jedem geschlechtlichen Verkehr – nur die Mutter kannte ihre Kinder. Väter taten es mit ihren Töchtern, Mütter mit ihren Söhnen, Brüder mit ihren Schwestern, Knaben mit Knaben, Mädchen mit Mädchen. Man sagte noch nicht "mein Mann" oder "meine Frau", jeder gehörte jedem. Weil es keine Ehe und keine Familie gab, gab es kein Eigentum. Weil nur die Mutter ihre Kinder kannte, gab es keine Vaterherrschaft.

Das Glück war da, weil es weder Vaterherrschaft noch Eigentum, aber die Geborgenheit der Gemeinschaft, der Horde, der Kommune, des Kollektivs gab.

Den Sündenfall der Menschheit – Ernest Borneman legt ihn ins Neolithikum (Jungsteinzeit) – brachte der Augenblick, da es hieß "meine" Frau und "meine" Kinder! Familie, Ehe, Vaterherrschaft und Eigentum gehören zusammen und bilden den Sündenfall der Menschheit.

An die Stelle der Anarchie trat die Autorität.

An die Stelle der Horde kam die Familie.

An die Stelle der Mutter trat der Vater und damit das Symbol der Herrschaft und Unterdrückung. Der Vatergott, von dem die Christen sagen, daß er Himmel und Erde geschaffen habe, und denen er als Herr allen Lebens gilt, ist das Symbol einer repressiven, das heißt auf Unterdrückung beruhenden Gesellschaft. An die Stelle des Lebens aus dem Augenblick genügsamer Hirten, Jäger und Früchtesammler trat die Kultur mit den Herrschaftstugenden von Fleiß, Pflicht, Wille und Überwindung.

Über das sehr abenteuerliche Geschichtsbild Bornemans haben wir hier nicht zu diskutieren. In diesem Zusammenhang ist nur bedeutungsvoll, daß Bornemans Gedanken zum Ausdruck bringen, was die Gottes-Vatermord-Revolution eigentlich will.

Es besteht nämlich überhaupt kein Zweifel, daß unsere antiautoritäre Revolution in diesem Sinne Bornemans eine Antivater-, Antigott-, Antifamilie- und Antieigentumsrevolution ist, wobei gleichgültig bleibt, wieweit das den Kinder- und Jugendrevolutionären unserer Tage im einzelnen direkt bewußt ist.

Alles, wogegen sie protestieren, ist für sie Symbol dieses verhaßten Vater-Herrschaftssystems, von der Soldatenvereidigung bis zum Atomkraftwerk – und was sie wollen, ist eben die Antikultur der mütterlich bergenden Urhorde: sexuelle Freiheit, Leben in der Gemeinschaft, d.h. praktisch der Kampf um Stätten und Bereiche, in denen sie – sei es in leerstehenden Wohnungen, Kellern, Zelten, Schuppen oder vom Staat eingerichteten Klubhäusern – ihre neue Subkultur wie einst in den Höhlen der Urhorde entfalten können.

Aber dieser Gottes-Vaterhaß tobt nicht nur an den Randzonen unseres Daseins:

Durch die breiten Kanäle der Massenmedien, des Fernsehens, des Radios, der Zeitungen und durch den Blätterwald unserer Schulbücher hat längst so etwas wie eine stille Revolution ihren Lauf genommen.

Auch und gerade die sogenannte sexuelle Revolution, die zumeist als Sinn für mehr Freiheit, Großzügigkeit und Lebensbejahung mißverstanden wird, ist unter anderem ein wichtiges Instrument in diesem Prozeß der antiautoritären Vater- und Gottesmord-Revolution.

Dafür ein Beispiel: In dem Mitspieltheater "Rote Grütze", das als Sexualerziehungsmittel für Fünf- bis Zehnjährige geschrieben wurde, unternehmen Hänsel und Gretel – die Hauptakteure dieses Mitspieltheaters – eine "Elternbefragung": Warum sie "es" (gemeint ist der geschlecht-

liche Verkehr) so wenig und vor allem so phantasielos "machen". Die Antwort: Die Eltern hatten oder haben Angst vor Vater, Lehrer und "Boß" – eben jeder Form von Autorität -, und dann sind es Arbeit und Pflicht, die Sexualität und Lebensfreude kaputt gemacht haben. Vaterkultur – das will dieses Sexualaufklärungstheater sagen – ist Angstkultur, und Angstkultur zerstört Freude als Lust am Leben.

Ein anderes Beispiel: In dem Buch "Politik im Aufriß" von L. Helbig (1975), das als Arbeitsbuch für Berufsschulen gedacht ist, werden die sexuelle und die politische Revolution als ein Kernprozeß der Befreiung gesehen. Wer auf sexuelle Bedürfnisse verzichtet, der – so meint der Autor – denke auch nicht an Mitbestimmung in Büros, Fabriken, Schulen und Familien. Wer sexuell aktiv ist, sei auch politisch im Sinne einer Fundamentaldemokratisierung aktiv. Wer Sexualität sich Untertan mache, wer sie "beherrscht", wird selbst zum Beherrschten.

Wer Sexualität nicht auslebt, sei schon Objekt einer Herrschaftsstruktur geworden: "Eine Ablehnung gegen autoritäre Behandlung ist repressiv Erzogenen genauso unmöglich, wie dem Drängen der Sexualität mit gutem Gewissen nachzugeben." In diesem Zusammenhang besteht die Schuld des Christentums darin, daß es – so meint der Verfasser – "die sexuellen Triebe nie als menschliche Regungen im guten Sinne gelten ließ".

Der kommunistische Psychologe Wilhelm Reich hatte bereits 1936 in seinem Exil in Kopenhagen mit seinem Buch "**Sexualität und Kulturkampf**", das 1966 mit dem treffenderen Titel "**Sexuelle Revolution**" neu wieder herausgebracht wurde, den **Zusammenhang zwischen Klassenkampf und sexueller Revolution** propagiert. Wilhelm Reich geht es nicht nur um die "Erkenntnis" (die heute in ungezählten Büchern wiederholt wird), daß die Ehe lustfeindlich sei, sondern daß die Ehe eine Privatisierung der Sexualität bedeute und damit als Ausdruck des kapitalistischen Wirtschafts- und Herrschaftssystems beseitigt werden müsse.

Die zur Sturmflut angeschwollene Aufklärungsliteratur, gerade da, wo sie Ehe und Familie verneint, will unter dem Deckmantel der "Sachlichkeit" und "Information" den Abbau der "Tabuisierung der Sexualität". Im Klartext heißt das, sie will vor allem Scham und Ehrfurcht kaputt machen. Warum überhaupt Scham? Warum keine Veröffentlichung der Sexualität?

Scham und Ehrfurcht – so wird pausenlos wiederholt – sind Verhaltensweisen einer repressiven, d.h. herrschaftsbedingten, also Lust unterdrückenden Gesellschaftsordnung, die abgeschafft werden muß. Wo immer Scham und Ehrfurcht walten, regiert die Herrschaft der Väter, die Frauen und Kinder als ihren Besitz sehen und folglich deren Gefühlswelt beherrschen wollen.

Wer aber ohne Scham ist, ist auch ohne Ehrfurcht. Wo die Ehrfurcht stirbt, da verkommt die Autorität. Darüber wird es mit jenen Ideologen keinen Disput geben müssen. Der Unterschied besteht nur darin, wie dieser Zerfall von Ehrfurcht und Autorität beurteilt wird.

Gehen Ehrfurcht und Scham, Familie und Ehe unter, dann ist die Urhorde wieder hergestellt. Dann werden Sozial- und Sexualgenossen durcheinander und miteinander am Busen der Mutter Natur, im Urzustand des Paradieses ihr ihnen durch Vaterherrschaft geraubtes Glück wiederfinden.

Ist das nur die Theorie weltfremder Philosophen? Oder werden diese "Lehren" die Gesellschaft der Zukunft prägen? Gedanken dieser Art, die hier nur an einigen Beispielen aufgezeigt wurden, sind weder eine "bloße" akademische Angelegenheit, noch sind sie einflußlos für unsere Gesellschaft.

Zerstörte Ehen und Familien, die Ordnungsfeindlichkeit einer lustbetont lebenden jungen Generation, die tief in der Seele wurzelnde Aggression gegen alles, was mit Vaterkultur zusammenhängt, das Eintauchen in die Sphären der Rauschhaftigkeit durch Drogen und Alkoholkonsum, die Verachtung herkömmlicher Tugenden wie Pflicht, Überwindung, Gehorsam und die Verneinung der Arbeit sind die ganz praktische Seite dieser Kulturrevolution. Die idyllische Erwartung, als könne man einfach zur Natur, zum natürlichen Leben wie zu einer guten

Mutter, die alle Menschen glücklich macht, zurückkehren, sind Bestandteile einer neuen Sehnsucht und Hoffnung des Menschen dieser Welt.

Warum kam es so, wie es ist?

Ist diese Revolution gegen die Herrschaft der Väter vielleicht nur eine verständliche Reaktion auf die alle Lebensfreude unterdrückende Herrschaft der allzu mächtigen Väter von gestern? Gab es denn nicht wirklich eine lebens- und sexualfeindliche und dabei so oft verlogene wilhelminisch-viktorianische Lebensauffassung? Hat nicht gerade der Faschismus das Ideal des Männlichen, Willenhaften und Kämpferischen über alle Maßen strapaziert und eine bedrückende Herrschaftsstruktur aufgerichtet? Hat sich nicht im Helden- und Führerkult des Faschismus so etwas wie eine Revolution des "Maskulinismus" dargestellt?

Hatten und haben wir nicht einen "Gotteskomplex" (vgl. hierzu H. Richter, "Der Gotteskomplex", 1979, in dem Sinn, daß wir, anstatt an Gott zu glauben, selbst den jeweils allmächtigen Gott spielen wollten? Meinten nicht viele Väter, wenn sie von Gottvater und seiner Autorität sprachen, ihr eigenes Gottsein und ihre eigene selbst gesetzte Autorität?

Sind nicht in jenen Tagen einer sich selbst setzenden Vaterherrschaft viele, allzu viele durch herrschsüchtige, autoritär überstrapazierte Väter zu Untertanenmenschen degradiert worden – Kinder und Ehefrauen in gleicher Weise? Haben lebensfeindliche Moralisten nicht tatsächlich die Sexualität – in ganz unbiblischem Sinn – verächtlich und – im Vergessen aller anderen Sünden – vielleicht sogar zur einzigen Sünde "gemacht"?

Es gab eben die Revolution des Maskulinismus, die ganz sicher im Faschismus etliche Triumphe feierte. Die gegenwärtige Anti-Vaterrevolution unserer Tage ist aber nicht bloß eine Reaktion auf diesen Maskulinismus, wie er sich anscheinend im Faschismus als Ideologie darstellte, sondern seine konsequente Fortsetzung!

Halten wir diesen Grundsatz fest: Ohne faschistoiden Maskulinismus keine Anti-Gott-Vaterrevolution.

Autorität, die sich selbst setzt, nur sich selbst gegenüber verantwortlich sein will, ist Diktatur. Väter, die nicht Gottes Wort, sondern nur ihrem eigenen Willen verantwortlich sein wollen, sind pervertierte Väter, die als Tyrannen ihr Unwesen austoben. Wir dürfen eben nicht vergessen, welche entsetzlichen Exzesse ein Männlichkeitswahn mit der Perversion der Autorität zum Führerkult verursachen konnte.

Erinnern wir uns doch: Rudolf Heß deklamierte am 30. Juni 1934: "Mit Stolz sehen wir: Einer bleibt von aller Kritik ausgeschlossen, das ist der Führer. Das kommt daher, daß jeder fühlt und weiß: Er hat immer Recht und wird immer Recht haben. In der kritiklosen Treue, in der Hingabe an den Führer, die nach dem Warum im Einzelfall nicht fragt, in der stillschweigenden Ausführung seiner Befehle liegt unser aller Nationalsozialismus verankert" (vgl. Joachim Fest, "Das Gesicht des Dritten Reiches", 1977, S. 266 ...).

Adams Versuchung war, daß er so sein wollte wie Gott selbst – so allmächtig und so allwissend. Im Vatersein ohne Gott wird diese Ursünde immer wieder aufbrechen. Die heidnischen Väter vergangener Generationen, die Christus leugneten und eine neuheidnische Existenz auslebten, waren die ersten Vätermörder. Unsere vatermörderisch-nachchristliche Zivilisation fand ihre Propheten in Männern wie Nietzsche, die den Willen zur Macht proklamierten, in Darwins Lehre vom erbarmungslosen Kampf um das Dasein und Recht des Stärkeren, in der Heldenverehrung und im Heldentheater des Faschismus und nicht zuletzt in der Philosophie des Existentialismus.

Die Urväter neuheidnischen Gottesmordes lebten im Vertrauen auf sich, nicht aus dem Glauben an Gott. Sie hielten sich für moralisch vollkommen bzw. meinten, moralische Vollkommenheit – nach ihrem Verständnis von Moral – erreichen zu können. In Kraftakten eigener Pflichterfüllung meinten sie, "vor sich selbst bestehen zu können". Sie wußten nichts davon, was sie Gott im letzten schuldig waren. Jesus war für sie nur ein moralisches Vorbild, aber

nicht der Erlöser und Versöhner am Kreuz. Die Welt war für sie unbegrenzt offen zur Gestaltung ihrer eigenen Willenskraft. Von einem Ende aller Zeiten und einer Wiederkunft Christi wollten sie nichts wissen.

Der liberale Protestantismus in Deutschland, in der Schweiz, aber auch in Holland hatte seit Ende des vorigen Jahrhunderts diesen Männlichkeitswahn mit seinem Programm der Selbsterlösung wie ein durstiger Schwamm aufgesogen und dann sein "neuprotestantisches Jesusbild", ein Götzenbild des Maskulinismus, aufgerichtet.

Unsere Generation der Vatermörder protestiert auch – nicht nur – gegen Väter, die ihrerseits schon Vatermörder waren! ...

3. Schon der Faschismus war Vaterhaß

Der Faschismus (wie auch der Nationalsozialismus) wird in einer sog. "Vulgär-Vergangenheitsbewältigung", wie man sie im Fernsehen, vielen Spielfilmen, Büchern und Aufsätzen immer wieder erleiden muß, nicht nur wirklichkeitsverfremdend und konsumentenhaft-kitschig dargestellt, sondern im Wesen gefährlich mißverstanden.

Faschismus und Nationalsozialismus waren keine autoritativen Weltanschauungen, sondern sie waren genau das Gegenteil davon. Der Nationalsozialismus war eine Anti-Vater-Gottrevolution, die mit ihm bereits einen Höhepunkt erreichte und heute unter anderen ideologischen Karosserien, aber mit gleichem Fahrgestell ihre konsequente, inhaltlich wie strategisch-technisch gleichartige Fortentwicklung erlebt.

Die unbedingte Hingabe an den "Führer", dieses Überfahrenwerden personaler Selbständigkeit, die Bejahung der Gruppe, die Vorordnung des Kollektivs vor dem einzelnen ist anti-personalistisch, gegen Autorität als absolute Autorität, wie sie im Anspruch Gottes offenbar wurde.

Bedeutsam ist, daß der Nationalsozialismus Nein sagte zum Gewissen, das er als eine "jüdische Erfindung" verurteilte (vgl. hierzu F. Heer, "Der Glaube des Adolf Hitler", 1968).

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Todesverherrlichung im Nationalsozialismus, die nicht nur durch die Todessymbolik (Totenkopf bei den Waffen-SS-Verbänden), sondern durch Verherrlichung im "Liedgut und in der Dichtung jener Zeit zum Ausdruck kam.

Der Führerkult in der NS-Ideologie war ein Anti-Gott-Vater-Kult, er war Ausdruck einer sich selbst setzenden Autorität. ...

3. Kapitel

Klassenkampf zwischen Mann und Frau?

- **Das Zerstörungswerk des Feminismus für Glaube, Theologie, Kirche und Gesellschaft**
- **Der Feminismus will die Verfraulichung der Welt**

Das Programm der Entmythologisierung (sagen wir das Programm der Verohnmächtigung Gottes, das in den fünfziger Jahren alles, was sich Theologie nannte, in Atem hielt) hat sich innerhalb großkirchlicher Theologie in jedem einzelnen Punkt siegreich durchgesetzt. Die in der Heiligen Schrift bezeugten Taten und Worte Gottes wurden zu zeitgebundenen "Symbolen" eines eben nur "damaligen" Verständnisses von Gott, Welt und Mensch. Die Bibel wurde als Material für unsere Interpretation, zu unserem Gebrauch also, freigegeben.

In schneller Folge führten diese rasanten "Interpretationen" des sogenannten "biblischen Materials" konsequenterweise zur Gott-ist-tot-Theologie und dann – meistens auch schon parallel laufend – zur Theologie der Revolution und Befreiung, nachdem im zaghaften Anlauf zunächst nur von der Theologie der Hoffnung viel geschrieben und noch mehr gesprochen wurde.

Heute ist die Bibel Interpretationsmaterial in dem Sinne, daß Worte wie Gott, Christus, Erlösung, Exodus (Auszug des israelitischen Gottesvolkes aus der Gefangenschaft Ägyptens) als Reizworte zum Gebrauch einer Art religiöser Verklärung für die Weltrevolution der Einheitsgesellschaft bereitgehalten werden.

Die – bislang – letzte und radikalste Phase einer die Aussagen der Bibel zerstörenden Interpretation ist der Feminismus, der keineswegs nur die Befreiung der Frau aus der "Jahrtausende währenden Sklaverei durch christlich patriarchalische Männer" erstrebt, sondern im Zusammenhang einer Theologie der Revolution die Veränderung der Gesellschaft auf dem Wege des Klassenkampfes zwischen Mann und Frau vorantreiben und die Pervertierung des Christentums in eine Muttergottes-Einheitsreligion als Ausdruck kollektiver Gesellschaftsform durchsetzen will.

"Es ist klar", schreibt die Professorin für Feminismus und Christentum an der Universität Nijmegen, Catharina J. M. Halkes, "daß es uns schon lange nicht mehr um die Frage oder um den Platz der Frau geht, um die Formulierung der Aufgabe oder um Zulassung zu den Ämtern. Schon diese Begriffe deuten die Herrschaftsstruktur an: Andere, das andere Geschlecht soll für mich ausmachen müssen, was mein Platz ist? Man's World (Die Welt des Mannes) hat die Macht, Woman's Place (den Platz der Frau) zu bestimmen. Darauf haben wir schon unzählige Ballen Papier verschwendet" ("Gott hat nicht nur starke Söhne – Grundzüge einer feministischen Theologie", 1980).

Der zeitgenössische Feminismus kämpft nicht um den Platz der Frau für die Frau in dieser Gesellschaft, um die "Gleichberechtigung", sondern er will die Veränderung dieser durch Männer strukturierten Gesellschaft. Feministen wollen eine andere Kultur, eben eine Kulturrevolution.

In letzter Konsequenz wollen sie nicht nur die andere Frau, sondern auch den anderen Mann, sie wollen eben – elementar ausgedrückt – die Welt auf den Kopf stellen, denn "offenbar ist die Frau in der herrschenden, androzentrischen (auf den Mann bezogenen) Kultur zum Opfer eines immer dualistischen Denkens, eines Denkens und Erlebens in Gegensätzen geworden" (Halkes, a.a.O., S. 21).

Gegen die herkömmliche, christlich motivierte Kultur in der Spannung von Himmel und Erde, Gott und Schöpfung, Mann und Frau, Eltern und Kindern, Schuld und Versöhnung soll die spannungslose, eben mütterlich-eindimensionale Kultur gesetzt werden.

Der Feminismus liegt damit ganz und gar auf der Welle des Neomarxismus der kritischen Theorie. Herbert Marcuses Theorien feiern hier jubelnde Triumphe. Das Ziel ist der sozialistische Feminismus, der im Bündnis mit allen anderen "Gegenkulturen" als Revolution die "fundamentalste Bewegung" ist, "weil alle die genannten Formen der Herrschaft und Unterdrückung von Menschen durch Menschen soziale Ausdrucksformen jenes Dualismus sind, der am meisten in die Tiefe geht: die Erhebung des männlichen Geschlechtes über das weibliche" (Halkes, a.a.O., S. 30).

Der Mann, das männliche Prinzip, das Vatersein, Vaterherrschaft – eben das Patriarchat – ist an allem schuld. Die Revolution des Feminismus hat also ihr Feindbild, ohne das es eine Revolution bekanntlich nicht geben kann. Die einzige Alternative zum verhaßten Kapitalismus ist – so meint auch die Feministin und Theologin Elisabeth Moltmann-Wendel ("Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit.

Zur Emanzipation der Frau", 2. Aufl. 1978, S. 51) – die Revolution der Frau. Auch sie sieht den Zusammenhang mit der neomarxistischen kritischen Theorie und zitiert Herbert Marcuses für den Feminismus so charakterisierende Sätze: "Die weiblichen Qualitäten, auf der biologisch-gesellschaftlichen Grundlage entstanden, könnten die Realisierung eines neuen Realitätsprinzips bringen, weil sie die Antithese zu den die kapitalistische Gesellschaft regierenden Werten darstellen".

Der Feminismus will also nicht nur eine Befreiung der Frau für ihren Platz in dieser Gesellschaft oder nur eine Kulturrevolution in dem Sinne, daß auch die Frau Möglichkeiten eigener kultureller Entfaltung gewinnt, er will im Gegenteil verändern, was man überhaupt nur verändern kann. Er will eine neue Realität: Die Wirklichkeit selbst soll verändert werden.

Aus diesem Grunde kann besagter Herbert Marcuse befriedigt, und den Feminismus in seiner Bedeutung richtig einschätzend, feststellen: "Ich glaube, daß die Frauen-Befreiungsbewegung (Woman's Liberation Movement) derzeit die vielleicht wichtigste und potential radikalste politische Bewegung ist, die wir haben, auch wenn das Bewußtsein dieser Tatsache die Bewegung als Ganzes noch nicht durchdrungen hat" (Jutta Menchik, "Feminismus – Geschichte – Theorie – Praxis", 1977).

Marcuse hat recht mit diesem Urteil. Hinzufügen möchte ich, daß brave Bürger und Bürgerinnen keine Ahnung davon haben, welche starken Kolonnen einer kollektivistischen Welt-Kulturrevolution wir schon in unserer Mitte haben, auch und gerade in unseren Großkirchen, Freikirchen und Gemeinschaften.

Das Feindbild Mann

Dem Kampf um die "neue Realität" steht der Mann, so wie er ist, als Feind Nummer eins im Wege. Der Feminismus will das Weibliche befreien und entfalten, ja zum Triumph in einem neuen Realitätsprinzip führen; aber das Männliche kann weder befreit noch entfaltet, es muß abgeschafft, besser wohl noch vernichtet werden.

Valerie Solanas ("Manifest der Gesellschaft zur Vernichtung der Männer", 1969) meint: "Der Mann ist eine Maschine, ein 'Gummipeter auf zwei Beinen'. Die Männer sind verantwortlich für alles Böse, für Unterdrückung, Haß und Gewalt, sie sind unfähig zur Zivilisation ...".

Das Männliche ist – darauf legt diese kollektivistisch orientierte feministische Revolution allergrößten Wert – unfähig für die Einpassung in die Gruppe und zum Leben aus der Emotionalität eben dieser Gruppe. Das Zueinander von Gruppe und Emotionalität, das Nein zum Willenhaften und zur Individualität, sind Hauptziele dieser das mütterlich-bergende Kollektiv anstrebenden feministischen Weltrevolution.

Nach Valerie Solanas gehört die Zukunft der Frau, weil nur Emotion und Kollektiv die Zukunft der Totalzivilisation durchtragen werden: "Die wenigen überlebenden Männer", so schlägt sie, die tatsächlich Männer mit dem Revolver angriff und selbst schließlich durch Selbstmord endete, in "barmherziger" Weise vor, "mögen ihre kümmerlichen Tage mit drop out und Drogen weiterfristen, als Transvestiten in Frauenkleidern herumstolzieren oder passiv die superdynamischen Frauen in voller Aktion bewundern... "

Diese Sätze sind inhaltlich nicht so komisch, wie sie sich zunächst für unerschrocken-weltfremde, bürgerliche Existenz anhören lassen. Nicht nur das Feindbild, sondern die treffende Diagnose von der Selbstzerstörung des Mannes, seine Krise zum Tode ist bedeutungsvoll. Denn "Mann sein" und "Vater sein" befinden sich heute – wir werden darauf noch weiter eingehen – in einer Krise zum Tode, und die von Valerie Solana erwähnte "schmerzlose Vergasung" erinnert an den bislang größten Vaternord der Geschichte, an die Vernichtung jüdischer Menschen, wobei wir uns daran erinnern, daß der Nationalsozialismus eine feminin-heldische Vaternordrevolution war, für die der biblische und damit eben auch der jüdische Mann als verhaßter Repräsentant der Vaterkultur galt.

Der Feminismus kann noch radikaler an die Ideologie des Nationalsozialismus anknüpfen. Elisabeth Gould Davis ("The First Sex", 1975) gebraucht zwar nicht den im Nationalsozialismus üblichen Begriff "Untermensch", aber mit biologischer Argumentation degradiert sie den Mann zu einem zumindest – und gelinde ausgedrückt – zweitrangigen, eben auf niedererer Stufe als die Frau stehenden Lebewesen. Hätten doch – so ihre Argumente – Geneologen erkannt, daß das Y-Chromosom, aus dem der Mann hervorgeht, ein abgebrochenes X-Chromosom sei, von dem die Frau sogar zwei besitze, so "daß Frauen eine Rasse für sich, das starke erste Geschlecht, und Männer die biologische Nachhut" seien.

Auch hier weigere ich mich, in solchen phantastischen Aussagen nur Komisches zu sehen. Rassenbiologisch motivierte Urteile über das Menschsein haben in vergangenen Jahrzehnten zu furchtbaren Konsequenzen trotz aller Absurdität der Argumentation geführt. Auf diese Be-

urteilung des Mannes "auf zoologischer Basis" wollen wir uns hier auch gar nicht erst weiter einlassen, aber schon jetzt, mit um so größerem Ernst, die Frage stellen, welche ethischen Orientierungsdaten der Feminismus seinem Urteil über Menschen eigentlich zugrunde legt.

Zweifellos stehen diese Aussagen, wie wir sie eben hörten, auf der Außenseiterposition des Feminismus -gegenstandslos sind sie deswegen nicht. Sie erhellen vielmehr die Grundtendenz des Feminismus, nämlich sein Bestreben, das herkömmliche Zueinander von Natur und Menschsein radikal nicht nur in Frage zu stellen, sondern aufzuheben.

Es gibt im Feminismus einen breiten Konsensus darüber, daß herkömmliches, geschlechtliches Zueinander von Mann und Frau zu verneinen sei. ...

Für Carla Lonzi ("Die Lust, Frau zu sein", 1975) bedeutet die normale Lust, die im herkömmlichen, also natürlichen Geschlechtsverkehr durch die Einführung des Penis in die Vagina erreicht wird, nicht die umfassendste und vollkommenste Lust, sondern die Lust der patriarchalischen Sexualkultur. Sie zu erreichen bedeute für die Frau, sich verwirklicht zu sehen in dem einzigen Modell, das ihr Belohnung verspricht, in dem Modell, das die Erwartung des Mannes erfüllt. Das patriarchalische Paar ist das Paar Penis-Vagina, Ehemann und Ehefrau, Vater und Mutter der fortpflanzungsgebundenen animalischen Kultur:

Ihr Verhältnis zueinander wird nicht durch die Funktionsweise der Sexualität bestimmt, sondern durch die Fortpflanzung, der die weibliche Sexualität untergeordnet wird. Die vaginale Frau ist das Ergebnis dieser Kultur. Sie ist die Frau des Patriarchen und der Herd eines jeden Mythos der Mütterlichkeit, die Sklavin, die die Fesseln der Unterwerfungen weitergibt, durch die die männliche Herrschaft jede historische Veränderung hat überdauern können.

Diese Sexualität, so wie sie die europäische Frau "im christlichen Abendland normalerweise" erlebt, ist "Spiegel und Instrument der Unterdrückung der Frau in allen Lebensbereichen", meint Alice Schwarzer ("Der kleine Unterschied und seine großen Folgen. Frauen über sich – Beginn einer Befreiung", 1975, S. 71).

Ähnlich urteilt Kate Miller ("Sexus und Herrschaft. Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971): Das Eindringen des Penis in die Vagina sei Ausdruck männlicher "Penetrationswut", der aggressiven Herrschaftshaltung des Mannes.

In dieser Weise der geschlechtlichen Begegnung – so meinen die Feministinnen – zeige sich die Feindschaft des Mannes gegen die Frau. Es versteht sich von selbst, daß das Zueinander und Miteinander von Geschlechtlichkeit und Zeugung, Liebe und Ehe, Ehe und Familie vom Feminismus verneint wird.

Die Lust wird zur selektierten, einsamen, nur auf Selbstbefriedigung abzielenden Lust. Der Feminismus ist also in seiner radikalen Form in sich selbst die Zerstörung von Ehe und Familie. ...

Der Kampf um die neue Realität

Schon Simone de Beauvoir, die zu ihrer Zeit noch vom französischen Sozialismus und Kommunismus belächelte Großmutter des modernen Feminismus, hat in ihrem den Feminismus stark bewegenden Buch "Das andere Geschlecht" (zuerst 1949 erschienen) proklamiert: "Man wird nicht als Frau geboren, man wird es." Nicht die Natur ist "schuld" daran, daß die Frauen so sind, wie sie leider jetzt sind, sondern die Kultur hat sie dazu gemacht.

Hinter dieser These stand die damals starke Position der existenzialistischen Philosophie im Sinne von Jean-Paul Sartre. Was der Mensch ist, wählt er in freier Entscheidung; es gibt keine vorgegebene, ewige, etwa von Gott gesetzte Ordnung. Letztlich schafft der Mensch sich selbst.

Seit Simone de Beauvoir wirkt diese atheistische Schöpfungsordnungsfeindlichkeit als munter sprudelnde Quelle in der Bewegung des Feminismus und ist mittlerweile jetzt, auf dem Höhepunkt dieser feministischen Bewegung, zu einem breiten Strom der Schöpfungsfeindlichkeit angeschwollen.

Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn", 1968) und Margarete Mead ("Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften", 1971) werden nicht müde zu betonen, daß Frauen nicht von Natur und für alle Zeiten auf ihr Frausein festgeschrieben sind, sondern daß eine böse, androzentrische, eben männlichkeitsbezogene Unkultur Frauen zu dem gemacht hat, was sie heute sind.

Die "Natur", meint die Protestantin Elisabeth Moltmann-Wendel in Erinnerung an die Ergebnisse dieser sogenannten Forschungen im Geiste des Feminismus, "stellte sich vor allem seit den Forschungen Margarete Meads als etwas Neutrales, nicht Beeinflußbares und als eine sehr abhängige Erscheinung heraus. Die Frau ist demnach keine Schöpfung der Natur, sondern ein Zivilisationsprodukt". Also – und das ist Sinn dieser herbeigesehnten Erkenntnisse – die Frau kann sich selbst, so wie sie ist, abschaffen.

Dieser Protest gegen vorgegebene Realität und für eine neue Realität wurde radikal formuliert durch Shulamith Firestone ("Frauenbefreiung und sexuelle Revolution", 1975). Menstruation, Zeugung, Schwangerschaft und Geburt sind Geißeln der Frau. Alle technischen Möglichkeiten dieser Zeit und der nahen Zukunft müssen genutzt werden, um die Frau von diesen Geißeln zu befreien. Sexualität muß befreit werden von Ehe, Kind und Familie.

Frau Firestone träumt von der Möglichkeit, daß Kinder in einem Reagenzglas befruchtet werden und daß das Geschlecht durch technische Manipulation bestimmt wird: "Die Blutbände zwischen Mutter und Kind werden endlich zerrissen werden. Sollte tatsächlich eine männliche Eifersucht auf die Kreativität des Gebäcktes entstehen, so werden wir schon bald in der Lage sein, Leben unabhängig von einem Geschlecht zu erzeugen, so daß eine Schwangerschaft, die dann unverhohlen als plump, ineffizient und schmerzhaft bezeichnet werden kann, dann nur, wenn überhaupt, ironisierend als archaisch ertragen wird."

Noch radikaler verlangt Ernest Borneman ("Das Patriarchat", 1975) überhaupt die Abschaffung der Geschlechtlichkeit. Für ihn ist der Zerfall der mütterlich geleiteten, im Urkommunismus lebenden Urhorde durch die Herrschaft der Väter eben der Sündenfall der Menschheit. Für eine geschlechtslose Gesellschaft fordert er: "Die endgültige Befreiung der Frau kann nur in der Befreiung von der Geschlechtlichkeit liegen. Die klassenlose Gesellschaft der Zukunft kann nur eine geschlechtslose Gesellschaft sein ... Sie muß polymorph sein, oder sie führt das Prinzip der Herrschaft, das wir eben durch die soziologische Tür hinausbefördert haben, durch die Hintertür der Sexualität wieder ein."

Die Gesellschaft muß anders werden, dann muß zwangsläufig eben auch die Natur anders werden. Die Natur muß sich – wie Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und natürlich auch die Kirche – nach der Gesellschaft richten.

Angesichts dieser radikalen Revolution, die eben nicht nur Mensch und Gesellschaft, sondern auch die Natur selbst packen will, wirkt die Revolution des Marxismus-Leninismus als eine romantisch-idyllische Erinnerung an das 19. Jahrhundert.

Im Feminismus werden Übergänge zwischen Natur und Kultur "verflüssigt", eben damit die Natur nach dem Bilde des Feminismus verändert wird: "Denn Biologie ist nicht Schicksal, sondern wird erst dazu gemacht. Männlichkeit und Weiblichkeit sind nicht Natur, sondern Kultur. Sie sind die in jeder Generation nur erzwungene Identifikation mit Herrschaft und Unterwerfung. Nicht Penis und Uterus machen uns zu Männern und Frauen, sondern Macht und Ohnmacht", meint die Feministin Alice Schwarzer.

Dieses Aufbegehren gegen herkömmliche Ordnung bleibt keineswegs nur feministische Theorie. Schon längst ist – wie gesagt, für die meisten Bürger verborgen – dieser Weg in die Praxis "multifrontal", d.h. an vielen Fronten, in Medien und Schulen, beschritten. Der Bürger sieht am Ende nur das Ergebnis eines Prozesses, den er als solchen nicht erkennen konnte oder wollte.

Der Weg in die Praxis geht vor allem über die Pädagogik mit ihrer Armada von Pädagogen,

mehr oder weniger ausgebildet im Sinne dieser im Buch aufgezeigten Theorien.

Einer der großen Theoretiker unter den Pädagogen, die die Phase der Kindheitssexualität "sozial durchformen wollen", ist Helmut Kentler (vgl. "Die soziale Dimension der Sexualität" in "Sexualmedien", 1975). Traditionelle, geschlechtsspezifische Verhaltensweisen sollen dadurch relativiert werden, daß Jungen tun, was Mädchen tun, und Mädchen tun, was Jungen tun. Mit Puppen spielende, ihre Gefühlswelt wie Mädchen regulierende Knaben sollen zu einem zärtlichen Lebensstil finden; denn der Mann ist "unterentwickelt im Geben und Nehmen von Zärtlichkeit", meint Kentler.

So sind wir auf dem Wege zu einer nicht nur klassenlosen, sondern auch geschlechtslosen Gesellschaft, zu einer sexuell polymorphen, panerotischen Urhorde, in deren wohlfühliger Geborgenheit alle alle lieben. Nur wenn wir diese Zielvorstellung des Feminismus, die übrigens auch von der kritischen Theorie Marcuses angestrebt wird, kennen, verstehen wir den Kampf für die Abtreibung ... und das Recht der Homosexuellen, der nun schon bald im Sinne der "Schwulen-Initiativen" siegreich durchgetragen ist.

Im letzten geht es in diesem Streit nicht um Hilfe für die Frau oder um den Platz "des Homosexuellen in der Gesellschaft" – wie viele leider immer noch verkennen. Ziel ist vielmehr, daß überhaupt Sexualität von Mutterschaft ein für allemal getrennt und daß – im Blick auf die Emanzipation der Homosexuellen – die polymorphe, nicht mehr heterosexuell orientierte Pansexualität zum Triumph geführt wird: "Frauenbefreiung und Schwulenbefreiung streiten beide für ein gemeinsames Ziel: eine Gesellschaft, die frei davon ist, Menschen aufgrund von Geschlecht und oder sexueller Übervorteilung zu definieren und kategorisieren", forderte Kate Miller schon 1970 in einem Aufsatz der Times.

Der Schöpfungshaß der Feministen

Der Feminismus sagt Nein zur Schöpfung Gottes: Der Haß gegen Gott, den allmächtigen Vater, Schöpfer Himmels und der Erde, ist der Haß gegen die Ordnung der Schöpfung, wie sie in der Bibel geboten ist. Der Feminismus ist Symptom modernen, sich gegenwärtig immer mehr steigernden Schöpfungshasses.

In einer fast prophetischen Weise haben zu Anfang dieses Jahrhunderts unter anderem Aldous Huxley und George Orwell diesen Schöpfungshaß in ihren Visionen vorausgesehen. In Huxleys Zukunftsvisionen von einer zukünftigen, total kollektivierten Gesellschaft – "Brave New World" (engl. 1932) – sind Ehe und Familie nur noch Feind, letztlich Stacheldraht gegen die Gesellschaft und sollen nach dem vom Kollektiv propagierten Leitspruch "Jedermann ist seines Nächsten Eigentum" abgeschafft werden.

Diese Vision von Aldous Huxley stellt das Verlangen der Zivilisation nach einer Wohlfühlzivilisation dar, deren Symbol eben die Muttergottheit ist. Die absolute Glückseligkeit in der Anonymität des Kollektivs – das ist es, was der Mensch heute im Grunde sucht und was er als Überwindung des 'Dualismus', eben des biblischen Glaubens, propagiert.

Nach dem letzten Weltkrieg schrieb auf einer einsamen Insel vor der Ostküste Schottlands ein ehemaliger Mitstreiter der 'Internationalen Brigade' im spanischen Bürgerkrieg, der aber dann vom Kommunismus abtrünnig geworden war, **Eric Blair**, seine einfach niederschmetternde Zukunftsvision für das Ende dieses Jahrhunderts nieder. Dieser am Kommunismus irre gewordene Schriftsteller wurde weltbekannt unter dem Namen **George Orwell**, und sein schriftstellerischer Welterfolg heißt '1984' (1. deutsche Ausgabe 1948). In dieser Schau der Zukunft findet sich genauso wie bei Huxley das radikale Nein zur Schöpfung, vor allem zu Familie und Ehe. Eine allmächtige Partei, die 'grausame Mutter' der Gesellschaft, wütet gegen Natur und Schöpfungsordnung.

Die Partei wendet sich gegen alles, was den Menschen an die Natur bindet. So richtet sie sich beispielsweise gegen die Sexualität – nicht nur, weil die Sexualität sich eine Welt für sich zu schaffen verstand, sondern vor allen Dingen, weil die sexuelle Enthaltbarkeit zur Hysterie

führte und damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht wurde, denn diese Hysterie konnte in Kriegsbegeisterung und Führerverehrung umgewandelt werden. Sie wollen, daß man ständig zum Platzen mit Energie geladen ist. Dieses ganze Auf- und Abmarschieren, Hurrabrüllen und Fahenschwenken ist weiter nichts als sauer gewordene Sinnlichkeit.

Wenn man innerlich glücklich ist, kann man weder über den großen Bruder noch den Dreijahresplan, die Zwei-Minuten-Haßsendung und den ganzen übrigen Schwindel in Begeisterung geraten. Die seelischen Energien sollen also nicht durch natürliche Triebe ausgelebt, sondern durch von der Partei gelenkte Ersatzformen abreagiert werden. Die Partei will das Sexualgefühl abtöten, es in den Schmutz ziehen. Es gibt die Jugendliga gegen Sexualität, die für die geschlechtliche Enthaltsamkeit eintritt und die künstliche Befruchtung (in der Neusprache heißt das Kunstsamen) fordert.

Ein wirkliches Liebeserlebnis war ein nahezu unvorstellbares Ereignis. Die Frauen dieser Partei waren sich alle gleich. Die Enthaltsamkeit war ihnen ebenso tief eingepflegt wie die Treue zur Partei ... Der Akt der geschlechtlichen Verschmelzung, wenn er glücklich vollzogen wurde, war ein Akt der Auflehnung. Die Begierde war ein Gedankenverbrechen.

Alle großen Gefühle wie Liebe, Freundschaft, Tragik usw. sind ausgerottet. Tragik, so muß der Außenseiter Smith erkennen, gehört einer vergangenen Zeit an, als es noch Eigenleben, Liebe und Freundschaft gab und die Mitglieder einer Familie, ohne nach dem Grund zu fragen, füreinander eintraten ... Heutzutage gibt es Angst, Haß und Leid, also keine starken und wertvollen Gefühle, keine tiefen und echten Schmerzen.

Der utopische Mensch ist ein destruiertes (ruiniertes) Mensch. Die Partei hat ihn abgebaut, damit seine Eigenständigkeit aufgehoben werden konnte und er für das Kollektiv reif wurde: Die alten Kulturen erhoben Anspruch darauf, auf Liebe oder Gerechtigkeit gegründet zu sein. Die unsrige ist auf Haß gegründet, für unsere Welt wird es keine anderen Gefühle geben als Haß, Wut, Frohlocken und Selbstbeschämung. Die Zertrümmerung der Grundordnungen, der systematische Abbau all dessen, was den herkömmlichen 'alten' Menschen ausmacht, legt den utopischen Menschen frei.

Der Funktionär von '1984' sagt an: 'In Zukunft wird es keine Gattinnen und keine Freunde mehr geben. Die Kinder werden ihren Müttern gleich nach der Geburt weggenommen werden, so wie man einer Henne die Eier wegnimmt. Der Geschlechtstrieb wird ausgerottet. Die Zeugung wird eine alljährlich vorgenommene Formalität wie die Erneuerung einer Lebensmittelkarte werden. Wir werden das Wollustmoment abschaffen; unsere Neurologen arbeiten gegenwärtig daran. Es wird keine Treue mehr geben, außer der Treue gegenüber der Partei.

Es wird keine Liebe mehr geben, außer der Liebe zum Großen Bruder. Es wird kein Lachen mehr geben, außer dem Lachen des Frohlockens über einen beseitigten Feind. Es wird keine Kunst geben, keine Literatur, keine Wissenschaft. Wenn wir allmächtig sind, werden wir die Wissenschaft nicht mehr brauchen. Es wird keinen Unterschied geben zwischen Schönheit und Häßlichkeit. Es wird keine Neugierde, keine Lebenslust geben ...

Wenn Sie sich, so fährt der Parteifunktionär von 1984 in seiner Rede fort, 'ein Bild von der Zukunft machen wollen, dann stellen Sie sich einen Stiefel vor, der einen Menschen tritt, immer und immer wieder. Die Zerstörung der Grundordnung ist die Voraussetzung dafür, daß die Macht der Partei, die ja in der Ausschaltung des Individuellen besteht, erhalten bleibt. Macht heißt, einen menschlichen Geist in Stücke zu reißen und ihn nach eigenem Gutdünken wieder in neuer Form zusammensetzen. Der Mensch soll seines eigentlichen Ichs beraubt werden, er soll nichts weiter als eine Schöpfung der Partei sein. Es gibt keine über alle Umwandlungsversuche erhabene menschliche Natur. Wir machen die Natur.'

Der moderne Feminismus könnte zumindest dem letzten Satz dieses Terrorkommissars in George Orwells "1984" vollauf zustimmen! Es gibt nicht die Natur – die Natur wird gemacht; es gibt nicht die Frau, sondern die Frau wurde gemacht – sagen alle Feministen.

Der Untergang des Mannes

Eine der Ursachen (wenn nicht vielleicht die Ursache überhaupt) für die Revolution der Frau ist die Krise oder – noch schärfer ausgedrückt – der Untergang des Mannes. Wir leben im Zeitalter der "Entmannung des Mannes", in einer "kastrativen" Epoche, gekennzeichnet durch den härtesten Klassenkampf, den es je gegeben hat und der zerstörend und aufsprengeend durch die Familie schleicht: Ich meine den Klassenkampf der Frau gegen den Mann.

Schon 1954 konnte Abram Kardiner ("Sex and Morality", 1954) im Blick auf die amerikanische Gesellschaft feststellen, daß in den Massenmedien die Frau mehr und mehr als ein Wesen erscheint, "das den unbeholfenen Ehemann nach Belieben herumscheucht" (vgl. Hoffmann R. Hays, "Mythos Frau. Das gefährliche Geschlecht", 1978): "Gehorsam und unterwürfig sorgt er für den Familienunterhalt, während in Wirklichkeit seine Frau alle Macht in Händen hält. Ist ihr Kind-Mann durch eigene Schuld in Schwierigkeiten geraten, so muß sie ihm heraushelfen, und er zahlt für ihren Beistand mit dem Verlust seiner Würde."

Die damalige einflußreiche amerikanische Wochenzeitschrift "Look" veröffentlichte schon 1958 eine Dokumentation mit dem alles sagenden Titel "The Decline of the American Male" (Der Untergang des amerikanischen Mannes). Dieses Schlagwort deckte nun plötzlich die Tatsache auf, daß die US-Gesellschaft direkt auf dem Wege in ein Matriarchat war – und das alles vor 25-30 Jahren! ...

Der Glaubenszerfall des "modernen Menschen" in der westlichen Zivilisation mußte zwangsläufig zur Entmannung des Mannes führen! Der Mann ist nicht mehr Wille, weil er den Willen Gottes nicht mehr aufnimmt! Der nicht mehr von Gott gerufene, der Gott fliehende Mann ist der sinnlose, der an seinem Mannsein zerbrechende, in der Krise kaputtgehende und sich in seinem Selbst auflösende Mann.

Die Frau lebt aus der Hingabe zum Mann. Wenn aber der Mann nicht mehr Mann ist, verliert die Frau – ganz einfach und allen Feministen zum tödlichen Ärgernis gesagt – ihre Zuordnung zum Mann. Wo soll ergänzende Begegnung zwischen Mann und Frau sein, wenn der Mann nicht mehr Mann ist? Wie soll die Frau "vor dem Mann Ehrfurcht haben?" (Epheser 5, 33)

Wie soll sich die Frau dem Mann "hingeben" und darin, letztlich wirklich nur darin, die Erfüllung ihres erotischen Verlangens erfahren, wenn der Mann "mutterschutzsuchenderweise" in der Frau eben nur noch die Mutter sucht? Eine Frau kann und soll einen Mann nicht "ehrfürchten", sie kann dem Mann nicht untertan sein "wie dem Herrn", wenn eben der Mann durch Unglaube das Mandat, die Vollmacht, die Bevollmächtigung Gottes verloren hat!

Von daher gesehen, ist der Feminismus Strafgericht über die heilsverlorene Gottesflucht des Mannes in unserer Zeit. Männerherrschaft ohne Gottesfurcht ist Maskulinismus, der das Strafgericht des Feminismus erleiden muß, oder, anders ausgedrückt, die Quantität des maskulinen Atheismus schlägt um in die Qualität eines atheisticen Feminismus.

Gerade in diesem "dialektischen Sprung" leben wir heute! Hier liegt auch die qualvolle Herausforderung der Frau! Sie hat weder dem maskulinen noch dem "weichlichen" Mann untertan zu sein! Ihre Ehrfurcht gegenüber dem Mann ist – wie es der Epheserbrief ausdrückt – "im Herrn"! Nur im Herrn gilt das Zueinander von Mann und Frau – alles andere wäre Unterdrückung des Menschen durch den Menschen, wäre Versklavung des Mannes oder der Frau. Genau das will die biblische Schöpfungsordnung nicht.

Gott, der allmächtige Vater

Der Feminismus meint mit seinem Leitwort "Wholeness" (Ganzheit) das nicht mehr differenzierte, aus der Spannung befreite "Ganze". Das bergende und schützende, umhüllende Eintauchen in den Schutz der großen Mutter steht gegen das Gegenüber von Gott und Mensch, gegen die Spannung von Fleisch und Geist, Himmel und Erde, Tod und Leben – gegen all die Wirklichkeiten, die mit der Relation Männlichkeit in den Aussagen der Bibel repräsentiert sind.

Der Gott im Alten Testament ist Trennung und Spannung zur Welt und zum Menschen. Er ist dieses dynamisch-dramatische Gegenüber von Schöpfer und Geschöpf, Himmel und Erde. Gott der Herr (die Septuaginta wird immer den Namen Gottes "Jahweh" mit Kyrios, also "Herr" übersetzen) ist eben – wie Karl Barth es in seiner großen theologischen Jugendzeit wieder entdeckte – der "ganz Andere", der heilige, der unsichtbare, auch durch Gefühl und Begriffe nicht faßbare Gott.

Vor allem ist er das heilige Gegenüber zu jener Welt und zu jenem Menschsein, das der Sünde verfallen ist. "Die Ägypter sind Mensch und nicht Gott, ihre Pferde sind Fleisch und nicht Geist", ruft Jesaja (31, 3). Gott ist der Herr, aber Gott ist nicht ein Mann. ...

Feminismus ist Irrlehre

In dieser zwiespältigen, von der Feindschaft gegen Gott überfallenen und dunkel beschatteten Welt ist Christus der Erlöser als der Kämpfer, Überwinder und Sieger. Diese Mächtigkeiten des Heils gelten als die Repräsentation des Männlichen. Also – wenn man so will – dann eben doch Jesus, der Mann.

Jesus, der Sohn Gottes, war Gott und wahrer Mensch, und auch als der in das Fleisch Gekommene, als der Erniedrigte, der die Knechtsgestalt annahm, die unser Menschsein prägt, hörte er niemals auf, Sohn Gottes zu sein. Der Heiland Jesus Christus kann nicht anthropologisiert werden, seine Männlichkeit ist nicht unsere verfehlte Männlichkeit. Seine Menschlichkeit – dem dreieinigen Gott sei Dank – ist nicht unsere verfehlte Menschlichkeit. Jesus ist der Christus – der Sohn Gottes, der in kein Bild und auch in keine Philosophie und Psychologie (auch nicht in die von Carl Gustav Jung) eingezwungen werden darf und kann.

Der Feminismus ist die Verneinung des in der Bibel geoffenbarten Gottes und seiner Schöpfung, des in der Bibel bezeugten Zueinander von Mann und Frau. Der Feminismus betreibt die Geschäfte jener Muttergottheiten, gegen die die Propheten des Alten Testaments kämpften. Der Feminismus treibt die Kirche in die undifferenzierte, spannungslose Wohlfühlgesellschaft, in der sich das entpersonalisierte Kollektiv verwirklicht.

In der Kirche, wie sie der Feminismus will, verschlingt – wie ehemals – die Muttergottheit das Individuum und zerstört die Botschaft von Christus, so wie damals die Göttinnen Kleinasiens ihre Götter verschlungen haben. Himmel und Erde, Licht und Finsternis, Mann und Frau, Gott und Mensch werden durch sehnsüchtig erwartetes Kollektivmenschentum verschlungen.

Unsere Gegenwart tendiert auf Kollektivismus, und der Feminismus betreibt – wie jede Häresie – das Geschäft der Anpassung der Kirche an diesen gesellschaftlichen Trend. Der Feminismus mit seinen "großen Frauen", angefangen von Simone de Beauvoir ("Das andere Geschlecht", 1949), über Betty Friedan ("Der Weiblichkeitswahn oder die Selbstbefreiung der Frau", 1970), Kate Miller ("Sexus und Herrschaft.

Die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft", 1971) bis Mary Daly ("Beyond God the Father", 1974) und vielen anderen, die wir in diesem Aufsatz nannten oder nicht nennen konnten, ist wohl die bislang letzte, aber auch wichtigste Aktualisierung des modernen Atheismus, der im Grunde die Retrogression, die quasimütterliche, sprich kollektive Gesellschaft anstrebt. Der Feminismus ist keine Schreibtischrevolution, er ist Ausdruck des Verlangens der Masse nach kollektivistischer Geborgenheit.

Der Feminismus betreibt nicht den Kampf gegen den Mann, sondern gegen das Menschsein. Soweit er den Maskulinismus einer atheistisch sich mißverstehenden Supermännlichkeit als unchristlich und unmenschlich entlarvt, wollen wir gerne von ihm lernen. Aber der Feminismus zerstört das biblische Verständnis der Frau, verneint die besondere Geschöpflichkeit der Frau und treibt sie dadurch in eine tiefgreifende Einsamkeit und quälende Sinnlosigkeit.

Die Feministinnen haben recht: Die Frau kann gegen die Schöpfungsbestimmung leben – wir fragen nur, ob sie diese Verneinung der von Gott gesetzten Schöpfung als Mensch überleben wird. Der Feminismus (femina heißt ja Frau) kämpft gegen die Frau, gegen die Mütterlichkeit

in unserer immer einsamer, unpersönlicher und kälter werdenden Gesellschaft. Durch den Feminismus wird es noch kälter werden auf dieser Erde. ...<<

Griechenland trat im Jahre 1981 der Europäischen Gemeinschaft (EG) bei.

Ein deutscher Journalist berichtete im Jahre 1981 über seine Reiseerlebnisse in der Volksrepublik China (x149/191): >>... Das ist der Grundwiderspruch im Jahre 4 nach Maos Tod. Die großen Wände, von denen kürzlich noch, allgegenwärtig – seine Zitate den rechten Weg wiesen, sie stehen noch. Aber im Zug der "Vier Modernisierungen" werden sie nun zugekleistert mit "Werbung" für Produkte, die man oft genug noch nicht kaufen kann: Fly British Airways! oder Drive the new Toyota Corolla! ...

Mühsam lenken wir das Gespräch auf die "große Politik". Was in Peking so vor sich geht, dort diskutiert und beschlossen wird, hier (in einer südchinesischen Millionenstadt) scheint es keinen zu jucken. ...

In einem Hotel lerne ich eine Studentin kennen, die dort ein Praktikum als Kellnerin macht. Ich beklage, daß wir als Touristen jetzt so wenig vom arbeitenden China, den Kommunen, Fabriken, Schulen zu sehen bekämen.

Das Mädchen antwortet lachend: "Musterkommune, Musterfabrik, Musterschule, - interessiert Euch das wirklich?" ...<<

1982

Die Zeitschrift "Stern" Nr. 1/1982 berichtete über das Deutschlandbild der Japaner (x025/-214): >>... Das japanische Klischee sieht Deutschland noch in den Klauen der Nazis. Jeder fünfte Schüler, der an Deutschland dachte, malte Hitler – gleich neben Neuschwanstein, Rhein, Bratwurst und Maßkrug. Selbst im Bierschaum noch erscheinen die angstverzerrten Gesichter von KZ-Opfern.

Warum tobt der häßliche Deutsche durch die Phantasie der Japaner? Schüler, Lehrer und Journalisten verweisen zur Erklärung meist auf das japanische Fernsehprogramm. Dort ist der Zweite Weltkrieg noch lange nicht zu Ende. In amerikanischen Serienproduktionen ... kämpfen clevere US-Soldaten unermüdlich und stets erfolgreich gegen tumbe, brutale Landser, deren schnarrende Kommandos im deutschen Originalton überkommen. Wochenzeitschriften werben mit Hitlers Konterfei für einschlägige Neuerscheinungen auf Japans Buchmarkt. Nazi-Kinofilme und Nazi-Comics lassen Deutschland und Drittes Reich eins werden. ...<<

Pfarrer Rainer Eppelmann, der den Austritt der deutschen Staaten aus den Militärbündnissen forderte, wurde am 11. Februar 1982 nach 2tägigen Verhören aus der Haft entlassen.

In der Dresdener Kreuzkirche beteiligten sich am 13. Februar 1982 etwa 5.000 meist junge Menschen an einem Friedensforum der evangelischen Landeskirche. Die Veranstaltung stand unter dem Motto "Schwerter zu Pflugscharen".

Der deutsche Studiendirektor Rudolf Willeke berichtete im Februar 1982 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 142 - 1982 (x853/...): >>**Die Befreiung vom Rechtsstaat durch emanzipatorische Rechtserziehung in der Schule**

Ein Beitrag zum Problem "Aushöhlung des rechtsstaatlichen Legalitätsprinzips" aus der Perspektive des Pädagogen (Bökmann).

1. In einem Gottesdienst am 26.11.81 in Bonn hat Kardinal Ratzinger vor katholischen Abgeordneten vor einer Totalisierung des Staatsanspruchs, den Menschen zu betreuen und zu verwalten, gewarnt. Insbesondere über die staatlichen Pflichtschulen und eine das Totum des Menschen erfassende "Erziehung" ("Sozialerziehung"; Zwangs-Sexualerziehung unter Verletzung der Scham- und Intimsphäre; "Aufbrechen der Eltern-Kind-Beziehung"); aber auch über lebenslängliche pflichtmäßige und "flächendeckende" Service-Stationen werden derartige Zugriffe (Jugendhilfegesetzentwurf) praktiziert. Sie scheitern partiell nur an der Unfinanzierbarkeit solcher angeblich "sozialer" Wohltaten.

Ratzinger dagegen: Ein Staat, der das Ganze des menschlichen Könnens und Hoffens sein

wolle, wäre falsch und antichristlich. Vertreter einer solchen Staatsauffassung, die als ihr Ziel die vollkommene Befreiung des Menschen propagieren, die Aufhebung aller Herrschaft, stünden im Widerspruch zur Wahrheit des Menschen und im Widerspruch zu seiner Freiheit, "weil sie den Menschen einzwängen in das, was er selber machen kann."

Und dann: "Solche Politik, die das Reich Gottes zum Produkt der Politik erklärt und Glaube in den universalen Primat des Politischen beugt, ist ihrem Wesen nach Politik der Versklavung, sie ist mythologische Politik." Erster Dienst des christlichen Glaubens an die Politik sei es daher, den Menschen von der Irrationalität politischer Mythen zu befreien, die die eigentliche Bedrohung unserer Zeit seien.

Genau eine derartige emanzipatorische Erziehungs- und Schulideologie aber wird massiv - wie im folgenden nachgewiesen - durch einen Großteil unserer Schulbücher und also des entsprechenden Schulunterrichts vermittelt. Und dies mit z.T. durchaus manipulatorischen Mitteln.

2. Eine Rolle spielt dabei die Umdrehung von verfassungsmäßigen Schutz-Rechten (so entstanden sie - so sind sie aufzufassen) zu Anspruchsforderungen; vom Rechts-getragenen und Rechts-gebundenen Staat, der dies Recht - v.a. bei Wehrlosen - gegenüber Angriffen, u.U. auch mit Machtmitteln, verteidigt, zum verwaltenden Verteiler und Betreuer unter Gleichheits- bzw. Gleichmachensdruck.

3. Daß aber Macht - auch und gerade die des Staates - nicht vor Recht gehe, ist der Kern echter Menschenrechte, ihre ethische Substanz. Das war und ist schon Felsengestein der prophetischen Verkündigung; glasklar formulierte Erkenntnis frühgriechischer Ethik; Grundgedanke römischen Rechts; v.a. dann jene Grundkonzeption des Naturrechts und sein immerwährendes Postulat, das - im Sog einer Emanzipationsradikalität, die sich auch von der normativen Verbindlichkeit des Rechts "befreien" will - heute verspielt und verloren zu werden droht.

Es gehört zum Ruhmestitel der katholischen Moraltheologie, daß sie dies Naturrecht und seine "immerwährende Wiederkehr" aufgenommen, vertieft und als gottgestiftetes, unvergängliches und unantastbares Recht durch die Zeiten geschichtsmächtig getragen hat. Es ist eine heute vielfach gehörte, nichtsdestoweniger falsche Behauptung, die sogenannte "moderne Freiheitsgeschichte" verdanke sich der französischen Revolution und die so verstandenen Menschenrechte müßten nun auch in der Kirche durchgesetzt werden. Die "Magna Charta Libertatum", auf der die Erklärung von 1789 beruht, stammt von 1215!

Auch gab es schon alte Volks- und Verbandsrechtskodifizierungen ("Lex Salica" z.B.); noch älter das *Ius gentium* der Römer und - wie gesagt - das Naturrecht ("Homo homini sacra res!"). Selbst im Zeitalter des Königtums war man grundsätzlich gehalten, die Macht als im Dienst des Rechts stehend aufzufassen (auf der alten Kaiserkrone stand gar: *per me reges regnant*). Die widerliche, prinzipienlose "pseudo-vernünftige" Wurstelei, die man heute angesichts eklatanter und brutaler Unterdrückung elementarer Rechte praktiziert, fällt deshalb weit hinter frühmenschliche ethische Errungenschaften zurück.

4. Selbstkritisch muß jedoch erwähnt werden, daß diese sozialetische Grundidee auch von neueren Moraltheologen nicht nur kritisiert, bezweifelt, relativiert sondern geradezu diffamiert wurde (symptomatisch: Franz Böckle, Hg.: *Das Naturrecht im Disput*, Düsseldorf 1966; Franz Böckle und Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Naturrecht in der Kritik*, Mainz 1973). Aus übertriebener Aversion gegen eine angebliche oder partiell tatsächliche "Verrechtlichung" der Moral; vom Interesse geleitet, die Begründung von ungeliebten Lehren der Moral zu hinterfragen und ihren guten Sinn zu verdrängen, vertraten sie eine strikte "Trennung von Moral und Recht".

Wenn aber das Recht seines tiefsten Gültigkeitsfundaments und seines Durchsetzungsanspruchs durch den Staat beraubt wird, wenn seine Unverletzlichkeit, seine "Heiligkeit" (*fiat iustitia! Wehre dem Unrecht!*) ins Relative und Private "liberalisiert" wird, entartet es zu sub-

stanzloser Maßnahmen-Verwaltung, zu formalistischer "Legitimität", wird aus Strafe (deren ethische Sanktion Paulus in Römer 13 noch unüberbietbar lehrte) "Resozialisierung", aus Schuld "Zerrüttung" oder "Einfluß der Gesellschaft".

Schließlich wird ein derartig ausgehöhlt "Recht" verführt, blankes Unrecht, bloße Gewalt zu "legalisieren" (z.B. bei "legalen" Abtreibungen, "Euthanasie" - Tötungen oder dem "Kriegs-Recht" in Polen). Und zwar geschieht eine derartige Pervertierung - eben durch Verzicht auf die ethische Fundierung jeglichen Rechts, das diesen Namen verdienen will - dann notwendig.

5. Die folgenreiche und verhängnisvolle Polemik neuerer Moraltheologen gegen das Naturrecht und was man dafür hielt, hat den Kampf gegen die Mitte der 60-er Jahre mächtig betriebene Eskalation der sogenannten "Rechts-Reformen" gelähmt. Statt nach ethischen Grundkriterien wurde nur mehr nach "Sozialschädlichkeit" (die man sehr unterschiedlich sehen und prognostizieren konnte) gefragt.

So fehlten zentrale Argumente; es wurde mehr nach der vermuteten Effektivität oder behaupteten Wirkung von Rechtsänderungen gefragt und dann endlos hypothetisch gerechnet und gestritten (vgl. etwa den Streit um die angeblich so hohen früheren Dunkelziffern von Abtreibungen, auf deren Basis man dann glaubte, der "Liberalisierung" eine Verbesserungschance zusprechen zu können: so z.B. Prof. Gründel/München; und dann ganz ähnliche "Argumente" im Munde des damaligen Justizministers Vogel in seiner Fernsehdiskussion mit Kardinal Ratzinger).

6. Um so grotesker wirkt die heute bei denselben Moraltheologen üblich gewordene Promotion einer "Rechtsgüterabwägung" zur bevorzugten Normfindungsmethode in der Moral. Sie, die nicht müde wurden, der klassischen Moraltheologie 'Juridismus' vorzuwerfen, übernahmen selber einfach eine Entscheidungshilfefigur von den Juristen, wobei sie gleichzeitig keine wirklich schlechthin gültigen Kriterien für eine derartige "Abwägung" angeben und festhalten. Das ist echte und, noch dazu im defizitären Sinn von "Recht", praktizierte "Verrechtlichung"! Konsequenterweise verlieren sie sich immer mehr in rabulistische Kasuistik bzw. Situationsethik oder utilitaristische Teleologie (Erfolgsethik).

7. Wenn aber keine schlechthin objektiven Gültigkeiten mehr anerkannt werden, steht letztlich hinter allem "Abwägen" der Anspruch einer autonomen Entscheidung. In dieser Linie ist es ganz erklärlich, daß die "autonome Moral" (Alfons Auer und andere) aufkam.

Sie korreliert mit dem im folgenden dargestellten Jakobinischen Verständnis von "Befreiung" (Emanzipation), insofern eine radikale Unabhängigkeit - "Freiheit" / "Autonomie" - von vorgegebenen Sinn- und Wesensgehalten zugunsten einer Souveränität des entscheidenden Einzelnen behauptet wird. Wenn eine derartige ethische Autonomie durch das Adjektiv "theonom" sekundär theologisiert wird, kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Befreiung von Sein und Sollensverweis der Schöpfungswirklichkeit vollzogen wird.

So wird - zum ersten Mal in der Geschichte der Moraltheologie - z.B. Abtreibung als u.U. sittlich möglich ... als Ergebnis einer entsprechenden situativen "Güterabwägung", als sittlich geboten angesehen, menschliches Leben, die Tötung Unschuldiger, zur Disposition gestellt (Vgl. die Besprechung der "Fundamentalmoral" von Fr. Böckle durch Prof. Josef Georg Ziegler in "Münchener Theologische Zeitschrift" 1981, S. 222-237; hier S. 230).

8. Daher trifft Ratzingers hellichtig-aufdeckende Darlegung durchaus auch Vor-Denker in der Kirche. Was aus derartigen, nur scheinbar akademischen Erörterungen an fürchterlicher Folge-Wirklichkeit werden kann, werden (sich) die jetzt Fünfzigjährigen noch erinnern können. Dagegen wollten die Väter unseres Grundgesetzes die einzig gültige Garantie gesichert wissen: daß die Grundrechte, unabhängig vom Staat, von irgendwelchen Mehrheiten, nämlich von Natur aus und immer verpflichtend und vom Staat aktiv wirksam zu schützen sind.

(Für die Bildungsarbeit kann gute Dienste tun das Heft Nr. 62 der Reihe "Kirche und Gesell-

schaft", Hg. von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle Mönchengladbach: Dreißig Jahre Grundgesetz, von Willi Geiger, 1979,... Mönchengladbach - Von demselben Autor: Grundwerte und Grundrechte in der Spannung zwischen Kontinuität und Veränderung, in: "Arbeitshilfen" Nr.19, Hg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, ... Bonn).

Die ideologisch manipulierte Erosion der Rechtsbindung fand neuerlich in dem kläglich-beschämenden Taktieren anlässlich von offen rechtswidrigen "Hausbesetzungen" einen ziemlich explosiven Ausdruck. Bei den Verteidigern solcher Rechtsbrüche fehlte nicht der BDJ (Berlin). Schnell war auch ein Moraltheologe zur Hand, der die Dinge u.U. ganz verständlich fand, ja sie gegebenenfalls für legitimierbar hielt.

Aus der also moraltheologisch hofierten Hausbesetzerszene aber kam der Aufruf zu jenem Anarcho-Festival "Tuwat-Kongreß", zu dem "Anti-Imperialisten, Feministinnen, Chaoten, Punks, Hippies, Gammler, Schwarze und 'Indianer', Schwule und Lesben, Alternative und Grüne, Radler, Sozialisten, Anti-AKW-ler, Kraaken und Instandbesetzer" erwartet wurden.

Man muß dem Vorsitzenden des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum München und Freising, Erwin Brißmann, deshalb sehr dankbar sein, daß er das seltsame und lange Schweigen zu der schrecklichen Verharmlosung zynisch und gewaltmäÙig verübter Rechtsbrüche auch im katholischen Bereich durchbrochen hat. In einer Erklärung vom 5.7.81 heißt es: "Wer die gesetzliche Ordnung verletzt und dadurch eine Straftat begeht, 'kriminalisiert' sich selbst ... Wer sich ohne Recht eine Wohnung nimmt, ist nicht besser als derjenige, der sich sonst seinen Lebensbedarf zusammenstiehlt.

Wer trotzdem für eine bestimmte Gruppe von Rechtsbrechern mit dem hier unzutreffenden Hinweis auf den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eine Ausnahmebehandlung fordert, betritt den Weg zu einer 'politischen Justiz', wie sie die Zeit der Hitler-Diktatur kennzeichnet ... Besonders verwerflich ist es, wenn sich Politiker den Rechtsbrechern mit einem Entgegenkommen anbieten, das sie dem in gleicher Notlage stehenden rechtstreuen Bürger nicht gewähren ..."

Das Tauziehen um eine entsprechende Erklärung des ZdK (Mitte Mai 81) zeigte jedem, wie weit eine gefährliche Depotenzierung der sittlichen Rechtsidee bereits in die Reihen von kirchlichen Funktionären gedrungen ist.

9. Kümern wir uns im Unterricht ... um die Erweckung der Verpflichtung, Recht zu tun, zu denken, durchsetzen zu helfen? Wehren wir den parteiischen Suggestionen der Diffamierung ganzer Schichten, Gruppen, "Klassen"? Erkennen wir die große Verführung für Jugendliche, Sündenböcke benannt zu bekommen, auf die man Problemdruck, Gewissensbisse und Aggressionen abwälzen kann? Vertreten wir gegenüber den allzu vielen, von Gesinnungs- und Behaltens-, von Angst- und Ideologie-Pazifismus Umnebelten wieder die schlichte Wahrheit: opus iustitiae pax? Ein "Friede" ohne Wahrheit, Recht und Gewissensfreiheit bedeutet schließlich Krieg gegen das Recht, Aufstand gegen Gott.

Letzten Endes jene "Ruhe", die zum Endpunkt einer Versklavung wird, und in der perfiden Form der regressiven Domestizierung eines zum bloßen Bedürfnisbefriedigungswesen heruntermanipulierten Menschen.

10. Demgegenüber ist es bestärkend, daß der Heilige Vater in Seiner Ansprache an die Vereinigung katholischer Juristen Italiens am 6. Dezember 1980 an die große und immerwährende ethische Tradition von der souveränen Instanz des Natur-Rechts erinnert hat:

"Die erste, radikalste und wenn auch nur anfängliche Ordnung der Gerechtigkeit unter den Menschen ist das Naturrecht, das die menschliche Person zum ersten Grund und zum letzten Ziel des gesamten politisch zusammengeschlossenen Lebens macht. Jenes Recht, aus dem in der Mannigfaltigkeit und Veränderlichkeit der geschichtlichen Situation die verschiedenen positiven Ordnungen und Institutionen hervorgehen.

Jenes Recht, das diesen Ordnungen vor der öffentlichen Macht - und noch mehr als diese -

ihre ethische Gültigkeit, ihre ständige Vervollkommnungsfähigkeit und ihre zunehmende Mitteilbarkeit an immer weitere Zivilisationen bis hin zur Weltzivilisation sicherstellt." (Deutscher Osservatore Romano 1981 Nr. 3 vom 16.1.81, S. 9).

11. Wer sich über die "Entmachtung des Rechts" durch eine kurze, aber sehr treffende "kritische Analyse der eingeleiteten Strafrechts- und Justizreform" informieren will, sei hingewiesen auf den Sonderdruck gleichen Titels von Friedrich Graf von Westphalen im Verlag "Rheinischer Merkur" (er enthält Beiträge in den Ausgaben Nr. 2, 3, 4, und 5 /1971).

Der folgende Beitrag kann durch die Broschüre vertieft werden: Clemens und Rudolf Willeke: Recht und Justiz im Unterricht – Die Befreiung vom Rechtsstaat (Sonderbeilage März 1980 des ibw-Journal, Paderborn ...).

12. Das, was Rudolf Willeke im folgenden darlegt, beruht auf einer großangelegten Untersuchung und kritischen Analyse: H. Günther / R. Willeke, Die Gesellschaft im Schulbuch, Brendow Verlag, Moers (im Druck) 1982, eine empirische Studie über die in der Bundesrepublik genehmigten Deutsch- und Politikbücher der Sekundarstufe I.

In dieser Arbeit wird gefragt und nachgewiesen, mit welcher Geschwindigkeit und Intensität sich die neomarxistische Kritische Theorie, die kritisch-emanzipatorische Pädagogik und die Konfliktdidaktik im Schulbuch, unterschiedlich nach Bundesländern, durchgesetzt haben. Es gelingt den Autoren nachzuweisen, daß Fragen der Religion und Transzendenz schlicht ausgeblendet werden.

Der Kölner Rechtsphilosoph und Richter am Verfassungsgerichtshof/NW, Prof. Dr. Martin Kriele stellte in seinem Vortrag bei der Gründung der Freien Europäischen Akademie der Wissenschaften) zwei einander widerstreitende geistige Traditionen vor.

Beide seien in der Französischen Revolution verwurzelt und beide zusammen führten in der Gegenwart zu einem politischen Konflikt, der dramatische Formen annehmen könnte, weil die Ideen in ihrer Konsequenz unüberbrückbar gegensätzlich seien.

Die eine Idee, die Kriele Freiheitsidee nennt, trug die Französische Revolution von 1789 und richtete sich auf bzw. verwirklichte sich in den westeuropäischen demokratischen Verfassungsstaaten, die die Menschenrechte institutionell garantieren sollten und eine Rechtsordnung hervorbrachten, die auf Respekt vor dem Menschen (Menschenwürde) basierte.

Die gegenläufige Idee, die "Befreiungsidee" gehe auf die Herrschaft der Jakobiner von 1792 zurück und richte sich auf die Überwindung des Verfassungsstaates und auf die "Befreiung" aller Menschen zur richtigen Gesinnung. Diese Revolution führt zum Terror der "Tugend" und zu einer Rechtsordnung, in der die herrschende Gruppe das Recht in den Dienst der Volkserziehung stellt.

Kriele versucht, meines Erachtens etwas gewaltsam, das Programm der Jakobiner in aktuelle Schlagworte zu übersetzen:

- Demokratisierung aller, d.h. auch der privaten Lebensbereiche;
 - Fundamental- oder Basisdemokratie mit imperativem Mandat;
 - Abschaffung von Herrschaft der Menschen über Menschen in den gesellschaftlichen Institutionen (Familie, Schule, Kirche, Betrieb, Krankenhaus, Gefängnis);
 - Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Individuen und der gesellschaftlichen Kräfte bis hin zur Anarchie und zur Propagierung der Herrschaft des wissenschaftlichen Sozialismus.
- Im persönlichen Leben des Einzelnen sollte die Freiheitsidee der Französischen Revolution zur Ermöglichung von Mündigkeit und Freiheit des Bürgers im Schutze staatsrechtlich garantierter Institutionen führen.

In der Staatssphäre dagegen sollte sie die repräsentative Demokratie als die dem zu Freiheit und Verantwortung bestimmten Menschen adäquate Staatsform durchsetzen.

Die Befreiungstradition der Jakobinischen Revolution dagegen versuchte, gegenüber dem Prinzip der Repräsentation das der Identität von Herrschenden und Beherrschten durchzuset-

zen und die durch Verfassung geschützten Institutionen aufzuopfern, wobei sie ständig der Gefahr ausgesetzt war, von Herrschaftsfreiheit in Erziehungsdiktatur der "Aufgeklärten" umzuschlagen.

Im Individualbereich, so Kriele, zielt die Befreiungs- oder Emanzipationsidee der Jakobinischen Revolution auf die Bestreitung der Menschenwürde und die Bevormundung des Geistes ab, weil sie die Freiheit den unreifen Bürgern erst nach einer Erziehungsdiktatur geben will.

Kriele nennt die Freiheits-Idee daher die "legitime" Idee der Politik. Sie steht der Vernunft- und Aufklärungsphilosophie des Deutschen Idealismus nahe, während er die Befreiungs- und Emanzipationsidee als "illegitime" Idee bezeichnet, weil sie der Philosophie des Dialektischen bzw. Historischen Materialismus von Marx bis Habermas folgend, auf Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates und auf "Befreiung" des Individuums von Würde, Freiheit, Selbstbestimmung und Religion (K. Marx) abziele und letztlich die Praxis terroristischer "Befreiungsorganisationen" bzw. die Diktatur des Proletariats legitimiere und schließlich auch postuliere.

Wenn die von Kriele angenommene Unterscheidung für die geistige Situation der Gegenwart kennzeichnend ist, also die "Legitimationsgrundlagen des die geistige Freiheit schützenden demokratischen Verfassungsstaates" ins Schwanken geraten ist (FAZ, S. 11), dann müßte diese Auseinandersetzung zwischen der legitimen Freiheitsidee auf der einen und der illegitimen Emanzipationsidee auf der anderen Seite auch in den Didaktikmaterialien zur Rechtserziehung in der Schule der Bundesrepublik anzutreffen sein. ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.04.2024

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x024/79) = Nicht Rache, nicht Vergeltung. Die deutschen Vertriebenen, Seite 79.

x020	Benz, Wolfgang (Hg.): <u>Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten</u> . Ursachen, Ereignisse, Folgen. Frankfurt/Main 1988.
x021	Böddeker, Günter: <u>Die Flüchtlinge</u> . Die Vertreibung der Deutschen im Osten. Frankfurt/Main 1985.
x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x039	Grube, Frank, und Gerhard Richter: <u>Flucht und Vertreibung</u> . Deutschland zwischen 1944 und 1947. Hamburg 1980.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x067	Hüttenberger, Peter u.a. (Hg.): <u>Geschichtsbuch. Band 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten</u> . Vom Ende des 1. Weltkrieges bis heute. 1. Auflage. Berlin 1988.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x073	Hug, Wolfgang (Hg.): <u>Unsere Geschichte. Band 3</u> . Von der Zeit des Imperialismus bis zur Gegenwart. Frankfurt/Main 1986.
x074	Stein, Werner: <u>Fahrplan der Weltgeschichte</u> . Die wichtigsten Daten aus Politik, Kunst, Religion, Wirtschaft. Augsburg 1994.

x075	Grosser, Alfred: <u>Ermordung der Menschheit</u> . Der Genozid im Gedächtnis der Völker. München/Wien 1990.
x077	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): <u>Verletzungen von Menschenrechten</u> . Eine Dokumentation der Verletzungen und Rechtsverpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte. 3. erweiterte Auflage. Bonn 1985
x089	Ploetz-Verlag (Hg.): PLOETZ. Lexikon der deutschen Geschichte. Freiburg im Breisgau 1999.
x090	Dahms, Hellmuth Günther: Deutsche Geschichte im Bild. Frankfurt/Main 1991.
x101	Benz, Wolfgang: <u>Deutschland seit 1945</u> . Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x128	Kampmann, Wanda, und Berthold Wiegand (Hg.): <u>Politik und Gesellschaft. Band 2. 1917 bis heute</u> . 7. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main 1980.
x136	Ziegler, Jean: Die Schweiz, das Gold und die Toten. 3. Auflage. München 1997.
x149	Klett, Ernst (Hg.): <u>Erinnern und urteilen</u> . Band IV. Unterrichtseinheiten Geschichte. 1. Auflage. E. Klett Verlag, Stuttgart 1982.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten. Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x175	Harenberg Lexikon-Verlag (Hg.): Harenberg Schlüsseldaten 20. Jahrhundert. Dortmund 1997.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte. Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert</u> . Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x252	F. A. Brockhaus GmbH, Leipzig (Hg.): DER BROCKHAUS IN DREI BÄNDEN Pai-Z 3. Leipzig 2006.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x297	Ebeling, Hans und Wolfgang Birkenfeld (Hg.): <u>Die Reise in die Vergangenheit. Band 4. Zeitgeschichte</u> . 1. Auflage. Braunschweig 1995.
x309	Nawratil, Heinz: <u>Die Versöhnungsfalle</u> . Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewußtsein. Wien 2011.
x310	Schweitzer, Eva: <u>Amerika und der Holocaust</u> . Die verschwiegene Geschichte. München 2004.
x322	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Volksaustausch</u> . Geburtensturz und Überfremdung. COMPACT-Spezial Nr. 18. Werder (Havel) 2018.
x364	Griffin, Des: Wer regiert die Welt? Leonberg 1992.

Internet

x846	Volkslieder: http://ingeb.org/Volksong.html - September 2013.
x853	THEOLOGISCHES, katholische Monatschrift: http://www.theologisches.net/index.-php?option=com_content&view=article&id=52&Itemid=58 - März 2015.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x889	http://horst-koch.de/ Die Zerstörung der Person/ - Dezember 2016
x1.001	https://www.apostasia.net/images/Jesuiten.pdf ("Die verborgene Geschichte der Jesuiten") - März 2021